

Historische Studien

unter Mitwirkung der Herren Universitätsprofessoren: G. Beckmann,
G. v. Below, A. Cartellieri, F. Delitzsch, W. Goetz, R. Holtzmann, P. Joachim-
sen, H. Lietzmann, Ed. Meyer, F. Philippi, H. Reincke-Bloch, R. Sternfeld,
F. Vigener, A. Wahl, G. Wolf, J. Ziekursch u. a.
herausgegeben von Dr. E. Ebering.

===== Heft 162 =====

Der gegenwärtige Stand der historischen Kritik an Bismarcks „Gedanken und Erinnerungen“ Band I

von

Dr. Gerhard Grundmann

—  —
Berlin

1925

Nachdruck mit Genehmigung vom
Matthiesen Verlag, Lübeck

KRAUS REPRINT LTD.

Vaduz

1965

Reprinted from a copy in the collections of
The New York Public Library

Printed in the United States of America

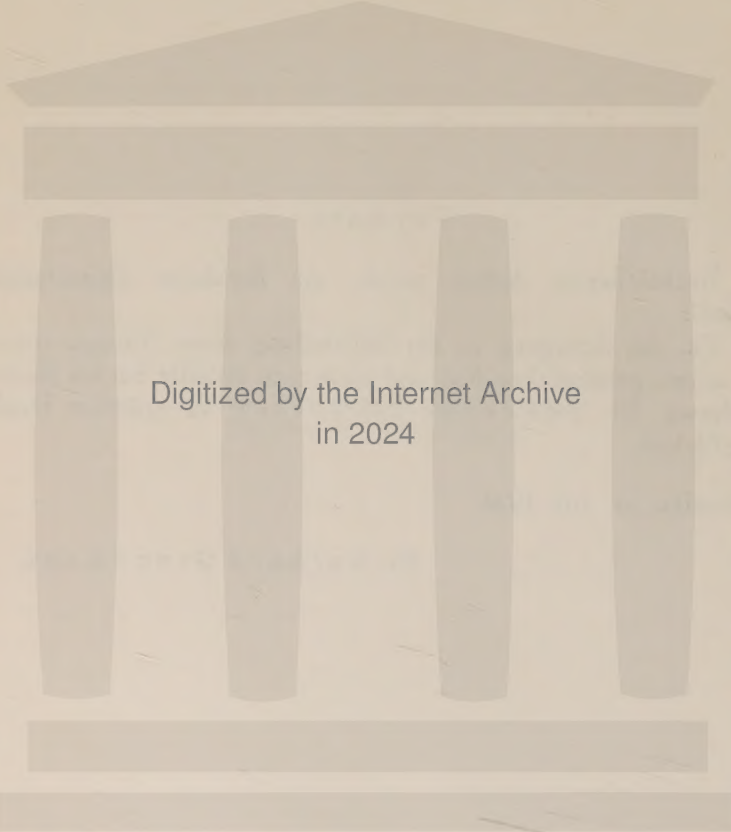
Vorwort.

Nachstehende Arbeit wurde als Breslauer Dissertation verfaßt.

Für die Anregung zu der Behandlung dieses Themas sowie für seinen persönlichen Rat und fördernde Beihilfe bin ich Herrn Professor Dr. Johannes Ziekursch zu größtem Dank verpflichtet.

Breslau, im Juli 1924.

Dr. Gerhard Grundmann.



Digitized by the Internet Archive
in 2024

Einleitende Bemerkungen.

Als Bismarcks „Gedanken und Erinnerungen“ im November 1898 veröffentlicht wurden, erfuhren sie alsbald als das mit Spannung erwartete Werk des großen soeben dahingegangenen Kanzlers fast in allen Zeitschriften und Zeitungen eine eingehende Würdigung. Der Eindruck des Buches war groß, die Beurteilung z. T. verschieden je nach der Sachkunde, dem Temperament und zuweilen sogar der Parteistellung des Kritikers. Auf der einen Seite nannte man Bismarcks Buch ein ganz großes künstlerisches Geschichtswerk, aus dem Historiker und Politiker für sich lernen könnten, des großen Mannes politisches Testament, eine Stärkung und Erquickung für alle Deutschen, dort urteilte man, daß sich Bismarck die Vergangenheit nach seinen praktisch-politischen Bedürfnissen zurechtlege; hier hieß es, Bismarck rede in seinem Buche nicht mehr als Kämpfender, andere wieder fühlten den Zorn und die Leidenschaft des großen Mannes heraus.

Es ist erklärlich, daß bei der Gegensätzlichkeit dieser Meinungen besonders über den historischen Wert des Buches auch manche, zumal skeptischer veranlagte Stimmen auf die noch zu erwartende Kritik seitens der historischen Wissenschaft hinwiesen.

Auch der Historiker hatte sich naturgemäß von Anfang an mit Bismarcks „Gedanken und Erinnerungen“ beschäftigt. Dies Buch war für ihn eine Geschichtsquelle und zwar in zweifacher Hinsicht. Einmal konnte man aus der Art, wie Bismarck schrieb, urteilte und die Dinge darstellte, wieder einen wertvollen Beitrag zur Erklärung seines Charakters und seines Wesens erhalten. Sodann mußten der eigentliche Inhalt des Buches, was Bismarck schrieb, seine Mitteilungen, von dem Historiker als eine Quelle für Bismarcks „Gedanken“ und für die Ereignisse seines

Lebens sowie der von ihm selbst mit kraftvoller Hand gestalteten preußisch-deutschen Geschichte betrachtet werden.

Und wie an jede andere historische Quelle, so hatte der Historiker, bevor er das Mitgeteilte als sichere Tatsache in das große Buch der Weltgeschichte eintragen konnte, auch an Bismarcks „Gedanken und Erinnerungen“ die kritische Sonde zu legen. Bei aller Verehrung für den großen Verfasser der „G. u. E.“ dürfte er doch auch sie „nicht anders lesen als mit seinem ganzen Wesen, mit der ihm natürlich und notwendig gewordenen Art von Prüfung, von Kritik“.¹

Und daß eine eingehende historische Kritik gerade auch an den „G. u. E.“ sehr berechtigt war, das mußte jedem klar werden, der einmal in den ziemlich gleichzeitig mit den „G. u. E.“ erscheinenden „Tagebuchblättern“ Busch's² die Mitteilungen Buchers über die Entstehungsgeschichte der „G. u. E.“ gelesen hatte. Selbst wenn man berücksichtigt, daß Buchers mißmutige Berichte nicht ohne Vorsicht aufzunehmen sind, selbst ferner, wenn man weiß, daß der Fürst das Manuskript mehrfach durchgesehen und verbessert hat, und daß Bucher bei der Redaktion manche Irrtümer beseitigte, so bleiben doch die für die Kritik wichtigen Tatsachen bestehen, daß Bismarck weder ausreichendes Aktenmaterial noch genügend Bücher zum Nachschlagen hatte, daß er selbst zugibt, sich an „die Einzelheiten seiner Erlebnisse im Laufe von 30 Jahren“ nicht mehr genau erinnern zu können, daß der berichtigende Bucher auch nicht viel jünger als Bismarck war, als Zeuge für das Erzählte aber erst für die Darstellung der Zeit von 1864 ab in Betracht kam; auch ließ sich Bismarck allem Anschein nach nicht immer auf Versuche Buchers, ihn zu einer richtigeren Darstellung zu veranlassen, ein. Ueberhaupt erstreckt sich die berichtigende Arbeit Buchers tatsächlich nirgends auf den Kern des Inhalts. Bismarck, so erzählt uns Bucher, denke ferner bei seiner Darstellung allzu viel an die Gegenwart, die er lehrend und warnend beeinflussen wolle.

Diese Tatsachen mußten den Historiker besonders zur Vorsicht mahnen. Und wirklich hat es sich auch bei der kritischen

1. Marcks Fürst Bismarcks G. u. E. Vers. e. krit. Würdigung. 1899. S. 26.

2. III 305 ff., 314, 324, 330 f.

Arbeit an Bismarcks „G. u. E.“ seitens der historischen Forschung gezeigt, daß Bismarcks Buch die Spuren dieser von Bucher geschilderten Entstehung aufweist.

Die historische Kritik hat viel gearbeitet. Es erschienen eine stattliche Reihe von Sonderabhandlungen zur Kritik der „G. u. E.“ Vor allem setzte man sich sodann auch bei jeder Einzeluntersuchung über die Geschichte dieses oder jenes Ereignisses aus der Zeit, von welcher Bismarcks „G. u. E.“ erzählen, sobald man diese als Quelle heranzog, mit dem Werte ihrer Mitteilungen auseinander, so daß auf diese Weise die historische Kritik an Bismarcks „G. u. E.“ über die ganze neuere historische Literatur hin zerstreut ist. Ueberhaupt wird man schließlich, wenn man sich ein Bild von der historischen Kritik an Bismarcks „G. u. E.“ machen will, eine jede als gesichertes Ergebnis der historischen Forschung geltende Darstellung, zumal wenn sie, auch ohne eigens darauf hinzuweisen, von der Erzählung der „G. u. E.“ abweicht, in den Rahmen der Kritik an den „G. u. E.“ hineinbeziehen müssen, da doch naturgemäß einer solchen Darstellung eine Auseinandersetzung mit allen erreichbaren fraglichen Quellen zumindestens mittelbar vorangegangen ist.

Wenn man alle die hier angeführten Gruppen von Veröffentlichungen historischer Forschung berücksichtigt, so kann man wohl sagen, daß die historische Kritik an Bismarcks „G. u. E.“, insofern sie sich auf den 1. Band, also die Zeit bis z. J. 1863, erstreckt, heute mindestens doch insoweit zu einem gewissen Abschluß gelangt ist, daß es sich, wie ich glaube, lohnt, einmal aus der Fülle der zerstreuten kritischen Ausführungen, die zu dem Inhalt dieses bedeutsamen Buches gemacht wurden, den gegenwärtigen Stand der historischen Kritik an Bismarcks „Gedanken und Erinnerungen“, Band I, herauszuschälen. Dabei werden dann diese kritischen Äußerungen auch ihrerseits noch einer vorsichtigen Prüfung zu unterziehen sein, Unwesentliches und Nebensächliches wird beiseite gelassen, Falsches berichtigt und Widersprüche geklärt werden müssen.

Die Ausführung dieser Aufgabe soll im folgenden versucht werden.

Erster Abschnitt.

Zum 1. Kapitel der „Gedanken und Erinnerungen“ „Bis zum Ersten Vereinigten Landtage“.

Bei der Betrachtung des 1. Kapitels der „Gedanken und Erinnerungen“ Bismarcks wendet sich die historische Kritik zunächst gegen die Mitteilungen über Bismarcks Stellung zum Adel oder, deutlicher gesagt, zum Junkertum. Bismarck nimmt in den „G. u. E.“ der Tatsache seiner Zugehörigkeit zu diesem Stande ganz offensichtlich den Nachdruck, den man etwa von anderer Seite je darauf gelegt hat, und betont ausdrücklich, daß er sich in seiner Jugend innerlich gar nicht besonders als dem Junkertum angehörig und verbunden gefühlt habe (I 13 ff.).¹ Er weist auf die liberale Gesinnung seiner Eltern und besonders auf seine mütterliche Abstammung hin. Niemals habe er später Standes-, sondern stets nur Staatspolitik getrieben. So richtig diese Mitteilungen an sich sind, so vermögen sie in ihrer Ausschließlichkeit uns doch nicht ein volles historisch klares Bild von Bismarcks Stellung zum Junkertum zu geben. Mag auch seine Zugehörigkeit zu diesem Stande in seinen Studenten- und Referendarsjahren sich nicht immer in besonderem Grade geäußert haben, in dem Augenblicke, wo er Gutsherr auf Kniephof wurde, ward er auch Junker, wenn freilich der geniale Mann die engen Vorurteile seines Standes bald abstreifte. Die Art seiner Lebensführung in diesen Jahren entsprach durchaus der seiner Standesgenossen. In ihrem Kreise lebte er fast ausschließlich. Wenn er sich im Verkehr mit diesen daran gewöhnte, bei seiner Unterschrift das Wörtchen „von“ wegzulassen, — vgl. „G. u. E.“ I 34.

1. Ich beziehe mich stets auf die erste Ausgabe der „G. u. E.“ vom Jahre 1898.

Die Jugendbriefe sind übrigens entgegen der Behauptung der „G. u. E.“ mit dem vollen Namen unterzeichnet, — so geschah dies, weil ihm das Adelsprädikat etwas Selbstverständliches war. Den Junker in Bismarck erkennen wir aus seinem ersten Zeitungsartikel v. J. 1843 über Parforcejagden, in dem er sich mit übermütigen schneidigen Hieben für seine Standesgenossen einsetzt?² Man sehe ferner, wie Bismarck schon 1846 an der Erhaltung der Patrimonialgerichtsbarkeit arbeitet. Wir erblicken ihn an der Spitze des Junkertums. Er verteidigt im Parlamente die aristokratisch-monarchische Staatsanschauung, er hat Anteil an der Begründung der Kreuzzeitung. Und auch im Revolutionsjahr 1848 und in der Zeit der Reaktion zeigt er sich durchaus als Landedelmann. Und wie das Bewußtsein, ein solcher zu sein, in ihm lebendig blieb, davon legen selbst die „G. u. E.“ ein allerdings unbeabsichtigtes Zeugnis ab, und zwar im II. Bande S. 148, 155.³

Sicherlich hat Bismarck auch stets Staats- und keine Standespolitik getrieben, wie er es in den „G. u. E.“ (I 14) betont. Aber einen bewußten oder unbewußten Einfluß seines Geburtsstandes wird man doch auch hier nicht von der Hand weisen können. Marcks⁴ macht uns in diesem Zusammenhange auf „den Zug Bismarcks zum patriarchalischen Regimente, der noch die soziale Politik seines letzten Kanzlerjahrzehntes erfüllte“, sowie auf seine wirtschaftliche agrarische Politik aufmerksam. Sehr interessant ist es hier, zur Beurteilung des Junkertums in Bismarck und dessen Einfluß auf seine Politik und zur Richtigstellung falscher Auffassungen, zu denen die Darstellung der „G. u. E.“ Anlaß gibt, die Worte Meineckes zu lesen, mit denen dieser bei einer Gegenüberstellung von Radowitz's und Bismarcks Politik letztere charakterisiert: „Bismarck blieb, als er das konservative Vorurteil der hl. Allianz auf dem Gebiete der europäischen Politik sprengte, innerlich der konservative preußische Junker, der auch das innere Staatsleben in erster Linie als eine Sphäre der Macht und Machtbehauptung ansah und sich vor seinen

2. Vgl. Marcks Bismarck I 1909, S. 235 ff.

3. Vgl. zu diesen Ausführungen: Marcks Fürst Bismarcks G. u. E. 1899, 55 f.; Bism. I, 168, 235 ff. Schmoller, Lenz, Marcks: Zu Bismarcks Gedächtnis 1899, S. 9 ff. G. Kaufmann, Beil. z. (Münchener) Allg. Ztg. Nr. 286, 1898.

4. Bismarcks G. u. E. 1899, 57.

Standesgenossen wohl in der klügeren und moderneren Wahl der Wege, aber nicht eigentlich im Endziel unterschied".⁵

Der Grund für die in den „G. u. E.“ wiedergegebenen Auffassungen Bismarcks von seiner Geburt und ihrer geringen Bedeutung für die Art seiner Politik ist darin zu suchen, daß Bismarck bei der Abfassung der „G. u. E.“ besonders lebhaft die Tatsache einer doch bedeutenden Loslösung seiner eigenen Anschauungen von denen seiner Standesgenossen und seines Bruches mit ihnen (von 1868 ab und in den siebziger Jahren) im Bewußtsein trägt. Dies hat auf die Darstellung seines Buches eingewirkt.

Eine ähnliche Stellung nimmt die historische Kritik auch zu Bismarcks Behauptungen von seiner liberalen Gesinnung in seiner Jugend ein. Diese Gesinnung scheint in den „G. u. E.“ nicht nur eine „ständisch-liberale“ in dem auf I 17 gedeuteten Sinne, sondern nach dem Gesamteindruck der Ausführungen auf I 14—17 darüber hinaus doch von weitgehenderer und betonterer Art zu sein, man möchte beinahe annehmen, daß Bismarcks damalige politische Anschauungen von dem bürgerlichen Liberalismus in gewissem Grade befruchtet waren. Jedenfalls ist die Darstellung der „G. u. E.“ hier — das wird man Marcks⁶ zugeben müssen — verzeichnet, und man wird sich auch hier davor zu hüten haben, aus den „G. u. E.“ allein „die Wirklichkeit von Bismarcks früherer Geschichte erkennen zu wollen“. Gewiß war Bismarck nicht absolutistisch gesinnt, aber tatsächlich doch königlicher, als man es nach den „G. u. E.“ annehmen möchte. Seine Ausführungen über eine wünschenswerte Einschränkung der königlichen Alleinherrschaft, über eine zu erstrebende Kritik der Regierung im Parlamente und in der Presse sind nach Marcks,⁷ Schmoller⁸ und G. Kaufmann⁹ in erster Linie zum Teil wohl bedingt durch spätere Erfahrungen, die in die Zeit von 1847 übertragen werden, hier spricht der Bismarck der Oppositionsreden aus dem Sommer 1892. Bismarck sagt ja zudem selbst, derartige Auffassungen hätten sich in dem Maße bei ihm ausge-

5. Meinecke, Radow, u. d. deutsche Revol. 1913, 530.

6. Bismarcks G. u. E. 58.

7. ebda. 58.

8. Schmoller, Lenz, Marcks: Zu Bismarcks Gedächtnis, 1899, S. 69.

9. Beil. z. (München.) Allg. Z. Nr. 286, 1898.

prägt, als er die Hofkreise und die Gefahren des Ressort-patriotismus kennen gelernt habe (I 15). Ständisch war Bismarck gewiß, aber an seine liberale Gesinnung wird man heute nach den Aufschlüssen, die uns Marcks in seiner Bismarckbiographie (1909, Bd. I) über Bismarcks Tätigkeit in der Patrimonialgerichtsfrage gegeben hat, nicht leicht mehr glauben können. „Die ständisch-liberale Stimmung, in der Bismarck zum Vereinigten Landtage gekommen sein will, war eben auch mehr Stimmung als Ueberzeugung; das beweist, daß sie so rasch schwand vor der Antipathie gegen die rheinisch- und ostpreußisch-liberale Opposition. Kein Wort in den „G. u. E.“ für die lebendigen Kräfte, für den ehrlichen und tiefen Drang lange verhaltener Ideale, der hier hervorbrach. Nur Phrasenschablone sah er damals und sieht er als Greis darin. Wer so sprechen kann, dem ist die Gedankenwelt des damaligen deutschen Mittelstandes innerlich fremd geblieben. Er erkennt sie nur soweit an, als sie politisch realisierbare Werte schafft“.¹⁰

Der Bericht Bismarcks in den „G. u. E.“ (I 17 f.) über sein Auftreten am 17. Mai 1847 im Ersten Vereinigten Landtage ist sehr knapp und zieht die einzelnen Vorgänge bei seiner Rede in der Darstellung zusammen. Den wirklichen und genauen historischen Verlauf geben E. Marcks Bismarck I 401 ff. und Pahncke in seinen „Parallel-Erzählungen“ 21. Bismarck schreibt in den „G. u. E.“ (I 18): „Ich blieb auf der Tribüne und blätterte in einer dort liegenden Zeitung“. In Wirklichkeit sprachen nach Bismarck zunächst zwei andere Abgeordnete, dann bestieg Bismarck von neuem die Tribüne, wurde von großem Lärm empfangen und las seine Zeitung, bis der Lärm sich gelegt hatte.

Blicken wir noch einmal auf das erste Kapitel zurück. Man merkt es deutlich: Hier schrieb der greise, ganz zweckmäßig handelnde Staatsmann. Das Kapitel bringt nicht die überschäumende Kraft und Leidenschaftlichkeit des jungen Bismarck zum Ausdruck. Erscheint hier denn „der tolle Junker von Kniep-

10. Meinecke, Die G. u. E. Bismarcks, H. Z. 82, 290. Vgl. auch Meinecke, Preußen u. Deutschland im 19. u. 20. Jahrhdt. 1918, 356, wo M. in noch schärferer Betonung seiner Ansicht sagt, daß man in dem Ausdrucke „ständisch-liberal“ (G. u. E. I 17) das Wörtchen „liberal“ streichen müsse.

hof“ vor unserem geistigen Auge? Und wie lückenhaft sind die Mitteilungen. Nichts hören wir z. B. — von der Angabe auf S. 1 abgesehen — von seiner religiösen Entwicklung, von der uns Marcks ein so anschauliches Bild gegeben hat, nichts von inneren Erschütterungen. Aber die für das ganze Buch charakteristische politisch-lehrhafte Saite läßt Bismarck sogleich anklingen. So muß „die Schilderung der eigenen Jugendentwicklung einer Abhandlung über den Bureaukratismus von einst und jetzt zur Folie dienen“, und auf die Darstellung seiner politischen Stellung in seiner Jugend geht Bismarck gern und ausführlicher ein.

Wie wir sahen, sind aber selbst diese Mitteilungen über die politischen Wandlungen des jungen Bismarck etwas verblaßt. Die dem Verfasser näher liegende Vergangenheit hat hier die Schilderung der ferneren beeinflußt. Und das lenkt unseren Blick auf einen sehr wichtigen Umstand: Bismarck ist nicht Historiker. Es gelingt ihm nicht, zu unterscheiden; das Gewordene steht im Vordergrunde seines Bewußtseins, das Werden, die Entwicklung tritt dagegen bei ihm zurück. Es liegt gar nicht in seiner Natur, „seinen historischen Charakter als Ganzes zu zergliedern“.¹¹ Die Tatsache, daß Bismarck kein Historiker ist, wollen wir festhalten. Sie wird uns von der historischen Kritik an den „G. u. E.“ noch des öfteren vor Augen gehalten werden.

Zweiter Abschnitt.

Zum 2. und 3. Kapitel der „Gedanken und Erinnerungen“.

Revolution und Union.

Zeigt uns schon Bismarcks Auftreten im Ersten Vereinigten Landtage, wie es um den Liberalismus des jungen Bismarck, des Landedelmannes, in Wirklichkeit bestellt gewesen sein mag, so tritt uns der echte Bismarck der früheren Zeit aus seinem im 2. Kapitel geschilderten Auftreten im Revolutionsjahre 1848 entgegen. Hier offenbart sich sein innigstes Verhältnis zu dem von der liberalen Revolution bedrohten Königshause, hier, wo er in die politische Bewegung einzugreifen sucht, erhalten wir auch

11. Marcks ebda. 57 f.

im Gegensatz zum 1. Kapitel einmal ein lebendiges Bild von der Leidenschaftlichkeit des jungen Bismarck und seinem feurigen Tatendrang.

Das 2. Kapitel — das sei an dieser Stelle auch bemerkt — bot ferner zum Teil ganz neue Einzelheiten zum März 1848 und zu Bismarcks Verhalten in diesen Tagen, was man festhalten muß angesichts der oft aufgeworfenen Frage, ob und inwieweit die „G. u. E.“ dem Historiker etwas Neues brachten.

Im einzelnen mußten sich auch die Mitteilungen dieses Kapitels, das, wie wir wissen¹ schon bei seiner Entstehung leicht Irrtümern ausgesetzt gewesen ist, seitens der historischen Kritik manche Richtigstellung gefallen lassen. Fassen wir da zunächst Bismarcks „Beitrag zu der Geschichte der Märztage“ (I 29—31) ins Auge.

Nach den Mitteilungen von Diest-Daber² kann der damalige Minister von Bodelschwingh die ihm in den „G. u. E.“ in den Mund gelegte Äußerung über den Eindruck einer Volksversammlung vor den Zelten: „Die Leute sprechen ja ganz verständig, ich danke Ihnen [zu Minutoli], Sie haben mich vor einer Torheit bewahrt,“ nicht getan haben. Diest-Daber beruft sich in seinen Mitteilungen auf die Aufzeichnungen seines Bruders,³ gleichfalls eines Augenzeugen der Märztage, sowie auf eigene persönliche Erinnerungen. „Ich bin“, so schreibt er,⁴ „wiederholt zu Fuß und später in Begleitung meines Onkels Bodelschwingh . . . in diesen Versammlungen an den Zelten gewesen und weiß, daß er meine Ansicht über den revolutionären Charakter der dort gehaltenen Reden teilte und sich darüber gegen mich aussprach“.

Weiterhin muß die historische Zuverlässigkeit der Erzählung der „G. u. E.“ über den Abzug und Ausmarsch der Truppen am 19. März und die Rolle, die Bodelschwingh dabei gespielt haben soll, bestritten werden (I 29 f.). Der heutige Stand der historischen Forschung steht mit Bismarcks Darstellung hier gar nicht

1. Busch, Tgbehl. III, 305.

2. Berichtigung v. Unwahrheiten etc. in den Erinnerungen des Fürsten Bism. 1899, 18 f.

3. Gust. v. Diest-Daber. Meine Erlebnisse i. J. 1848 u. d. Stellung d. Staatsministers v. Bodelschw. vor u. an dem 18. März 1848, 1898, S. 5.

4. Berichtigung von Unwahrheiten etc. S. 19.

im Einklang. Prittwitz erzählt bei Bismarck: „Nachdem ihm die Proklamation ‚An meine lieben Berliner‘ bekannt geworden, habe er das Gefecht abgebrochen, aber den Schloßplatz, das Zeughaus und die einmündenden Straßen zum Schutze des Schlosses besetzt gehalten“ (I 29). Dazu ist zu sagen: Die hier wiedergegebene Äußerung über das „Abbrechen des Gefechtes usw.“ muß ganz offenbar auf den Abzug der Truppen (aus ihren gegenüber den Barikaden eingenommenen Stellungen) bezogen werden. Mit diesem Abzuge hat jedoch die Proklamation unmittelbar tatsächlich nichts zu tun, eine Feststellung, die angesichts der bedeutenden Rolle, die der Proklamation im weiteren Verlaufe dieser Erzählung der „G. u. E.“ zugewiesen wird, nicht unwichtig ist. Der Rückzug der Truppen erfolgte vielmehr auf einen königlichen Befehl hin, den Bodelschwingh als Ergebnis der mit dem König und v. Arnim gepflogenen Beratung den im Sternensaal des Schlosses Versammelten verkündete. Prittwitz selbst änderte ferner diesen Befehl des bedingungslosen Abzuges der Truppen eigenmächtig dahin ab, daß die Truppen erst nach Räumung der Barrikaden ihre Stellungen verlassen sollten. Den bedingungslosen Rückzug hat Prittwitz selbst also entgegen der Lesart der „G. u. E.“ gar nicht veranlaßt, ihn vielmehr zu verhindern gesucht. Damit kam er aber zu spät; denn der von Bodelschwingh mitgeteilte königliche Befehl war bereits von einzelnen Offizieren des Generals ausgeführt worden.

Es ist sodann entgegen der Erzählung der „G. u. E.“ (I 30) nicht anzunehmen, daß Bodelschwingh den Abmarsch der Truppen vom Schloß, vor dem sich die aus dem Innern der Stadt zurückgehenden Truppen sammelten, bewirkt hat. Man hat viel darüber gestritten, wer den Befehl zum Abmarsche vom Schloßplatz erteilt haben könne. Heute ist man sich darüber einig, daß es Prittwitz selbst war.⁵ Der Abzug der Truppen vom Schloß

5. Vgl. zu diesen Ausführungen die (bei R. Pahncke, Die Parallel-erzählungen Bism's zu seinen G. u. E. 1914 nicht angeführte) Parallel-erzählung bei Poschinger, Bism. u. Parl. I 247. Dort ist auch die alsbald veröffentlichte Berichtigung dieser Erzählung durch d. Oberforstmeister von Bodelschw. sowie die dieser Erzählung entgegengesetzte Antwort der „Nordd. Allg. Ztg.“ mitgeteilt. Diese Antwort der „Nd. A. Z.“ mutet z. T. wie die Urzelle der fragl. Erzählung der „G. u. E.“ an. Vergl. ferner Diest-

geschah ohne Willen des Königs. Hier und insoweit treffen die diesbezüglichen Mitteilungen der „G. u. E.“ (I 30 unten und I 31 oben) zu.

Gegenüber der den Fürsten Lichnowski verdächtigenden Erzählung der „G. u. E.“ (I 31) sind die ruhiger gehaltenen Mitteilungen Georgs von Bunsen⁶ vorzuziehen. Danach versuchte Lichnowski auf die auf dem Schloßplatz versammelten Massen beruhigend einzuwirken und sie durch harmlos-scherzhafte Bemerkungen etwas abzulenken.

Auch an der Erzählung der „G. u. E.“ (I 22 f., 36 f.) über eine Unterredung Bismarcks mit der Prinzessin Augusta und die Aufforderung Vinckes an Bismarck, für den Antrag auf Einsetzung einer Regentschaft Augustas einzutreten, konnte die historische Kritik nicht ohne weiteres vorbeigehen.

Die Begegnung Bismarcks mit der Prinzessin Augusta kann, wie man nach den „G. u. E.“ (I 22 f.) mit Pahncke⁷ annehmen möchte, nicht am 21. März, dem Tage, von welchem das Schreiben des Prinzen Karl datiert ist, stattgefunden haben, da die Prinzessin erst am 22. März die Pfaueninsel verließ und im Potsdamer Stadtschloß Wohnung nahm. Ob das Gespräch mit der Prinzessin tatsächlich, wie es die „G. u. E.“ berichten, vor Bismarcks Unterredung mit Vincke stattgefunden hat oder ob die Reihenfolge umgekehrt war, ist nicht leicht zu entscheiden. Nach der Erzählung, die Tiedemann⁸ von Bismarck gehört hat, war das letztere der Fall. Doch erscheint Tiedemanns Bericht in dieser Hinsicht nicht recht glaubwürdig; denn danach hätte Bismarck den Abgeordneten v. Vincke in Berlin wenige Tage nach dem Barrikadenkampfe — es kann sich nur um den 21. März handeln

Daber Berichtigung . . . S. 15 f., 20 ff. Wilh. Busch. Die Berlin. Märztage 1890, 30, 61 ff. Stern, Gesch. Europas 1815—71, VII 877. O. Hintze, D. Hohzoll. u. ihr Werk 1915. 532. Wie H. Kohl (Ged. u. Er. Neue Ausg. 1921, 34, Anm. 2) auf Grund eines Briefes des Prinz. Wilh. an s. Schwester Charlotte v. 28. 3. 1848 (bei Berner, Kais. Wilhs. d. Groß. Briefe, Reden und Schriften 1906, I, 173) feststellen will, daß Bodelschw. doch tatsächl. d. Befehl zum Abmarsche vom Schlachtplatze gegeben hat, ist mir unverständlich.

6. Bei Marie v. Bunsen, Georg v. Bunsen 1900, S. 96/97.

7. Die Parallelerz. Bismarcks zu seinen G. u. E. 1914, S. 24.

8. Sechs Jahre Chef der Reichskanzlei unter dem Fürst. Bism. 214 f. (2. Aufl. 1910).

—getroffen, und dieser hätte ihn schon damals an die Prinzessin von Preußen gewiesen, die Bismarck im Potsdamer Schloß zu empfangen wünsche, worauf Bismarck sich dorthin begeben hätte. Man wird aber kaum annehmen können, daß der Plan einer Regentschaft der Prinzessin Augusta schon am 21. März eine derartig konkrete Gestalt angenommen haben sollte, zumindestens ist es doch nicht glaublich, daß Vincke und seine Parteifreunde sich bis zu diesem Tage bereits mit Augusta ins Einvernehmen gesetzt hätten.

So tut man besser daran, in dieser Hinsicht mit Pahncke den Berichten der „G. u. E.“, M. Harden's⁹ und vor allem auch dem Hohenlohe's¹⁰ — den Pahncke unvollständig abdruckt und so in diesem Zusammenhange nicht beachtet — den Vorzug vor der Darstellung bei Tiedemann zu geben. Die Zuverlässigkeit dieser Berichte ist sodann um so wahrscheinlicher, als Bismarck außer dem 21. März und etwa dem 31. — dieser Tag kommt aber hier nicht in Frage — anscheinend nicht in Berlin, öfter dagegen in Potsdam war; so hatte er, wenn wir die allen Berichten gemeinsame Angabe, daß Bismarcks Unterredung mit Vincke in Berlin stattfand, festhalten, eher und öfter die Möglichkeit, bei der Prinzessin vorzusprechen als Vincke zu begegnen. So besteht also wahrscheinlich die Darstellung der „G. u. E.“, nach denen das Gespräch mit der Prinzessin der Unterredung mit Vincke voranging, und nach denen Vincke etwa zu der Zeit, als der Zweite Vereinigte Landtag zusammentrat, zu Bismarck kam, zu Recht.

Was den Plan einer Regentschaft der Prinzessin Augusta selbst angeht, so wird man zunächst im Gegensatz zu dem Eindruck, den man aus den genannten Parallelerzählungen — die beiden älteren stammen aus der Zeit des Kulturkampfes! — und auch aus den „G. u. E.“ gewinnen könnte, mit Petersdorff¹¹ annehmen müssen, daß der Plan von Vincke und seinen Parteifreunden ausging, die dann erst ihrerseits damit an die Prinzessin

9. Posch: Neue Tischgespräche u. Interviews II 440.

10. Hohenlohe-Schillingsfürst Denkwürdigkeiten II 135/136.

11. A. D. B. 46. 105/106. Vgl. dazu u. z. folgd. auch Schuster, Die Haltung der Prinzessin von Preußen i. d. J. 1848/49. Grenzboten, 60. Jahrg., Bd. 4, S. 412 f.

herantraten. Ob Augusta dann diesen Plan betrieben oder nur geduldet hat, steht dahin. Daß sie die Seele dieses Gedankens wurde etwa gar dergestalt, daß Vincke und seine Parteifreunde nur noch als ihre ausführenden Werkzeuge erscheinen mußten, ist nicht glaublich. So aber stellen es die Parallelerzählungen dar. Die „G. u. E.“ dagegen sagen (I 36): Georg von Vincke nahm „im Namen seiner Parteigenossen und angeblich in höherem Auftrage meine Mitwirkung für den Plan in Anspruch, . . .“ Diese Darstellung der „G. u. E.“ kommt sicher der Wirklichkeit in gewisser Weise näher insofern, als bei ihnen durch den Zweifel in der Ausdrucksweise doch Vincke und seine Parteifreunde als die eigentlichen Schuldigen erscheinen.

Dieses „angeblich“ der „G. u. E.“ ist besonders, wenn man neben deren Bericht die der genannten Parallelerzählungen hält, interessant und auffallend. Es zeugt einmal davon, daß, wie es Pahncke nachgewiesen hat, die „G. u. E.“ gegenüber den mündlichen Tischgesprächen u. ä. des gern und leichtthin erzählenden Bismarck in Ausdrucksweise und Urteil doch genauer und vorsichtiger gefaßt sind. Und dann sollte wohl auch Vincke hier sein gebührend Teil bekommen; sicher hatte sich schließlich zudem die Stärke von Bismarcks Haß gegen die verstorbene Kaiserin gegenüber der glühenden Leidenschaftlichkeit während des Kulturkampfes etwas gemindert; auch hier hatte die Zeit wohl ein wenig beschwichtigend gewirkt. —

Das 2. und 3. Kapitel der „G. u. E.“ enthalten auch eine Reihe von Seiten, auf denen mehr die „Gedanken“ und allgemeinen Urteile Bismarcks aus den vierziger sowie den Jahren des Greisenalters im Vordergrund stehen. In diesen Betrachtungen lenkt Bismarck auch unsere Aufmerksamkeit (I 46, 54) auf den „latenten deutschen Gedanken“ Friedrich Wilhelms IV. in den Märztagen, ein Hinweis, der für die historische Forschung von sehr großem Wert geworden ist,¹² wiederum eine wichtige Tatsache zur Beleuchtung der Frage, inwieweit die „G. u. E.“ der Geschichtswissenschaft Neues zu bringen hatten. Die „Ge-

12. Meinecke, Z. Gesch. Bism's. E. Z. 87, S. 25. Vgl. dazu Rachfahl, Deutschland. König F. W. IV. u. d. Berlin. Märzrevolution und die daran anknapfende Kontroversliteratur.

danken“ unterliegen natürlich an sich nicht der historischen Kritik, nur wird man zu fragen haben, ob sie bei Bismarck wirklich ernsthaft und in dem angegebenen Lebensalter vorhanden und wirksam waren, sowie ob er von ihnen so lebhaft, wie berichtet, erfüllt war. Mußte da in dem 1. Kapitel, wo man den Eindruck erhielt, Bismarck habe in seiner Jugend wohl doch stärkere Neigungen zu liberalen Anschauungen gehabt, die historische Kritik berichtigend eingreifen, so liegt in dieser Hinsicht beim 2. und 3. Kapitel kein Anlaß vor.

Aber die „Erinnerungen“ auch des 3. Kapitels konnten hinwiederum von der historischen Forschung nicht ohne weiteres übernommen werden.

Radowitz gilt Bismarck als der „geschickte Garderobier der mittelalterlichen Phantasie des Königs“ (I 64 f.). Das *tempus utile* zur Einrichtung des Dreikönigsbundes habe er „dilatorisch mit nebensächlichen Formfragen ausgefüllt“. „Unbeantwortet ist die Frage geblieben, ob der Einfluß des Generals von Radowitz aus katholisierenden Gründen . . . verwendet worden ist, um das evangelische Preußen an der Wahrnehmung der günstigen Gelegenheit zu hindern, . . . oder ob [Radowitz] nur bestrebt war, seine Stellung bei dem Könige zu halten“ (I 64 f.). Hierzu ist zweierlei zu sagen: Einmal hat dieses Urteil Bismarcks über Radowitz mit dem der Geschichte nichts gemein. Die weithin bekannt gewordene und oft zitierte Bezeichnung Radowitz's insbesondere als „Garderobier der mittelalterlichen Phantasie“ Friedrich Wilhelms IV. lehnt Meinecke¹³ unter Hinweis auf einen Brief Radowitz's, in dem dieser seinen Schmerz über die Vorliebe des Königs für mittelalterliche Formen und Einrichtungen und der dadurch beeinflussten politischen Tätigkeit Friedrich Wilhelms IV. ausspricht, vollkommen ab. — Sodann hat sich die Frage erhoben, ob die „G. u. E.“ hier wirklich einwandfrei die Meinung wiedergeben, die der Bismarck der vierziger Jahre von diesem Staatsmann gehabt hat. Nach Ulmann¹⁴ urteilt in den „G. u. E.“ über Radowitz der greise Bismarck; denn der Union hätte Bismarck doch seiner Zeit fremd und feindlich gegenüber-

13. Rad. u. d. dtische. Revolution 1913, 542 f.

14. Krit. Streifzüge in Bismarcks Memoiren, Hist. Vierteljschr. 5, S. 63 f.

gestanden; damals hätte er Radowitz abgelehnt gerade wegen dessen deutsch-nationalen Bestrebungen und wegen der Versuche, eine Union zustande zu bringen.

Aber im tiefsten Grunde stimmen doch das Urteil der „G. u. E.“ und das des Bismarck aus der Zeit der Union überein:

Gegen eine Union, durch die Preußens Macht erheblich gewachsen wäre, hätte auch Bismarck nichts einzuwenden gehabt; aber gegen eine Union Radowitz's, der diese Frage mit deutsch-nationalen, aber nicht mit realpolitischen preußischen Augen ansah, mußte sich Bismarck entschieden wenden. Hier (in den „G. u. E.“) wie damals sieht er in Radowitz einen Schädling an der preußischen Machtfülle. Wenn je, so mag dies Bismarck aufs deutlichste bewußt geworden sein, als Radowitz von einer im Juli 1850 von Schwarzenberg vorgeschlagenen Union, die eine Teilung Deutschlands bedeutete und selbst dem Stockpreußen ein wenig verführerisch erscheinen mußte, nichts wissen wollte. Einer derartigen „Union“ hätte wohl selbst ein Bismarck freundlicher gegenübergestanden, und solche Gedanken lagen ihm in der Tat als Abgeordneten im Erfurter Parlament nicht fern. Wenn wir uns vor Augen halten, daß für Bismarck auch damals bestenfalls eine „Union“ in dieser Form annehmbar gewesen wäre, die einen tatsächlichen Zuwachs zu Preußens Machtfülle dargestellt hätte, eine Art von Union, die allerdings Radowitz nicht im Sinne hatte, dann wird uns wohl auch das Urteil über Radowitz, das die „G. u. E.“ geben, verständlicher werden; es wird dieses dann auch der Meinung des Bismarck der Unionszeit näher rücken und ihr verwandter erscheinen, als es sich zuerst ausnehmen wollte. Gewiß hat Ulmann nicht durchaus Unrecht, aber er übersieht, daß damals schon in Bismarck vor allem seiner ganzen Natur und seinem Junkertum entsprechend der Preuße, der Macht- und Realpolitiker in den Tiefen seines Wesens lebte.

Nun zu Bismarcks Darstellung der Vorgeschichte des Ganges nach Olmütz und seiner Rede vom 3. Dezember 1850:

Betrachten wir da zunächst einmal im Anschluß an die Beurteilung, die Bismarck Radowitz zuteil werden läßt, die Meinung, die er von dem Kriegsminister Stockhausen hat. (I 68, 70.) Bismarcks Urteil über diesen ist auffallend günstig, auffallend zunächst einmal in dem Sinne, daß bei den wenigen

günstigen Urteilen der „G. u. E.“ jede Aeufßerung von dieser Art immer sofort besondere Aufmerksamkeit erregen muß; und darüber hinaus ist sogar festzustellen, daß „der Würdigung Stockhausens von Seiten Bismarcks in dem ganzen Buche nur etwa die eines anderen Militärs, des Generals Gustav v. Alvensleben an die Seite gestellt werden kann“.¹⁵ Sodann läßt sich die Meinung Bismarcks über Stockhausen gar nicht in allen Stücken als zu Recht bestehend aufrecht erhalten. Bismarck spricht (I 70) Stockhausen von jeder Schuld an Preußens mangelnder militärischer Schlagfertigkeit frei. Aber Stockhausen hat doch tatsächlich trotz der ernsten außenpolitischen Lage die am 1. Oktober 1850 ausgedienten Mannschaften entlassen und Pferdeverkäufe angeordnet. Die Mobilisierung hat er am 2. November verhindert, wo hingegen der von Bismarck angegriffene Radowitz in ernsten Momenten sich stets für die Mobilisierung eingesetzt hatte. Radowitz hatte gewiß keine Schuld an der mangelnden militärischen Vorbereitung Preußens, aber von Stockhausen wird man dies angesichts der angeführten Tatsachen nicht behaupten können.¹⁶

Daß Bismarck Stockhausen gegen die Beschuldigungen, welche gegen diesen in jener Zeit in sehr heftiger Form ausgesprochen wurden, so sehr in Schutz nimmt, wird uns erklärlich erscheinen, wenn wir uns mit Ulmann vergegenwärtigen, daß Stockhausens politische Stellungnahme sich ganz mit den Anschauungen der äußersten Rechten deckte. Schon im April 1850 hatte er bezeichnenderweise erklärt, daß Preußen für die Ideen Radowitz's nicht in einen Krieg eintreten könne. Von dieser Stellungnahme Stockhausens ist Bismarcks Urteil über ihn beeinflusst, es ist partiisch in des Wortes engster Bedeutung. Insoweit wirkte in dem Verfasser der „G. u. E.“ die „zäh der Erinnerung eingeprägte politische Parteiüberzeugung nach“.¹⁷

An die enge politische Fühlungnahme mit diesem Manne und seine Einwirkung auf Bismarck in der I 68 ff. geschilderten Unter-

15. H. Ulmann, Krit. Streifzüge in Bism's Memoiren. Hist. Vierteljschr. 5, S. 50.

16. Vgl. Ulmann ebda. S. 58.

17. Ulmann ebda. 62.

redung im November 1850 knüpft sich nach den „G. u. E.“ die politische Tätigkeit Bismarcks im November 1850, die Ausführungen Stockhausens werden der „leitende Gedanke“ von Bismarcks Rede vom 3. Dezember 1850. (I 74.) Auch an dieser Darstellung mußte die historische Forschung berichtigende Kritik üben. Davon im folgenden:

Zunächst wissen wir, daß der „auf dem Wege über Berlin zu dem Marschquartier des Regiments“ befindliche Bismarck (vgl. I 68) seine erste Unterredung in Berlin mit Manteuffel hatte und zwar am 14. November abends. Dieser bat ihn, nicht nach seinem Marschquartier zu reisen, sondern als Abgeordneter in Berlin zu bleiben. Die Unterredung mit Stockhausen fand erst am nächsten Tage, spätestens am 16. November statt. Zwar hatte sich Bismarck — und dies mag ihm wohl in der Erinnerung vorschweben — sofort nach seiner Ankunft in Berlin am 14. November zu Stockhausen begeben, diesen aber nicht angetroffen. In seinem Gedächtnis scheint sich, wie gesagt, dieser vergebliche Versuch mit der tatsächlich erst später stattgehabten Unterredung verschmolzen zu haben.¹⁸ Die ersten Eindrücke darüber, ob ein Krieg tunlich oder untunlich sei, hat Bismarck in Berlin also doch wahrscheinlich nicht von Stockhausen erhalten.

Ferner glaubt Ulmann,¹⁹ daß Bismarck entgegen der Darstellung auf I 71 der „G. u. E.“ mit Geppert, dem Führer des rechten Zentrums, in der Hauptsache wahrscheinlich über die hessische Frage gesprochen hätte; in dieser Hinsicht war gerade auf Geppert und dessen Parteifreunde eine Einwirkung tatsächlich vonnöten, während ihnen die Notwendigkeit, den Krieg zu vermeiden, schon am Tage vorher von dem Geh. Legationsrat Knüpfer im Auftrage des Ministeriums beigebracht worden war. Ferner geht aus einem Briefe Bismarcks vom 18. November an seine Frau hervor, daß Bismarcks Ausführungen gegenüber Geppert auf diplomatischen Mitteilungen beruhten, also nicht auf militärischen im Sinne Stockhausens. Es galt zudem, eine erregte Debatte über die hessische Frage im Landtage möglichst zu vermeiden; denn eine solche konnte unter

18. Ulmann ebda. 51.

19. ebda. 52 f.

Umständen eine Niederlage und Verabschiedung Manteuffels und Stockhausens zur Folge haben.

Lassen die kritischen Beanstandungen an der Darstellung der „G. u. E.“ hinsichtlich der Zeitpunktes der Audienz bei Stockhausen und des Gegenstandes der Unterredung Bismarcks mit Geppert es schon als zweifelhaft erscheinen, ob Stockhausens militärische Gründe noch über zwei Wochen nach der Audienz für Bismarck in seiner Rede vom 3. Dezember maßgebend waren (vgl. I 74), so wird dieser Zweifel noch verstärkt, wenn wir uns vor Augen halten, daß die militärische Rüstung, wie Ulmann nachweist,²⁰ jetzt fast beendet und Preußen jetzt wohl vorbereitet und widerstandsfähig war. Sollte Bismarck allein, dem doch ein schnelles Begreifen realer Tatsachen eigen war, es nicht gesehen haben, was alle erkannten, (weshalb man Stockhausens Ausführungen im Herrenhause wenig Glauben schenkte), daß sich nämlich die militärische Lage am 3. Dezember nicht mit der des 15. November gleichstellen ließ?

Und in der Tat ist sich heute die historische Forschung darüber einig, daß sich Bismarck in seiner Rede vom 3. Dezember entgegen den „G. u. E.“ (I 74) nicht von den ihm beigebrachten militärischen Ueberzeugungen Stockhausens leiten ließ; solche waren für ihn bestenfalls in untergeordnetem Grade maßgebend. Welches waren nun die wirklichen „leitenden Gedanken“ des Redners vom 3. Dezember? Nach Ulmann,²¹ dessen Ausführungen wir hier folgten, konservativ legitimistische Parteiüberzeugungen. Ist diese Ansicht unbedingt richtig?

Tatsächlich nahm Bismarck doch innerhalb der Partei eine Sonderstellung ein.²² Freilich scheint ihm dies selbst nicht — und darin sehe ich den eigentlichen und besten Ertrag von Ulmann's diesbezüglichen Ausführungen — völlig klar zum Bewußtsein gekommen zu sein. Er sah vor allem, daß seine politischen Ziele und die der Gerlach und Manteuffel die gleichen waren; aber deren Beweggründe und die Bismarcks decken sich nicht ohne weiteres. Dessen ungeachtet fühlte Bismarck sich als

20. Ulmann ebda. 60 ff.

21. ebda. 55, 62 f.

22. Meinecke, Radow. u. d. dt. Revol. 1913, 403; Fester, H. Viertelsschr. 5, 1902, 233; E. Marcks, Bismarck 1915, S. 26.

Parteimann, die Parteidoktrin blieb auch auf ihn nicht ohne Einfluß, wenn sie auch den tiefsten Grund seiner Persönlichkeit nicht erreichen konnte, und die Rede vom 3. Dezember sollte und wollte eine Parteireden sein. Auch er fürchtete wie seine Parteifreunde, daß, wenn es hier tatsächlich zu einem Kriege mit Oesterreich kam, dann auch der verhaßte Einfluß Radowitz's auf den König wiederkehren könne;²³ aber hier zeigt sich der Unterschied zwischen Bismarcks politischer Einstellung und der seiner Parteifreunde. Die Gerlach und Manteuffel waren auf Grund legitimistischer und konservativer Ideen gegen die Wiederkehr Radowitz's und gegen einen Krieg für dessen mit der Revolution verknüpften Unionsgedanken. Auch Bismarck hatte vor der revolutionären Union Abscheu, freilich nicht aus Hingabe an theoretische, legitimistische Prinzipien, sondern weil ihm, dem königstreuen Junker, die Revolution von Natur aus ganz selbstverständlich als ein Greuel erschien. Vor allem aber war es ihm um Preußens Macht, die durch deutsch-nationale Verfassungspläne nicht die geringste Einbuße erleiden sollte, zu tun.²⁴ Und damit haben wir das Motiv berührt, welches, was Ulmann völlig übersieht, deutlich in der Rede vom 3. Dezember anklingt, und durch das Bismarck auch hier, obwohl er eine Parteireden hält, seine Eigenart innerhalb der Partei beweist. Bismarck spricht als Preuße und als Realpolitiker und zwar keineswegs nur, was man sofort einwenden könnte, um einen taktischen Hieb gegen alle die zu führen, die gerade aus preußischem Patriotismus sich für den Krieg einsetzen zu müssen glaubten. Daß er grundsätzlich als Preuße gegen die Union und einen Krieg für diese war, dies zeigen auch andere gegen die Unionspläne gerichtete Reden von ihm, z. B. die vom 6. September 1849²⁵ oder seine Rede vom 15. April 1850.²⁶ Freilich auch sein preußisches Ehrgefühl war gekränkt, auch er hätte Lust gehabt, das Schwert zu ziehen.

23. Lenz, Gesch. Bismarcks 1902, S. 53.

24. Damit soll nicht geleugnet werden, daß nicht auch in Bismarck deutsch-nationale Gedanken, freilich v. and. Art. lebten. Vielmehr verweise ich hier auf Meinecke, Weltbürgertum u. Nationalstaat 1908, 306. (4. Aufl. 1917, S. 318 f.)

25. Bei Stern, Gesch. Europas 1815—71, Bd. VII, 1916, S. 413.

26. Vgl. Meinecke, Preuß. u. Deutschl. i. 19. u. 20. Jhdt. 290 f.

Doch gegenüber diesen mehr gefühlsmäßigen Regungen behauptete sich in ihm die kühle realpolitische Erwägung, daß man nicht einen Krieg führen dürfe, der nicht aus egoistischer preußischer Machtpolitik entspringe, und dessen Ergebnis auch im Falle eines Sieges bei der Veranlagung Friedrich Wilhelms IV. eine (durch die Unionsverfassung bedingte) Einschränkung der preußischen Macht sein konnte. An ein unpreußisches Kriegsziel durften Preußens Streitkräfte nicht nutzlos verschwendet werden. Daß für ihn nach Fester²⁷ die wünschenswerte Lösung der kurhessischen Frage die Annexion dieses Landes durch Preußen gewesen wäre, d. h. daß ihm bei seinen Worten: „Ich will nicht erörtern, . . ., inwiefern jemand einen Krieg vielleicht gern führen könnte, der keinen anderen Grund hat, als daß sein König und Kriegsherr sagt: Das Land gefällt mir, ich will es besitzen“, „wie im Traum friderizianische Annexionsideen vorgeschwebt“ hätten, deren Verwirklichung er von einer besseren Zukunft ersehnen mochte, ist möglich.

Fassen wir diese Erwägungen zusammen, so können wir sagen, daß Bismarck sich am 3. Dezember als Parteimann fühlt und redet und tatsächlich auch Parteimann ist; andererseits aber beweist er auch in dieser Rede vor allem durch seine preußisch-realpolitischen Ideen seine Eigenart innerhalb der Partei. Parteianschauungen und spezifisch eigene Gedanken leiten ihn bei seiner Rede. Freilich spricht er auch in Stockhausens Interesse, eines Ministers, den er auch unbedingt halten wollte, aber daß dessen militärische Ueberzeugung für ihn wesentlich bestimmend war, erscheint nicht glaublich. An einen Aufschub des Krieges dachte er nicht ernsthaft, denn er hoffte in einer falschen Einschätzung der österreichischen Politik — noch schwebte ihm der „Weg mit Oesterreich vor, den er schon ein Jahr zuvor ins Auge gefaßt hatte“²⁸ —, daß die „freien Konferenzen“ für Preußen ein annehmbares und erträgliches Ergebnis haben würden.

Wir sahen: Nach den Ergebnissen der historischen Kritik kann man entgegen der Darstellung der „G. u. E.“ an einen

27. Ueber d. historiogr. Charakter der G. u. E. Bismarcks. H. Z. 85, 50.

28. Lenz, Gesch. Bismarcks S. 55.

wesentlichen Einfluß der Mitte November stattgehabten Unterredung Bismarcks mit Stockhausen weder auf Bismarcks politische Tätigkeit im November 1850 noch auf den Gedankengang seiner Rede vom 3. Dezember glauben.

Wie erklären sich hier diese Irrtümer in der Darstellung der „G. u. E.“?

Ulmann²⁹ meint, daß sich Bismarcks Erinnerung vielleicht zufällig „an den äußeren Vorgang der Audienz beim Kriegsminister heftete“, eine Erklärung, für die man in anderen Memoiren leicht Analogien finden wird. Lenz³⁰ ist der Ansicht, daß in der Zugrundelegung des Motivs für die Rede „wie überall die Empfindungen und Anschauungen der späteren Zeit auf die Erinnerungen des Fürsten eingewirkt hätten“. Beide Erklärungsmöglichkeiten sind verständlich und schließen einander nicht aus.

Allem Anschein nach hatte Bismarck am 3. Dezember noch keine genaue und volle Kenntnis der preußischen Zugeständnisse, die Manteuffel in dem wenige Tage vorher getroffenen Olmützer Abkommen den Oesterreichern gemacht hatte. Im Einklang damit legt er wie damals, so auch in den „G. u. E.“ einen besonderen Nachdruck auf die Dresdner Verhandlungen (I 76). Wenn er dabei freilich so weit geht, daß er erst in deren Ergebnis „die auffällige Beschränkung“ der preußischen Ziele sieht, so muß man diese seine Annahme doch als nicht einwandfrei zurückweisen; denn jene „Beschränkung“ hat doch tatsächlich schon die Olmützer Punktation geschaffen, deren Linie man, nachdem diese Abmachungen nun einmal getroffen waren und sich teilweise schon ausgewirkt hatten, doch nicht so schnell und ohne weiteres wieder verlassen konnte.

Bismarcks Deutung der Todesursache Brandenburgs (I 66, 70, 279) ist insofern zu berichtigen, als nicht, wie er meint, „der Konflikt des ehrliebenden Brandenburg mit der Friedensseligkeit des Königs und der preußischen Minister“, ³¹ „aber doch wohl in gewissem Maße die Einwirkung der vorangegangenen Spannung und Aufregung, die die Widerstandskraft seines von einer akuten

29. Hist. Vierteljschr. 5, S. 59/60.

30. Z. Kritik der G. u. E. des Fürst. Bism. 1899, S. 129.

31. Marcks, F. Bismarcks G. u. E. 47 Anm.

Infektionskrankheit ergriffenen Organismus geschwächt hatten“,³² zu seinem Tode beitrug.

Werfen wir rückschauend noch einmal einen Blick auf die beiden soeben behandelten Kapitel der „G. u. E.“ Von anderer Seite und in anderem Zusammenhange ist der lebhaft und farbenfreudige Charakter von Bismarcks Darstellung namentlich seiner Tätigkeit in den Märztagen, das Dramatische und Packende in seiner Erzählung — wie erzählt er die Szene der Ansprache des Königs an die Offiziere am 25. März in Potsdam, wie „bismarckisch“ ist sein Zusatz: „wie es ein König v. Preußen . . . nie wieder hören wird“ —, die Kunst der Charakterisierung — z. B. die Gerlachs I 47 — gebührend gewürdigt worden.. Wir hatten es hier mit den Ausstellungen der historischen Kritik an Bismarcks Darstellung zu tun. Wir sahen: Während uns das 2. Kapitel deutlich die ungestüme Leidenschaftlichkeit des jungen Bismarck mit seinem glühenden Abscheu vor der Revolution und seiner feurigen Liebe zum Königshause vor die Seele führt, erscheint die Schilderung seines Auftretens in der Zeit des Olmützer Vertrages, sowie seiner damaligen Auffassungen verblaßt und verwischt. In seiner Erinnerung hat sich manches verschoben. Gerade die Mitteilungen, mit denen Bismarck bewußt die historische Wissenschaft bereichern will, sein „Beitrag zu der Geschichte der Märztage“ (I 29 ff.), können von der Forschung nicht übernommen werden. Bismarcks Urteile über Persönlichkeiten der damaligen Zeit sind größtenteils einseitig. Man kann sich manchmal des Eindrucks nicht verwehren, daß er in seiner Liebe zum bedrohten Königshause, vor das er sich schützend stellen will, und in seinem Haß gegen die Revolution mit seinem Urteil über Männer, gegen die auch nur der Schein spricht, gar schnell fertig ist und in ihm sofort der Verdacht feststeht: Das ist auch einer, der sich von den revolutionären Ideen anstecken ließ (vgl. bes. seine Beurteilung Lichnowski's und Bodelschwingh's).

32. O. Hintze, D. Hohzoll. u. ihr Werk 1915, 555. Hintze gibt, wie ich meine, die glücklichste Lösung dieser viel umstrittenen Frage. Vgl. noch hierzu: Stern. Gesch. Europas 1815—71. VII, 451 f. Sybel, Begründung des dt. R. 1889, II. 3 f.; ferner die auch bei Stern angeführten Ausführungen v. Schiemann, Dt. Rdsch. 1899. Augustheft, S. 300 ff. u. v. Meinecke, Dt. Rdsch. C. 1909, S. 497.

Dritter Abschnitt.

Zum 4.—9. Kapitel der „Gedanken und Erinnerungen“

Bundestagsgesandter.

Das 4. Kapitel der „G. u. E.“ ist von der historischen Kritik im ganzen nicht angegriffen worden. Nur zu Bismarcks Erzählung von seiner Unterredung mit Georg V. von Hannover (I 88 f.) ist eine kleine berichtigende Feststellung zu nennen. Diese Unterredung fand am 23. Juli 1853 statt und nicht, wie Bismarck angibt, im September.¹

Das 5.—9. Kapitel haben dagegen der Kritik recht vielfach Anlaß zu Beanstandungen gegeben.

Zunächst zu Bismarcks Charakteristiken und Beurteilungen von Persönlichkeiten und Parteien:

Bismarcks Urteile sind, wie wir schon oben sehen konnten, meist einseitig. Damit ist durchaus nicht geleugnet, daß man bei ihnen öfters auf eine erstaunliche Schärfe und Tiefe der Beobachtung trifft. Nur wirken sich leider diese Eigenschaften oft nur nach einer Richtung hin aus: Es ist „ein Fehler meines Auges“, so schreibt er schon am 2. Mai 1897 an Gerlach, „daß es schärfer für Schwächen als für Vorzüge ist“.² Und wenn es sich nun gar um einen politischen Gegner handelte! Da könnte man fast behaupten, daß seine persönliche Veranlagung ihm von vornherein alle Lust versagte, einen Gegner zu verstehen.³ Für den Politiker sind die Menschen Mittel für seine Zwecke. Unter diesem Gesichtspunkte, „ob sie seinem Zwecke dienten oder sich ihm entgegenstimmten, zeichnet er“, wie Meinecke⁴ sich ausdrückt, „in den „G. u. E.“ die Menschen fast durchweg“. Und in dem, der seiner Politik zu widerstreben wagt, sieht er seinen persönlichen Feind.

1. Otto Kuntzezmüller, Aus der Gesch. des letzt. Königs v. Hannover. Montagsblatt, wissensch. Wochbeil. d. Magdeb. Zeitg. 1906, Nr. 39.

2. vergl. Karl Groos, Bismarck im eignen Urteil, 1920, 91 f.

3. Ludw. Bamberger, Bismarck Posthumus, Berlin 1899. Sonderabdruck aus der Wochenschrift „Die Nation“.

4. F. Meinecke, Die G. u. E. Bism's., H. Z. 82, S. 287; vgl. auch Lenz, Z. Kritik der G. u. E. S. 57.

Gegnerische Parteien erscheinen ihm als selbstsüchtige Schädlinge des Gesamtwohles. Ihren Programmen steht er mit großer Skepsis gegenüber; zudem üben sie nach Bismarcks Meinung auf die meisten Fraktionsmitglieder keinen besonders maßgebenden Einfluß aus. Für diese sind vielmehr das Entscheidende die Partei-Führer, denen sich infolgedessen Bismarcks Interesse, wenn er von Parteien spricht, in überwiegendem Maße zuwendet. —

Schon in den Kapiteln, die wir in diesem Abschnitte betrachten, nimmt die Beurteilung Augusta's, der späteren Kaiserin, sie sich durch das ganze Buch hindurchzieht, einen breiten Raum ein. Auch dieses Urteil wird von der historischen Kritik allgemein als einseitig angesprochen.⁵ Freilich eines können wir vielleicht — darauf macht G. Kaufmann⁵ aufmerksam — dem Urteile Bismarcks über Augusta zugute halten: Das Bild, welches sich das Volk etwa in der Zeit der Veröffentlichung der „G. u. E.“ von der Kaiserin machte, und das durch den Glanz der Krone und die Siege, ferner „durch die Beflissenheit der gewerbsmäßigen Loyalität“ mit beeinflußt war, mag durch die „G. u. E.“ damals eine berichtigende kritische Beleuchtung erfahren haben.

Die Ursachen des Gegensatzes zwischen der Königin und Kaiserin Augusta und Bismarck waren besonders, wie Bismarck es (I 37) selbst mitteilt, die Abneigung der Königin gegen den Ministerpräsidenten der vierjährigen Konfliktszeit, der Krieg von 1866, überhaupt ein weibliches Grauen vor diesem unheimlichen rücksichtslosen Realpolitiker und vor allem auch der Kulturkampf. Daß sie in allen diesen Fällen gegen Bismarck gewirkt hat, ist nicht zu leugnen, freilich nicht in dem Maße, wie man es nach den „G. u. E.“ annehmen müßte. Der Wert der „G. u. E.“ besteht in dieser Hinsicht vielmehr darin, daß sie uns zeigen, wie stark Bismarcks Haß gegen diese Frau war. Der Haß sowie die mit den Jahren sich stärker ausbildende Neigung zu Verdächtigungen politischer Gegner — er sah während des Kulturkampfes der Kaiserin Hand im Spiele, wo tatsächlich daran gar nicht zu denken war — haben zu den Uebertreibungen in der Darstellung

5. Mareks, F. Bism's. G. u. E. 110 f. G. Kaufmann, Beil. z. (München.) Allg. Ztg. Nr. 286.

der „G. u. E.“ geführt. Man wird sich auch immer vor Augen zu halten haben, wie Augusta selbst ihre politische Tätigkeit auffaßte. Beust⁶ gegenüber bezeichnete sie sich einmal als die „politische Soeur grise“. Als solche hielt sie es für ihre weibliche Pflicht, die Schärfen der Bismarckschen Politik mildernd auszugleichen. Den innersten Grund hatte ihr Wirken in ihrem Temperament, ihrer hohen Begabung und ihrem Drang nach Betätigung, wodurch aber bei ihrer Politik die Spannung vorhandener Gegensätze noch deutlicher zu Tage trat.⁷

Ihren Gemahl hat Augusta in politicis zu beeinflussen versucht, nicht immer ohne Erfolg und dies in dem Grade, daß man in dem Geschaffenen oder Geschehenen auch Spuren ihres Rates erkennen konnte. Aber es wäre zu weit gegangen, wollte man mit Bismarck da mit dem Finger hinweisen und sprechen: Hier haben wir es mit ihrem Werke zu tun. So ist die Bezeichnung Augustas als „Begründerin und Patronin“ des Ministeriums der neuen Aera in den „G. u. E.“ (I 211) — wenn man hier auch nicht, wie Berner⁸ es tut, ihren Einfluß ohne weiteres wird von der Hand weisen können, — zu scharf und übertrieben.

Die Vorliebe Augustas für französisches Wesen und Literatur und für England erklärt Bismarck (I 121 f. und I 124) durch die Einwirkung der Weimarer Hofluft, in der Augusta ihre Jugend zugebracht hatte. Das ist sicherlich ein Grund, aber nicht der einzige, und die Hauptursache für diese Neigungen, und Bismarck tut Unrecht, ihn mit leisem Spott zu sehr zu unterstreichen. Man wird doch schwerlich annehmen können, daß eine so begabte Frau nicht auch ihr selbständiges, dem Elternhause entwachsenes Urteil und Empfinden in dieser Hinsicht wird mitsprechen haben lassen. Ferner hat besonders auch der Verkehr mit französischen Schriftstellern und Freunden das Seinige zu Augustas Vorliebe für französische Literatur beigetragen, ebenso in gewissem Grade wohl auch die lange Anwesenheit und auch der spätere häufige Aufenthalt in dem Frankreich benachbarten Rheinlande. Und zu dem damals durchaus

6. Beust, Aus drei Viertel-Jahrhunderten, 1887, S. 244.

7. Vgl. dazu Petersdorff A. D. B. 46.

8. vgl. Herm. Oncken's Kritik (F. z. Brd. u. Preuß. Gesch. 15, 1. Hälfte, S. 299 ff.) zu Berner, D. Regierungsanfang des Prinz-Regent. v. Preuß. 1902.

deutschfreundlich gesinnten England hatte Augusta doch enge und herzliche Beziehungen verwandtschaftlicher Natur; durch öftere Besuche und dauernden Briefwechsel stand sie in reger Verbindung mit ihrer Cousine, der Königin Viktoria und ihrem Vetter Prinzen Albert von Sachsen-Koburg.⁹

Auch eine besondere Vorliebe und Hinneigung zum Katholizismus wird man Augusta entgegen den Behauptungen Bismarcks nicht nachweisen können.

Daß Augusta während ihrer langen Anwesenheit in Koblenz den Rheinländern ihre Fürsorge angedeihen ließ, ihrer Konfession Verständnis entgegenzubringen suchte, und daß es, wo doch auch sonst alle angesehenen und maßgeblichen Instanzen der Rheinprovinz bei ihr zu Gaste waren, auch zu einem gelegentlichen Verkehr mit dem Bischof von Trier und den geistlichen Behörden kam, wird man nur anerkennen müssen, zumal wenn man bedenkt, daß diese rheinischen Katholiken erst 1815 Untertanen des preußischen Hohenzollernstaates geworden waren. Daraus aber auf besondere katholische Neigungen Augustas schließen zu wollen, wäre nicht angebracht. Und dies m. E. auch dann nicht, wenn man weiß, daß Augusta als „rheinische Prinzessin“ und häufig auch als wirkliche Protektorin sich rheinischer Schulanstalten sowie der unter ihrem Protektorat stehenden krankenpflegenden Orden während des Kulturkampfes annahm, was Bismarck allerdings sehr gekränkt haben wird.¹⁰

Ferner täte man Unrecht, wenn man sich durch Bismarcks Bemerkungen (I 125 und 202) verleiten ließe, an eine Vorliebe Augustas für katholische Umgebung, ja katholische Dienerschaft, wie sie schließlich ihrem Hofe einen auffällig katholischen Cha-

9. Dazu kamen die Anerkennung, die A. der engl. Verfassung zollte, und ihre Ueberzeugung, daß ein gutes Einvernehmen zw. Engl. u. Preußen für dieses sehr wertvoll sei.

10. Die bekannte Aeußerung der Hofdame Adeline Schimmelmänn. A. sei mit den Jahren dem Katholizismus insofern näher gerückt, als sie sich durch die Lehre von den guten Werken gefangen nehmen ließ und diesem Satze mit unermüdlichem Eifer nachlebte, kann auch nicht als beweiskräftig für eine besondere Hinneigung A.'s zum Katholizismus angesehen werden. Bei einer Frau wie Augusta war die Regung z. Wohltätigkeit von Natur aus schon stark genug.

rakter gegeben haben soll, glauben wollte. Ottmar v. Mohl¹¹ erzählt uns, daß die Palastdamen, Hofdamen, die Obersthofmeisterin, der Kabinettssekretär und Leibarzt, die beiden adligen Kammerfrauen — die intimste Umgebung der Königin — sämtlich protestantisch waren. „Nur unter den Kammerherren herrschte Parität, wie auch Graf Nesselrode streng katholisch war“.¹² Die katholischen Kammerherren waren zudem wie auch der Obersthofmeister Nesselrode Rheinländer. Und bzgl. Nesselrode's Einfluß äußert sich O. v. Mohl: „Man irrte in Berlin, wenn man an einem großen Einfluß des katholischen Rheinländers glaubte“.¹³

Bismarcks Bezeichnung „Jesuitenlager“ (I 202) ist von der Kritik¹⁴ irrtümlich auf Augustas Hof bezogen worden. Bismarck hat hier Stillfried und dessen Kreis im Auge. Doch bleibt trotzdem Bismarcks Ausdrucksweise unrichtig; denn diese Männer waren weder wirkliche Jesuiten noch im geringsten einseitig ultramontan oder gar staatsfeindlich gesinnt. —

Zu Bismarcks in der Tat schon auf den ersten Blick sehr einseitig anmutenden Beurteilung der Wochenblattspartei (I 92 ff.) schreiben bereits die deutsch-evangelischen Blätter (S. 58) im Jahre 1899 bei einer ersten Besprechung der „G. u. E.“: „Ohne Zweifel ist die geringschätzige Art, wie über . . . die Partei Bethmann-Hollweg geurteilt wird, eine ungerechte“. In der gleichen Weise spricht sich G. Kaufmann¹⁵ aus. Es fehlt „vor allem der Hintergrund der sittlichen Entrüstung dieser Männer über das Schandregiment der Reaktion, den Mißbrauch der Gerichte . . . Man möchte glauben, es habe all das nicht gegeben . . . Die Proklamation des Prinz-Regenten vom November 1898 und das Ministerium der „Neuen Aera“ versteht man nicht, wenn man nur diese Betrachtungen liest . . . Auch die Einzelheiten, die er über

11. Kabinettssekretär d. Kaiserin A. Vgl. dessen Erinnerungen: „Fünfzig Jahre Reichsdienst“ 1920. Leipz. S. 42—65 zu den Ausführungen über A.'s Vorliebe f. frz. Literatur und ihre kath. Neigungen.

12. ebenda S. 45.

13. S. 64.

14. P. M(ajunke) i. d. histor.-polit. Blättern f. d. kath. Deutschland, 123. Bd., S. 284 ff.

15. Beil. z. (Münch.) Allg. Ztg. Nr. 286, 1898.

Auerswald's Wünsche und Goltz's Ehrgeiz mitteilt, werden ihre Färbung durch die Beleuchtung gewonnen haben, in die sie Bismarck rückt . . ." Insbesondere das Urteil über Robert von der Goltz erscheint, was mit Pahncke¹⁶ interessanterweise festzustellen ist, persönlich beeinflusst (Bismarck weist selbst auf Goltz's Undankbarkeit hin, I 94), zumal im Vergleich mit Bismarcks Äußerungen über Goltz i. J. 1851 und 1853; zwischen den damaligen Äußerungen und dem Urteil der „G. u. E.“ liegen eine Reihe persönlicher Zwistigkeiten Bismarck's und Goltz's.

Man wird sich bei Bismarcks Urteilen über Persönlichkeiten wie auch sonst immer vor Augen halten müssen, daß Bismarck kein Historiker ist und nicht dessen Verantwortlichkeitsgefühl besitzt. Dies zeigt Fester auch wieder deutlich an Bismarcks Erzählung über Bunsen und seine Denkschrift (I 112 f.).¹⁷ Während sich der Historiker auch um die inneren zeitgeschichtlich bedingten Motive Bunsens kümmern würde, ist es Bismarck nur um den politischen Gedanken zu tun. Er verfolgt mit seiner Erzählung politische Zwecke und lehrhafte Absichten. Sie soll den Leser „auf die Usedomiana, auf den Subordinationsmangel der Grafen Robert von der Goltz u. ä.“ vorbereiten, sie ist geschrieben gleichsam als Warnung vor der Wiederkehr von Dilettanten in der Diplomatie. Zudem ist die Darstellung der Geschichte von Bunsens Denkschrift an sich ferner weder ganz einwandfrei richtig noch vollständig. Bunsens Denkschrift trägt das Datum des 1. März 1854. „Bismarck hat also“, so erklärt sich dies Fester, „aus dem Gedächtnis diktiert und Bucher nichts zu ändern gewagt oder seinen eigenen Artikel (vgl. I 113 ob.) nicht nachgeschlagen“.

Zu Bismarcks Darstellung seines Verhältnisses zu Gerlach und überhaupt zur Camarilla (I 145) äußert sich Lenz.¹⁸ Daß sich Bismarck nach den „G. u. E.“ in einer Sonderstellung und in einem gewissen Gegensatz zur Camarilla befunden habe, erscheint Lenz nicht glaubhaft. Er weist auf das Tagebuch Gerlachs und Bismarcks Briefwechsel mit diesem hin, welche uns

16. Pahncke, Die Parallelerz. Bism.'s zu seinen G. u. E. 1914, S. 36.

17. Fester, Ueber d. historiogr. Charakter der „G. u. E.“ Z. 85, 58 f.

18. Lenz, Z. Kritik d. G. u. E. 1899, 42 ff.

doch ein enges Freundschaftsverhältnis zwischen Bismarck und der Camarilla zeigten. Demgegenüber sind aber, wie ich meine, Meinecke¹⁹ und Schiemann²⁰ völlig im Recht, wenn sie gerade das Gegenteil (zu der von Lenz geäußerten Anschauung) behaupten, also der Ansicht sind, daß die „G. u. E.“ das Verhältnis Bismarcks zu Gerlach richtiger darstellen als Gerlachs Tagebuch und der Briefwechsel. Man muß sich mit Meinecke zur Lösung dieser Frage einmal das gesamte Bild des damaligen Bismarck und die Tendenz und Art seines damaligen politischen Wirkens vergegenwärtigen. Bismarck war damals schon, wie dies Lenz auch selbst zeigt, Politiker „auf eigene Faust“. Ueber enge Parteischranken war er schon mehr und mehr hinausgewachsen, eine Entwicklung, die für diese Zeit seines Lebens charakteristisch ist. Die in ihm liegende Befähigung zu klarer realpolitischer Einsicht hatte jegliche auf anderem Boden als dem der Realpolitik gewachsenen Vorurteile der Parteien abgestoßen und sich gekräftigt. Kein Wunder, daß er auf diese Weise von der Haltung der Camarilla dann und wann abweichen mußte, und sicherlich ist er sich dann auch der Selbständigkeit seines Handelns und seiner Sonderstellung zur Camarilla bewußt geworden. Trotzdem hätte sich Bismarck wohl sehr gehütet, solche eigenen Wege deutlich kund werden zu lassen, geschweige es mit der Camarilla zu verderben; denn auf deren Bundesgenossenschaft war er ja angewiesen. Warum könnten denn nicht, wie es Meinecke ausspricht, Bismarcks briefliche Äußerungen und Freundschaftsversicherungen durch Zweck und Tendenz gefärbt sein?

In diesem Zusammenhange verdient noch besondere Beachtung Bismarcks Erzählung (I 145) von einem Plane des Königs (Anfang 1854), Bismarck zum Minister zu machen, und dem sich dagegen erhebenden Widerspruche seitens der Camarilla und Gerlachs. Auch hier übt Lenz²¹ Kritik. Zunächst berichtigt er die Datierung Bismarcks („Zu Anfang des Jahres 1854“) dahin, daß erst im März von der Ministerschaft Bismarcks

19. Z. Geschichte Bismarcks, H. Z. 87, S. 29 f.

20. H. Z. 83, S. 453, Anm. 2.

21. Z. Krit. d. G. u. E. 43 f.

die Rede gewesen sein könne; daß der Anfang des Jahres 1854, der Januar, nicht in Frage komme, dafür spräche Gerlachs Tagebuch.

Dieses zeige uns auch, daß entgegen Bismarcks Darstellung nicht der König, sondern Senfft von Pilsach Bismarck als Ministerpräsident vorgeschlagen hätte. „Es geschah dies gerade vom Standpunkte der extremen Russenfreundschaft aus, und wenn Gerlach widersprach, so tat er das, weil er zu einer so schroffen Maßregel doch nicht die Hand bieten mochte“.

Zu diesen Ausstellungen von Lenz äußert sich gleichfalls Meinecke,²² und man wird ihm Recht geben müssen, wenn er hier vorsichtiger urteilt. Zweifellos darf man nicht die Ausdeutung des Verhaltens Gerlachs, die Bismarck in den „G. u. E.“ gibt, ohne Skepsis aufnehmen bei der auffallenden Einseitigkeit der meisten Bismarckschen Urteile über die angeblich von persönlicher Feindschaft geleiteten Absichten politischer Gegner. Ob und inwieweit aber für Gerlach außer sachlichen Gründen hier tatsächlich auch noch „ganz versteckte Neigungen der persönlichen Rivalität“, wie sie Meinecke doch immerhin für möglich hält, maßgebend waren, wird sich nicht sicher feststellen lassen. Daß Bismarck jedenfalls schon 1854 Gerlach bei dessen Widerspruch gegen seine Ministerschaft persönliche Motive zugetraut haben mag, und daß also zumindestens insoweit die Darstellung der „G. u. E.“ zu Recht besteht und somit Bismarcks Verhältnis zu Gerlach und zur Camarilla, wie oben gesagt, doch richtiger als die Gerlachpapiere wiedergibt, halte ich mit Meinecke für möglich.

Nunmehr haben wir uns mit den Reisen Bismarcks von Frankfurt nach Berlin zu befassen, an deren Darstellung sowohl im allgemeinen hinsichtlich ihrer angeblichen Tendenz wie im einzelnen weitgehendste Kritik geübt worden ist:

Bismarck täuscht sich — das hat Lenz²³ gezeigt —, wenn er glaubt, von Frankfurt aus gegen seinen eigenen Willen vom König nach Berlin zur „Territion Manteuffels“ oder als „überparteilicher Schiedsrichter“ gerufen worden zu sein (I 113, 128, 146). Aus dem Briefwechsel zwischen Gerlach und Bismarck

22. H. Z. 87, S. 30 f.

23. Z. Kritik der G. u. E.

geht hervor, daß Bismarck selbst die Berufungen zusammen mit Gerlach veranlaßt hat. Lenz weist in überzeugender Weise (Meinecke²⁴ hält diesen Nachweis für gelückt. Schieman's²⁵ Gegenargumente sind nicht stichhaltig) nach, „daß bis Januar 1855 der erste Anstoß zweimal, im März und August, von Bismarck ausging, von Gerlach im Mai, während im Dezember-Januar sich beide darin entgegen kamen“. Auch Bismarcks Behauptung seiner so starken Abneigung vor einem Ministerposten unter Friedrich Wilhelm IV. muß bezweifelt werden.

Im einzelnen ist an Bismarcks Darstellung seiner Reise von Frankfurt zum Könige folgendes auszustellen:

Bismarck erzählt (I 128), er habe auf den Reisen zwischen Frankfurt und Berlin über Guntershausen in einem Jahre 2000 Meilen gemacht. Hier stimmen nun entweder die „2000 Meilen“ nicht (Lenz), oder man muß, wenn man diese Angabe gelten lassen will, an dem Worte „in einem Jahre“ Kritik üben. Dies tut Pahncke,²⁶ der für den angegebenen Zeitraum die Zeit der gesamten Frankfurter Reiseperiode vom Juni 1853 bis Mai 1855 einsetzen zu können glaubt im Anschluß an eine Reichstagsrede Bismarcks aus dem Jahre 1888, wo es bei Erwähnung dieser Reisen heißt: „Ich erinnere mich, daß ich damals von 1853—1855 genötigt worden bin, ich möchte sagen, wie ein Perpendikel zwischen Frankfurt und Berlin hin- und herzugehen“.

Im Mai 1854 wurde Bismarck auf Veranlassung Gerlachs zur Besprechung des preußisch-österreichischen Vertrages vom 20. April 1854 nach Berlin berufen. Die Darstellung Bismarcks dieser Besprechung (I 98) hält Lenz²⁷ für unhaltbar. Doch dies mit Unrecht; denn wenn man genau zusieht, liegt hier ein allerdings auf den ersten Blick nicht leicht erkennbares Nebeneinander in der Darstellung vor, und zwar ein Nebeneinander der Erzählung der Besprechung vom Jahre 1854 und einer rückschauenden Betrachtung, die beweisen soll, daß ihm die nach April 1854 eingetretene Gestaltung der politischen Verhältnisse Recht gegeben hatte, und daß ein Verhalten Preußens in dem Sinne, wie er da-

24. H. Z. 87, S. 29.

25. H. Z. 83, S. 446 ff. Erwiderung v. Lenz in d. H. Z. 84, S. 39 ff.

26. Parallelerz. 46 f.

27. Zur Kritik S. 37.

mals geraten, tatsächlich nur von Vorteil gewesen wäre. Dies hat Pahncke²⁸ richtig gesehen. Mit den Worten: „Ich hielt dies für erreichbar“ beginnt die Argumentation, die Bismarck dem Könige gegenüber anwendet, die rückschauende Betrachtung dagegen setzt ein mit dem Satze „Frankreich war nicht im Stande . . .“ (Lenz schreibt, worauf Pahncke hinweist, in seiner Kritik fälschlich „ich hielt“!) Die rückschauende Betrachtung hält Lenz irrtümlicherweise für einen Bestandteil des Gespräches mit dem König, und erst dadurch wird eine Unklarheit geschaffen. Nach Pahncke hätte Lenz, wenn er dies tut, dann folgerichtig auch zum mindesten die Sätze über die Herstellung Polens, die englische Blockade und über die Stimmungen der Bundesstaaten in das Gespräch hineinbeziehen müssen.

Somit bleibt also diese Stelle der „G. u. E.“ zu Recht bestehen. Ihre Undeutlichkeit wird erklärlich erscheinen, wenn man sich vergegenwärtigt, daß Bismarck Bucher frei in die Feder diktierte und Bucher, wenn es nur irgendwie angänglich war, an Bismarcks Wort nicht zu rühren wagte. So erklären sich auch die zahlreichen Wiederholungen der „G. u. E.“ Pahncke²⁹ weist auf eine besonders charakteristische hin:

Bismarck erzählt (I 137) im Anschluß an die Mitteilungen von dem Plane des Königs, eine etwaige Ministerkandidatur Alvenslebens gegen Manteuffel auszuspielen, wobei der wieder in Berlin befindliche Bismarck dem Könige helfen sollte, folgendes: „Später aber, als dieselbe Kombination auftauchte, hat er (Alvensleben) sich doch bereit erklärt, sie zu acceptieren; der König vertrug sich dann aber mit Manteuffel, der inzwischen Gehorsam gelobt hatte“ (I 137). Diese Erzählung ist eine Wiederholung des entsprechenden Berichtes auf I 109. Nur wird dort als Grund der späteren Nichtverwirklichung der Ministerschaft Alvenslebens angegeben, daß der Hof gegen Bismarck nach dessen Pariser Besuche (August 1855) verstimmt war und ihn nicht gern als Mitglied des Ministeriums, als welches ihn Alvensleben hätte haben wollen, gesehen haben würde. Die beiden Stellen I 109 und I 137 muß man vereinigen, dann er-

28. S. 40.

29. Parallelerz. S. 48 f.

gänzen sie sich, und man erhält das richtige Bild. Bucher hat eine solche Vereinigung nicht vorgenommen, auch hier wohl, wie Pahncke meint, aus Achtung vor Bismarcks Wort.

I 146—148 der „G. u. E.“ zeigen uns Bismarck als „Redaktor diplomatischer Depeschen“ Friedrich Wilhelms IV. Mit diesen Erzählungen hat sich Lenz³⁰ in eingehender Untersuchung beschäftigt. Der erste Bericht über die erste von den beiden Redaktionen (I 146—147 oben: „Im Winter 1853—1854 . . . das Concept geändert und der österreichischen Politik näher gerückt war“) läßt uns nach Lenz nicht erkennen, was Bismarck bei jener Erzählung vorgeschwebt haben mag. „Jedenfalls ist sie so, wie sie lautet, verwischt und historisch unbrauchbar“. Was die zweite Erzählung (I 147 f.) anlangt, so gelingt Lenz der im Einklang mit seiner Haupthese, Bismarck habe seine Reisen zum Könige selbst gewünscht und betrieben, stehende Nachweis, daß Bismarck das lebhafteste Verlangen hatte, nach Putbus zu kommen, im Gegensatz zu seiner Darstellung auf I 147. Der Briefwechsel mit Gerlach sowie die Korrespondenz des Grafen Prokesch-Osten beweisen vor allem, daß Bismarck schon in Frankfurt die feste Absicht gehabt hat, nach Putbus zu gehen, und dem General Gerlach von Berlin aus einen deutlichen Wink gab, eine Einladung für ihn seitens des Königs zu veranlassen. Eine in den „G. u. E.“ zweimal erwähnte Krankheit seiner Frau kann bei dieser Reise keine für Bismarck maßgebende Rolle gespielt haben. Von dieser Krankheit ist in den Briefen Bismarcks nicht die Rede; nach Lenz liegt hier in den „G. u. E.“ eine Verwechslung mit seinen Kindern vor, die im Herbst auf der Rückreise sehr krank wurden.

Die tatsächliche Vorgeschichte der Zusammenkunft in Putbus war nach Lenz³¹ diese: Schon in Frankfurt hatte Bismarck die feste Absicht, nach Putbus zu reisen. Es drängte ihn leidenschaftlich, mitzuwirken, wo es so wichtige Fragen zu erledigen gab. In diesen Zusammenhang gehört auch der Brief Niebuhrs an Bismarck vom 22. August 1854, den Bismarck an einer ganz anderen Stelle (I 103 f.) der „G. u. E.“ mitteilt. Diesen Brief

30. Z. Krit. d. G. u. E. 39 ff.

31. Z. Krit. d. G. u. E. S. 48 ff.

hat wohl Bismarck noch in Frankfurt erhalten, und er wird das Seinige zu Bismarcks Entschluß, nach Putbus zu gehen, beigetragen haben. Am 26. August war Bismarck in Berlin und gab Gerlach brieflich einen Wink, eine Einladung für ihn nach Putbus zu erwirken. Am Montag, dem 28. August, reiste Bismarck ab und schien es nicht besonders eilig zu haben, nach Hinterpommern (Reinfeld) zu kommen, da er unterwegs noch Station machte. In Stettin erhielt er wohl den Antwortbrief Gerlachs mit der königlichen Einladung nach Putbus. Dasselbst traf Bismarck am 30. August ein.

Im einzelnen ist an der Darstellung auf I 147 noch folgendes richtig zu stellen: Manteuffel war auch in Putbus. Aus Bismarcks Erzählung dagegen könnte man herauslesen, daß er in Berlin geblieben wäre. In den Konferenzen fand keine Diskussion im Anschluß an Buol's Depesche vom 10. August statt.³² Wahrscheinlich handelte es sich vielmehr um eine Note, die Graf Esterhazy in Berlin dem Minister Manteuffel vorlas, und auf die Manteuffel eine Antwortnote abfaßte. Diese Antwortnote Manteuffels war es wohl, die nach den „G. u. E.“ „der König zu österreichisch fand“.³³

Hier liegt aber, wie Lenz³⁴ überzeugend nachweist, in den „G. u. E.“ die falsche Vorstellung zu Grunde, daß der König anfangs nicht österreichfreundlich gesinnt gewesen wäre. Das Gegenteil war der Fall zum Aerger Gerlachs und der Russenfreunde. Gerade deshalb hatte Gerlach Bismarck herbeigewünscht, um ihn in die Phalanx der Russenfreunde einzustellen, durch welche Friedrich Wilhelm von seiner Neigung zu Oesterreich wieder abgebracht werden sollte; Bismarck kam also zur „Territion“ des Königs, nicht Manteuffels, über den Gerlach in dieser Zeit nicht zu klagen hatte. Und allem Anschein nach gelang es den russenfreundlichen Beratern, mit Bismarck vereint, den König in der gewünschten Richtung zu beeinflussen. Man kam zu dem Entschluß, in einem Rundschreiben, das von dem preußischen Gesandten in Wien an alle deutschen Regierungen

32. ebenda S. 51 f.

33. Eigenbrodt, Friedr. W. IV. und Bism. während des Krimkrieges. in seinem Buche: Otto von Bismarck, 1912.

gesandt werden sollte, eine unzweideutige Erklärung abzugeben, Oesterreich nur, wenn es von Rußland angegriffen werde, Beistand und „sonst nichts zu gewähren“. Den Entwurf dazu hatte Bismarck verfaßt; er wurde vom Könige angenommen, während er Manteuffels Antwortnote unter der Einwirkung der durch Bismarck verstärkten russenfreundlichen Berater „zu österreichisch“ gefunden haben mochte.

Aber diese Einwirkung war am Ende doch nicht erfolgreich; denn die Ansichten des Königs wandelten sich wieder. Bismarcks Entwurf wurde nach seiner Abreise — Gerlach fuhr gleichzeitig mit ihm ab — tatsächlich, wie er erzählt, geändert, und es verschwand aus ihm der unzweideutige Charakter der Erklärungen an Oesterreich.

Das Gespräch Bismarcks mit Benckendorf kann sich höchstens auf ein Gerücht über die Landung in der Krim, das in jenen Tag verbreitet war, beziehen; denn die Landung fand tatsächlich erst am 14. September statt.³⁵

Von einer schweren und dauernden Ungnade des Königs wegen der raschen Abreise Bismarcks (I 148) kann keine Rede sein. Hier liegt wohl, wie Lenz³⁶ meint, eine „Verschiebung im Gedächtnis“ vor im Hinblick auf die arge Verstimmung des Königs wegen der Pariser Reise Bismarcks, die er ihn und seine Frau bei der Begegnung am Rhein im Herbst 1855 hatte fühlen lassen. Schließlich ist wohl auch der Zweifel von Lenz³⁷ an der Stärke der Abneigung Bismarcks vor einem Ministerposten unter Friedrich Wilhelm IV., wie sie in den „G. u. E.“ zum Ausdruck kommt, nicht unberechtigt. In einem gewissen Grade war diese Abneigung sicher vorhanden; aber ebensowenig, wie wir aus den „G. u. E.“ entnehmen können, daß Bismarck seine Reisen von Frankfurt zum Könige selbst gewünscht und betrieben hat, kommt in ihnen das Verlangen des genialen Mannes, am liebsten selbst einmal das Ruder des Staates zu ergreifen und seine Ideen durchzusetzen, was in seinem Herzen wohl manchmal lebendig gewesen sein mag, zum Ausdruck. —

34. Z. Krit. d. G. u. E. S. 52 f.

35. Lenz, Z. Krit. d. G. u. E. 53. Ferner H. Z. 84, S. 71. Schiemann, H. Z. 83, S. 449.

Die kritischen Untersuchungen an der auf I 113 f. gegebenen Darstellung einer Unterredung Bismarcks mit dem Prinzen von Preußen zeigen, daß sich hier in der Erinnerung des Verfassers offenbar Bestandteile von zwei oder gar mehr zeitlich auseinanderliegenden Gesprächen miteinander verwoben haben. Gemeint ist an dieser Stelle von Bismarck die Audienz vom 4. März 1854. Dafür spricht die Schilderung des äußeren Verlaufes.³⁸ Auch der Inhalt des Gespräches verträgt sich mit diesem Datum, jedoch mit einer Ausnahme: Die Worte des Prinzen, die sich auf die Schlachten vor Sebastopol beziehen, können nicht am 4. März gefallen sein, da diese Kämpfe erst im Herbst und Winter 1854 stattfinden. Bismarck mag sie möglicherweise in Frankfurt gehört haben am 14. November beim Diner oder am 15., an dem der Prinz ihm zu Ehren einen Ball gab, oder auch im Januar 1855. Außer diesen Worten können auch sonst vereinzelt Teile der Unterredung vom 4. März 1854 in Wirklichkeit aus anderen Gesprächen, deren Bismarck noch mehrere i. J. 1854 — oder Januar 1855 — mit dem Prinzen führte, herrühren. Zwei Briefe des Prinzen von Preußen aus dem Januar und Februar 1855, in denen dieser ganz ähnliche Gedanken entwickelt wie in der von Bismarck (I 113 f.) geschilderten Audienz, haben u. a. Schieman³⁹ vermuten lassen, daß das fragliche Gespräch (auf I 113 f.) im Januar 1855 stattgefunden haben müsse. Dies ist ja nun zwar zu weit gegangen,⁴⁰ wohl aber ist es möglich, daß der Inhalt des Gespräches vom Januar 1855 teils, vielleicht auch größtenteils dem Verfasser der „G. u. E.“ hier vor Augen geschwebt hat. Kurz: Man wird, wie gesagt, hier ganz allgemein annehmen

36. Z. Krit. d. G. u. E. S. 53 ff. H. Z. 84, S. 68 Anm.

37. Z. Krit. d. G. u. E. S. 53.

38. Lenz, Z. Krit. d. G. u. E. S. 8 ff. Vgl. auch Schieman H. Z. 83, S. 458. O. Hintze, F. z. Brdb. u. Preuß. Gesch. 13, 271. Meinecke, H. Z. 87, S. 31.

39. H. Z. 83, 446 ff.

40. Denn eine Audienz i. Jan. 1855 ist nicht nachzuweisen. der äußere Rahmen der auf I 113 f. geschilderten Unterredung paßt weit besser f. d. Audienz vom 4. III. 1854; die polit. Lage verträgt sich auch mit dieser Datierung. und auch der Inhalt spricht bis auf die eine Ausnahme nicht dagegen. Vgl. Lenz, H. Z. 84, S. 39 ff., ferner die beiden letzten unter 38 angeführten Literaturnachweise.

können, daß an dieser Stelle der „G. u. E.“ mehrere Gespräche miteinander verschmolzen sind. Das beste Urteil hat hier O. Hintze⁴¹ gesprochen — es steht im Einklang mit dem Gesamtcharakter der „G. u. E.“: „Es ist dem Autor bei der ganzen Sache nicht sowohl auf die Darstellung eines bestimmten Vorganges als auf die allgemeine Charakteristik seines Verhältnisses zum Prinzen in der Krimkrieg-Angelegenheit angekommen“.

So bedarf es daher auch wohl kaum noch besonderer Erwähnung, daß die Worte Bismarcks auf I 114, die er an den Prinzen richtet, nicht genau so gefallen sein dürften, wie sie hier stehen, wenn auch „der Sinn nicht viel anders gewesen sein kann“.⁴²

Auch bei dieser Reise Bismarcks nach Berlin vom Anfang März 1854 wissen wir, was wir von seiner Behauptung, der König hätte ihn zum Beistande gegen Manteuffel nach Berlin berufen, zu halten haben. Freilich, eine nominelle Berufung lag vor, und Bismarck hat auf sie Wert gelegt. Aber er hat sie selbst veranlaßt aus dem brennenden Wunsche heraus, in Berlin tätig zu sein, um die Gefahr eines Zusammenwirkens Preußens mit den gegen Rußland vorgehenden Staaten zu beschwören. Ganz deutlich ging er Gerlach zweimal brieflich an, eine Einladung für ihn nach Berlin zu vermitteln. Zugleich reichte er, um in größere Nähe Berlins zu kommen, bei Manteuffel ein Urlaubsgesuch zu einer Reise nach Schönhausen ein, wo er in Verfolg einer Aufforderung seines Kreisgerichtes verschiedene alte Dokumente aus seinem Archiv heraussuchen wollte, was sein Hausverwalter bei seinem Bildungsgrade nicht fertig brächte. Doch schob Bismarck diese Reise noch hinaus. Erst am 2. März, nachdem die Aufforderung nach Berlin erfolgt war, reiste er ab und zwar sogleich nach Berlin und an Schönhausen vorbei.⁴³

Angesichts dieses von Lenz geführten Nachweises der wirklichen Art des Zustandekommens der Reisen des Bundestagsgesandten von Frankfurt aus zum Könige erscheint es auch als möglich, daß Bismarck (wie Pahncke⁴⁴ es will), nachdem man ihn

41. F. z. Br. u. Pr. Gesch. 13, 271.

42. Lenz, Z. Krit. d. G. u. E. S. 25.

43. Lenz, Z. Krit. d. G. u. E. 14 ff.

44. Parallelerz. 62.

zu einer Mitwirkung bei dem Plan einer Regentschaft der Königin Elisabeth, bzw. der Kamarilla vergeblich zu bewegen versucht hatte, entgegen den „G. u. E.“ (I 198) aus eigenem Antriebe nach Baden-Baden reiste und dort bei der Besprechung irgend einer anderen politischen Angelegenheit, unter derem Vorwande er nach Baden gekommen sein mochte, den Prinzen von diesem Plane in Kenntnis gesetzt hat. Nebenbei gesagt, stellen sowohl die Erzählung von Bismarcks Mitwirkung an der Verhinderung dieses Planes wie der Bericht von dem Gespräche des Prinzen mit Bismarck am 19. Oktober 1897 (I 197), welches die unentschiedene, um nicht zu sagen, ratlose innere Verfassung des Prinzen angesichts eines sofortigen Regierungsantritts kennzeichnet, Mitteilungen dar, durch welche die historische Forschung bereichert und befruchtet wurde.

Nach diesem Gespräche mit dem Prinzen, so erzählt Bismarck (I 197 f.) habe er Edwin Manteuffel getroffen und ihm auf seine „besorglich erregten“ Vorhaltungen, „weshalb er nicht auf seinen Posten ginge“, geantwortet „Ich bin hier viel nötiger“. Mit Recht wird man an dieser Stelle mit Pahncke⁴⁵ der Darstellung Bismarcks in seinem kurze Zeit darauf verfaßten Briefe an Gerlach vom 19. Dezember 1857 den Vorzug geben müssen, nach welchem Bismarck Manteuffel nicht schroff und kurz, sondern höflicher und sehr zurückhaltend geantwortet hat.

Nach den Erfahrungen, die mir bereits mit der Wiedergabe von Gesprächen Bismarcks in den „G. u. E.“ gemacht haben, werden wir uns nicht darüber wundern, daß schon Marcks⁴⁶ die „lebendige, in direkter Rede und Gegenrede auftretende Erzählung“ des Gespräches Bismarcks mit dem Prinzregenten i. J. 1859 (I 203/210 f.), die in einer für Bismarcks Buch sehr charakteristischen Weise von einem längeren Exkurse über die Usedomiana unterbrochen ist, mit Skepsis betrachtet. In der Tat, die lebhaftesten Erzählungen der „G. u. E.“ sind öfters am verdächtigsten. Man wird natürlich auch nicht annehmen dürfen, daß Bismarck etwa gemeint hätte, hier wirklich den historisch genauen Wortlaut wiedergeben zu können. Eine direkte

45. Parallelerz. 60 f.

46. F. Bism.'s G. u. E. S. 45.

Rede wählende Darstellung von Gesprächen in den „G. u. E.“ werden wir so im wesentlichen als eine Form der Erzählung aufzufassen haben.

Sehen wir uns nun einmal die Wiedergabe des Gespräches auf I 203/210 f. im einzelnen an: Da Schwerin erst am 3. Juli 1859 zum Minister ernannt worden ist, glaubt Berner,⁴⁷ daß der Teil des Gespräches auf I 210 f., in dem Bismarck die Mitglieder des Ministeriums seiner Kritik unterwirft, nicht der Unterredung vom Januar, sondern einer späteren angehören müsse; vielleicht hat Bismarck im Juli des Jahres, als er wieder in Berlin war, mit dem Regenten davon gesprochen.

Den derben, ja groben und unhöfischen Ton Bismarcks in dem Gespräche wird man sodann, zumindestens in diesem Grade, wohl auch nicht als Tatsache hinnehmen können.⁴⁸ Schließlich ist es fraglich, ob der Prinz wirklich Bismarck die „Beschränktheit der übrigen Minister — das wären folgerichtigerweise alle außer Schleinitz, Bonin und Schwerin — zugab. Setzte er sich doch im Mai 1859 trotz manchen Widerspruchs für seine Minister aufwärmte ein. Ferner hätte er sich — so muß man schließen — dann doch gerade für die Ministerien, die er selbst verwalten konnte (vgl. I 211 oben), tüchtige und für die anderen weniger bedeutende Männer ausgewählt, was nicht gut denkbar ist.⁴⁹ —

Lenz beanstandete in den „G. u. E.“ eine Stelle aus dem Bericht über eines der Gespräche, welche Bismarck im April 1857 mit Napoleon III. hatte (I 194). Er hält die in den „G. u. E.“ wiedergegebene Äußerung Napoleons über eine von ihm gutgeheißene etwaige Annexion der Elbherzogtümer seitens Preußens für unmöglich, weil Napoleon, wie zuverlässig überliefert, fast gleichzeitig — oder besser gesagt — in denselben Tagen auch von der Garantie für die dänische Monarchie gesprochen habe.⁵⁰ Fester⁵¹ widerlegt in überzeugender Weise⁵²

47. Der Regierungsanfang des Prinzregenten v. Preußen 1902, S. 6.

48. Berner, ebenda S. 67. Oncken, F. z. Br. u. Pr. Gesch., 15, 1. Hälfte, S. 300.

49. Berner ebenda S. 6.

50. Lenz, H. Z. 84, S. 62 Anm.

51. H. Z. 84, 460 ff.

52. vgl. Meinecke, H. Z. 87, 25 und Pahnecke, Parallelerz. S. 60.

die Beweisführung von Lenz durch den Hinweis auf den eigentümlichen Charakter Napoleons, der sich selbst in Kürze oft widersprach, so daß man sozusagen zwischen Napoleon vor und nach Tisch zu unterscheiden hätte. Napoleon redete so, wie es der Zweck, den er augenblicklich im Auge hatte, erforderte. Zudem hat er tatsächlich trotz dieser Garantie für die dänische Monarchie wenige Monate später in Osborne dem englischen Prinzgemahl Albert erklärt, daß er mit einer Annexion Holsteins seitens Preußens durchaus einverstanden sei.

Die Richtigkeit der Behauptung von Lenz verliert ferner noch mehr an Wahrscheinlichkeit durch den Umstand, daß Bismarcks Erzählung des Gespräches mit Napoleon (I 192 ff.) sicher zuverlässig ist. Das ergibt sich aus zwei Tatsachen:

Einmal hat Fester⁵³ gezeigt, daß die Erzählung der „G. u. E.“ von diesem Gespräche in Wirklichkeit eine alte Aufzeichnung Buchers nach einer Schilderung Bismarcks aus dem Jahre 1870 ist, die von Bucher in die entstehenden „G. u. E.“ eingeschoben wurde, so daß gerade an dieser Stelle der „G. u. E.“ Bismarcks Erinnerung den geschilderten Tatsachen näher steht als sonst bei dem Diktate der anderen Teile des Buches.

Sodann macht es ein Brief Bismarcks an Schleinitz vom 9. Februar 1860⁵⁴ wahrscheinlich, daß Bismarcks Erinnerung auch im Jahre 1870, als er Bucher die eben genannte Schilderung gab, nicht fehl ging; denn dieser Brief bringt in seiner Wiedergabe einer der Äußerungen⁵⁵ Napoleons nicht nur denselben Sinn, sondern zum Teil auch wörtlich die gleiche Wendung wie Buchers Nachschrift vom Jahre 1870.⁵⁶

Bei einer kurzen Rückschau auf die Kapitel 4—9 können wir folgendes feststellen:

Das 4. Kapitel blieb bis auf die Richtigstellung des Datums der Unterredung Bismarcks mit Georg V. von der historischen

53. Allg. Zetg. 1899, Beil. Nr. 298.

54. Pahneke hat diese Parallelerzählung übersehen.

55. Es handelt sich um die Stelle (G. u. E. I 192 f.): „Eine solche Verstärkung der franz. Macht würde v. Europa . . . que l'Europe coalisée un jour viendrait reprendre“.

56. Vgl. F. z. Br. u. Pr. Gesch. 18, 1 Hälfte, S. 345. Der Brief an Schl. findet sich in „Bism.'s Briefwechsel m. d. Minist. Frh. v. Schl. 1858—1861“. Stuttgart und Berlin 1905, S. 59.

Kritik unberührt. Dagegen haben besonders das 5.—7. Kapitel zu zahlreichen Beanstandungen Anlaß gegeben. Von ihnen bleibt nicht gar viel übrig. Das 8. Kapitel bietet — von dem Briefwechsel mit Gerlach abgesehen — nur wenige historisch wichtigere Mitteilungen, an denen die Kritik keinen Anstoß genommen hat. Im 9. Kapitel können I 191—197 im ganzen ohne wesentlichen Vorbehalt hingenommen werden, dann muß sich Bismarcks Darstellung wieder kritische Berichtigungen gefallen lassen, so auf I 198, 202, 203, 210, 211.

Auffallend ist als Ergebnis der historischen Kritik besonders die Tatsache, daß durch diese erst der so lebendige Drang des Bundestagsgesandten, die politischen Verhältnisse durch eigene Einwirkung auf die Berliner Instanzen tätig zu beeinflussen, richtig herausgestellt wird. In der Darstellung der „G. u. E.“ kommt dies nicht so zum Ausdruck. Der rasch zugreifende leidenschaftliche Tatendrang aus dieser Zeit war dem greisen Verfasser der „G. u. E.“, dem alten vorsichtig und zweckmäßig handelnden Bismarck, wohl nicht mehr so gegenwärtig und naheliegend.

Vierter Abschnitt.

Zum 10. und 11. Kapitel der „Gedanken und Erinnerungen“ Petersburg, Paris, Babelsberg

Zur Charakterisierung des 10. Kapitels. „Petersburg“ könnte man dieselben Worte gebrauchen, die der Abgeordnete Dr. Hartmann (Plauen) in seinem Bericht über das parlamentarische Diner bei Bismarck vom 26. 3. 1889 aufgezeichnet hat: „Er plauderte über Rußland, indem er die Beobachtungen und Erlebnisse aus seinem Aufenthalt in Rußland zum besten gab — ein beliebtes Nachtschthema des Fürsten“.¹ So wirkt wenigstens beinahe der größte Teil des Kapitels. Es „ist leicht und anmutig, aber auffallend arm an politischem Inhalt“² sowohl hinsichtlich Bismarcks Tätigkeit als Gesandter³ als auch in Bezug auf Mit-

1. Poschinger, Bism. u. Parl. III, 211.

2. Mareks, F. Bism.'s G. u. E. 78.

3. und dabei hat er doch ganz hervorragende Berichte nach Berlin gesandt (veröffentlicht v. L. Raschdan 1920).

teilungen über die damaligen Ereignisse und Vorgänge in Rußland — und dies, trotzdem gerade Bismarcks Petersburger Jahre zugleich auch zu den inhaltsreichsten und bedeutendsten der russischen Geschichte zu zählen sind; man denke nur an die Aufhebung der Leibeigenschaft, wichtige Neubesetzungen in den inneren Ministerien, den Beginn der Verhandlungen über die Umgestaltung der Verwaltung Polens, ferner an die Petersburger Studentenunruhen, den ganz außerordentlichen Aufschwung der liberalen und radikalen Presse.⁴ Aber diese Dinge haben den Fürsten bezeichnenderweise anscheinend nicht mehr sehr interessiert, oder er hat diesbezügliche Erzählungen hinsichtlich des Zweckes seiner Aufzeichnungen, der ihm vorschwebte, für unnötig erachtet. Nun zum einzelnen:

Die Charakterisierung der drei Generationen vornehmer Russen gibt zu Beanstandungen Anlaß.⁵ Die Zeichnung der der ersten Generation zugezählten Männer erhält eine ganz andere Beleuchtung, wenn man erfährt, daß diese zwar in einem Gegensatz zu der dritten Generation standen, aber unter sich sehr verschieden waren und nicht leicht in einem Atem genannt werden können. Mentschikow — Nesselrodes Feind — und Bludow waren deutschfeindlich gesinnt, standen den Slawophilen nahe und waren (dies gilt besonders von Mentschikow) durchaus nicht Freunde des europäischen Wesens. Gortschakows „übertriebene Eitelkeit“ ist nicht zu leugnen; gerade sie war aber damals „vornehmlich auf den Beifall der im Aufstreben begriffenen Nationalpartei gerichtet, der zuliebe der Fürst seine Abneigung gegen Oesterreich geflittentlich zur Schau trug und den Gönner der nationalen Literatur spielte“. Er, Mentschikow und Bludow mußten mithin der dritten deutschfeindlich gesinnten Generation sympathisch, wenn nicht gar in gewissem Grade maßgeblich sein.

Sehr bemerkenswert ist, was „Petropolitanus“ zu Bismarcks Beurteilung des jüngeren Adlerberg (I 219) sagt: „Mindestens für die russischen Leser der „G. u. E.“ ist es von noch größerem Interesse gewesen, daß der scharfsichtigste und rücksichtsloseste

4. Petropolitanus (Eckardt?) Fürst Bismarck über St. Petersburg 1899. Dt. Revue S. 129. Weniger brauchbare Bemerkungen gibt P. M(ajunke), Hist.-polit. Blätter f. d. kath. Deutschland, 123. Bd. S. 284 ff.

5. Vgl. dazu und zum folgenden den Aufsatz v. Petropolitanus in d. dt. Revue 1899, 129 ff.

Menschenbeurteiler seiner Zeit den jüngeren Adlerberg als einsichtigsten Kopf, mit dem er dort in Berührung gekommen, bezeichnet und neben Peter Schuwalow nennt. Daß dem nachherigen Hofminister (nicht Hofmeister wie Bismarck (I 219) schreibt) nur Arbeitsamkeit fehlte, um eine leitende Rolle zu spielen, klänge unglaublich, wenn es nicht eben Bismarck gesagt hätte, dem Ueberschätzung der Fähigkeiten anderer Leute niemals hat zum Vorwurf gemacht werden können“.

Bei Bismarcks Beurteilung der dritten Generation (I 220 f.) vermissen wir ein Eingehen auf die Ursachen und die inneren Zusammenhänge, weswegen sich diese jungen Herren so deutsch- und preußenfeindlich zeigten. Ihr Uebelwollen galt nicht nur dem Preußen, sondern auch dem Bismarck als einem Vertreter der Kreuzzeitungspartei; denn nach dem Krimkriege galten bei der Petersburger Jugend die Verbündeten des verstorbenen Nikolaus I. nichts mehr, ihr politischer Kurs nahm andere Richtungen.

Diese und ähnliche Hinweise, durch die Bismarcks Mitteilungen eine andere, richtigere und genauere Färbung erhalten, fehlen in den „G. u. E.“. Statt dessen finden wir hier in ihnen zahlreiche Anekdoten, Schilderungen des Straßenlebens und ähnliche ganz unpolitische Vorgänge. Doch selbst diese Erzählungen können sich gegenüber der historischen Kritik nicht immer ohne weiteres behaupten.

So ist nach „Petropolitanus“ die Geschichte von dem vergessenen Posten neben dem Schneeglöckchen der Kaiserin Katharina II. (I 227) „um Jahrzehnte älter als der St. Petersburger Aufenthalt Bismarcks“. Die Erzählung von den beiden

6. Einen Beweis für diese interessante Behauptung gibt „Petropol.“ leider nicht, zumal er diese Erzählung Bismarcks als nebensächlich betrachtet und diese Behauptung nur nebenbei (in einer Anm.) macht. Doch wird man ihm wohl glauben können, da er nach seinem Aufsätze offenbar (vgl. S. 129) ein guter Kenner des damaligen Petersburg und seiner Verhältnisse ist. Für die Richtigkeit seiner Behauptung spricht sodann in gewissem Sinne auch ein Vergleich der Erzählung der „G. u. E.“ mit der Parallel-erzählung bei Busch I 78 f. Vgl. dazu die Ausführungen Pahnckes S. 68. Nur ist Pahnckes Behauptung, in den „G. u. E.“ werde gesagt, daß Bism. bei der Entdeckung des Postens anwesend gewesen sei, einzuschränken. Die „G. u. E.“ sagen nur: „Die zum Hofe gehörige Welt machte ihren

Unteroffizieren, die Friedrich Wilhelm IV. dem Zaren Nikolaus auf seinen Wunsch „behufs Ausführung gewisser ärztlich vorgeschriebener Knetungen“ schickte, und denen sich der Zar lieber anvertraute als seinen eigenen Untertanen (I 218), wird in Rußland nicht als sichere Tatsache angenommen. Der Arzt, welcher Bismarck behandelte (I 234 f.) war, wie H. Kohl⁷ mitteilt, nicht der Sohn des Universitätskonditors Waltz in Heidelberg, sondern der Sohn des Ministerialrats Walz in Karlsruhe. Er hatte tatsächlich kein Staatsexamen gemacht, kam durch Vermittlung des Leibarztes des Kaisers Nikolaus I. nach Petersburg und wurde dort Arzt einer Großfürstin.

Das 11. Kapitel der „G. u. E.“ setzt ein mit der Erzählung von dem Vorschlage des Fürsten von Hohenzollern und Rudolfs von Auerswald im Frühjahr 1860, der Regent möchte Bismarck zum Minister des Auswärtigen ernennen. Zu diesen Mitteilungen (I 237—239) haben sich bisher keine kritischen Berichtigungen oder abweichende Darstellungen gefunden; immerhin wird man an der Richtigkeit der Annahme Bismarcks — welcher in der für ihn charakteristischen Art sofort einen politischen und damit für ihn auch persönlichen Gegner, hier bezeichnenderweise wieder Augusta verdächtigt — einer vorher abgekarteten „mise en scène“, um nur den Ansichten Hohenzollerns und Auerswalds „eine äußerliche Berücksichtigung zu gewähren“, zweifeln dürfen.

Aus den sich hieran anschließenden Bemerkungen Bismarcks über Augusta, Schleinitz und Auerswald (I 239 f.) wird uns wieder Bismarcks Art, über Personen zu urteilen, deutlich.

Seine Worte über Augusta zeigen die bekannte einseitige Schärfe. Interessant ist sein Urteil über Schleinitz. Wir wissen, daß Bismarck über diesen Mann nicht immer so gedacht hat, sicher auch nicht in der Zeit, in die er sein Urteil hier in den vorwiegend chronologischen Gang der „G. u. E.“ hineinstellt, also etwa im März 1860.

Spaziergang“. Ob Bismarck diesmal dabei war oder fehlte, wird nicht mitgeteilt. Auch gebe ich einer Einsichtnahme bei Busch selbst den Vorzug vor Pahnckes eigener Wiedergabe (S. 68) der einleitenden Bemerkungen Buschs zu seinem Bericht, da man dadurch ein noch klareres Bild gewinnt.

7. Wegweiser S. 56.

Wir staunen, wenn wir Bismarck in einem Briefe an den Legationsrat Wenzel vom 1. Juli 1859 Schleinitz im Hinblick auf seine Politik als „Repräsentanten des gesunden Menschenverstandes“ bezeichnen hören; und im Februar 1860 schreibt er: „Mit Schleinitz hinter sich muß man mehr Lust zur Sache bekommen als mit dem früheren faulen Winde im Rücken“. Und doch ist dies nicht verwunderlich; denn Schleinitz führte im Gegensatze zum Prinzregenten und dem Fürsten Hohenzollern die preußische Politik während des italienischen Krieges vom Jahre 1859 in Uebereinstimmung mit Bismarcks Ideen und — so erschien es daher Bismarck — in Zustimmung zu seinen Vorschlägen. Und auf diese Weise erhielt er Bismarcks Lob.

Vorher und später hat Bismarck ungünstiger über Schleinitz geurteilt, so im Januar 1859 gegenüber Gerlach⁸ und später, je mehr er in der Königin Augusta seine Gegnerin sah und deren Freund Schleinitz ihm im Wege stand. Auf diese Weise hat Bismarck in den „G. u. E.“ nicht nur vergessen, welche Politik Schleinitz während des italienischen Krieges getrieben hat (vgl. I 282), und was für eine Meinung er damals von Schleinitz hatte, sondern er spricht sich auch in abfälligster Weise (I 239) über ihn aus. Sicher hätte Bismarck, falls er seit 1859 keine Veranlassung gehabt hätte, sich über das Verhalten von Schleinitz zu ärgern, in den „G. u. E.“, wenn auch nicht gerade so begeistert wie während des italienischen Krieges, so doch günstiger, als es in Wirklichkeit der Fall ist, geurteilt.⁹

8. weshalb ich oben bei der Kritik des (auf I 210 f.) Gespräches Bismarcks mit dem Regenten, Bismarcks Äußerung über Schleinitz im besonderen nicht beanstandet habe; denn es bleibt doch die Möglichkeit bestehen, daß von der Charakterisierung des Ministeriums tatsächlich auch im Jan. gesprochen worden sein könnte. — Das Urteil über Schwerin kann ja ein irrtümlich in die Darstellung mit hineingezogener Bestandteil eines späteren Gesprächs sein —. In diesem Falle würde Bismarcks Urteil über Schleinitz in diesem Gespräche der Wahrheit wenigstens einigermaßen entsprechen, freilich auch dann nur zufällig, da hier in Wahrheit natürlich das ungünstige Urteil der G. u. E. vorliegt.

9. Vgl. zu diesen Ausführungen: Berner. D. Regierungsanfang des Prinzregenten v. Preußen 1902, S. 7. H. Oncken, F. z. Br. u. Pr. Gesch. 15, 1. Hälfte, S. 301. Ueber den Haß Bismarcks gegen Schleinitz vgl. besonders auch Phil. zu Eulenburg-Hertefeld, Aus 50 Jahren, 1923, S. 58 f.

So hat mithin die historische Kritik hier als Ergebnis ihrer Untersuchungen gezeigt: Einmal hat Bismarck seinerzeit eine andere Meinung von Schleinitz gehabt, als man es nach den „G. u. E.“ annehmen könnte; das Urteil, welches die „G. u. E.“ geben, ist das des greisen Bismarck, und dieses ist sodann nicht als objektiv zu erachten. Und wenn man nun sogleich danach in den „G. u. E.“ das dem Urteil über Schleinitz unmittelbar folgende über Auerswald liest (I 240), dem „liebenswürdige Formen und hervorragende politische Begabung“ nachgerühmt werden — freilich hat er auch, wie dort mitgeteilt wird, Bismarck bis zu seinem Tode gute Dienste geleistet —, dann wird man unwillkürlich an Meineckes¹⁰ Wort erinnert, daß Bismarck in den „G. u. E.“ die Menschen fast durchweg nach dem Gesichtspunkte zeichne, ob sie seinem Zwecke dienten oder sich ihm entgegen stellten. —

Wir sahen oben bei der Kritik an Bismarcks Gespräch mit Napoleon v. J. 1857 (I 192 ff.), daß diese Erzählung in Wirklichkeit eine alte Aufzeichnung Buchers ist, die von ihm in die „G. u. E.“ eingeschoben wurde, wie es Fester zeigte. Man wird demselben Historiker¹¹ auch Glauben schenken können, wenn er uns in einleuchtender Weise zu überzeugen sucht, daß auf I 256—258 (bis zu den Worten: „ . . . zur Verbesserung unserer Stellung in Deutschland zu erlangen“) ein ganz ähnlicher Fall vorliegt. Auch H. Kohl ist die weitgehende, größtenteils fast wörtliche Uebereinstimmung der „G. u. E.“ mit Bismarcks Bericht in einem unmittelbar nach der Unterredung mit Napoleon verfaßten Briefe an Bernstorff¹² nicht entgangen. Er glaubt zu wissen, daß dieser Bericht „dem Fürsten bei der Aufzeichnung seiner Erinnerungen nicht vorgelegen“ habe (vgl. I 257 Anm.) und sieht in dieser Uebereinstimmung einen Beweis für die nach seiner Meinung „fast untrüglliche“ Gedächtniskraft Bismarcks.¹³ Man hat ihm

10. H. Z. 82, 287.

11. Fester, Lothar Bucher und die G. u. E. Bismarcks. Beil. z. (Münch.) Allg. Z. 1904, Nr. 44.

12. Bism.-Jahrbuch VI 152 ff.

13. Vgl. Kohl's Vorwort zu den G. u. E. S. V, und vor allem seinen Wegweiser S. 13.

dies nie geglaubt. Vielmehr hat sich die Forschung durchaus Fester's Ausführungen angeschlossen:

Man kann nachweisen, daß Bismarck sich sonst in den „G. u. E.“ niemals eng an den Text seiner Vorlagen anschließt. Er ist seiner Veranlagung nach gar nicht dazu imstande, er gestaltet mit der Vorlage in der Hand seine Darstellung freier und lebendiger. „Die sklavische Benutzung der Vorlage in unserem Falle ist ein Unikum“. Es folgt daraus, nachdem wir überhaupt gesehen, daß Bucher schon einmal ähnliches getan hat, fast bis zur Evidenz, daß Bucher „in seiner Verzweiflung über den schweigenden Erzähler“ aus dem Berichte von 1862 in gewissenhafter enger Anlehnung an diesen eine Erzählung des Fürsten machte. Dies legte er dann dem Fürsten vor. Und Bismarck vollzog daran noch kleine Aenderungen und gab vor allem noch Zusätze. So ist sicher die Bemerkung der „G. u. E.“ über Bismarcks „gesellschaftliche Beziehungen zu Metternich“ (I 257 unten) in ihrer heutigen Fassung und sehr wahrscheinlich auch die Behauptung, daß Bismarck schon in Frankfurt die Wiener Politik erkannt habe (I 257 unten), nicht aus Buchers Feder geflossen, sondern stammt aus Bismarcks Munde.

Es ergibt sich also, daß H. Kohl zwar mit seiner Behauptung, Bismarck selbst sei der letzte Redaktor seiner „G. u. E.“ gewesen, Recht hat, aber nicht, wenn er sagt, daß hier bei der Entstehung der „G. u. E.“ nicht der fragliche Parallelbericht vorgelegen hätte. Man braucht sich durchaus nicht in gewiß anzuerkennender Bewunderung Bismarcks dessen Gedächtniskraft übertrieben stark vorzustellen — wie unrecht dies wäre, hat ja gerade die historische Kritik an den „G. u. E.“ gezeigt —, sie bleibt auch trotz aller objektiven Kritik tatsächlich noch groß. Ueberhaupt kann ein so genialer Mann wie Bismarck in Wirklichkeit durch die historische Kritik nichts verlieren, eher aber gewinnen. —

Wir nähern uns nun in den „G. u. E.“ der Berufung Bismarcks zum Ministerpräsidenten. Schon auf I 250 f. hat uns Bismarck von den Bestrebungen im Mai 1862, ihm das Ministerpräsidium zu geben, und seiner Stellungnahme dazu erzählt. Was er uns über seine Abneigung gegen die Uebernahme dieses Postens sagt, ist sicher an sich glaubhaft. Er hat sich nicht zu

diesem Amte gedrängt. Hinzuzufügen wäre etwa den in den „G. u. E.“ angegebenen Gründen seiner Abneigung noch der Umstand, daß ihm ein Ministerpräsidium ohne gleichzeitige Uebertragung des Außenministeriums gar nicht zusagen wollte.¹⁴ Und in dieser Einstellung zur Frage seines Ministerpräsidiums ging er nach Paris.

Aber nichts erfahren wir in den „G. u. E.“ — und das gilt auch ganz besonders für die Erzählung seines Aufenthaltes in Frankreich — von dem doch damals auch gleichzeitig in ihm lebenden Drange und seinem leidenschaftlichen Begehren nach dem Ruder des Staatsschiffes, das „er sicherer und erfolgreicher zu lenken hoffen“ mochte als die bisherigen leitenden Männer.¹⁵ „In Bismarcks Gedächtnis hat seine Abneigung fester gehaftet als der ihr entgegenwirkende Drang, der uns aus seinen damaligen Briefen an Roon und an Bernstorff lauter heraustönt als aus seiner Erzählung“. Es spricht in den „G. u. E.“ der greise Bismarck. —

Sehr eingehend hat sich die historische Kritik mit Bismarcks Darstellung seiner Berufung nach Berlin und der Babelsberger Unterredung mit dem Könige (I 266—269) befaßt. Hier sind besonders zu nennen die Untersuchungen und Ergebnisse von H. Ulmann, Bismarck und die Abdankungspläne König Wilhelms im September 1862, H. Vierteljschr. V, S. 65 ff.; ferner Lenz, Geschichte Bismarcks S. 452 f.; Pahncke, Die Parallel-Erzählungen Bismarcks zu seinen G. u. E. 1914, S. 77 ff. und vor allem K. Promnitz, Bismarcks Eintritt in das Ministerium, 1908, Histor. Studien (veröffentl. v. Ebering) Heft LX.

Zunächst erhielt Bismarck in Paris, wie Promnitz¹⁶ nun endgültig festgestellt hat, z w e i Telegramme von Roon. Das erste war am 16. oder 17. September aufgegeben worden. Am 18. sandte Roon in größter Sorge das in den „G. u. E.“ (I 266) erwähnte zweite Telegramm ab; denn die Lage war noch kritischer geworden und verschärfte sich mit jedem Augenblick.

14. K. Promnitz, Bismarcks Eintritt in das Ministerium, 1908, S. 36 ff. Lenz, Gesch. Bismarcks, S. 136 f. Stern, Gesch. Europas 1815—71, VIII, 490.

15. Marcks, F. Bism.'s G. u. E. 79. Marcks. Kais. Wilhelm I., S. 206 und 401.

16. S. 155 ff.

Auch jetzt noch wollte der König nichts von einem Eintritt Bismarcks ins Ministerium wissen, und seit dem 17. September lag die Gefahr der Abdankung des Königs vor, die Roon nach Ulmann¹⁷ auch im Sinne hat, wenn er telegraphiert: „*periculum in mora*“

Die „G. u. E.“ bringen nur das zweite Telegramm vom 18. September, leider; denn eine ausführlichere Darstellung hätte hier dem Historiker gute Dienste geleistet und sicherlich zu einer baldigeren und einfacheren Lösung des schwierigen Problems der Telegrammfrage bei der Berufung Bismarcks nach Berlin wesentlich beigetragen, wieder ein Zeichen dafür, wie die „G. u. E.“, obgleich sie dem Historiker oft manches Neue bringen, als Quelle für die die Einzelheiten aufhellende Forschung versagt. Promnitz erklärt sich die Tatsache, daß Bismarck in den „G. u. E.“ nur von dem zweiten Telegramm spricht, damit, daß Bismarck sich wohl „wegen des gleichen Absenders beider Depeschen“ — und wir können noch hinzufügen: auch wegen des geringen zeitlichen Abstandes, in dem das zweite nach dem ersten ankam, — „des ersten Telegramms nicht mehr erinnerte, dessen Text er nicht mehr besaß“

Berichtigend hat sodann die historische Kritik zu der Darstellung Bismarcks seiner Ankunft und ersten Tätigkeit in Berlin, seiner Audienz beim Kronprinzen und seiner Behauptung, daß ihm „jeder Gedanke an Abdikation des Königs fremd“ gewesen sei, als er „am 22. September in Babelsberg empfangen wurde“ (I 266 ff.), Stellung nehmen müssen.

Bismarck schreibt, er wäre sogleich nach seiner Ankunft in Berlin am 20. September zu dem Kronprinzen beschieden worden. Das war tatsächlich nicht der Fall. Bismarck eilte vielmehr nach seiner Ankunft zuerst zu Roon, der ihn über die Lage unterrichtet haben wird. Im Laufe des Tages machte er noch einige Besuche. Am Nachmittage war er bei Roon. Hier wurde er vermutlich zum Kronprinzen befohlen. Die Audienz fand statt etwa innerhalb der Zeit von 7—8 Uhr abends. Der Morgen des 20. September kann als Zeitpunkt dieser Audienz schon deswegen nicht in Frage kommen, weil der Kronprinz an diesem Tage um 8 Uhr

17. Lenz u. Promnitz stimmen ihm bei.

früh nach Potsdam fuhr. Bismarcks Erzählung von dem Verlaufe der Unterredung mit dem Kronprinzen ist in ihrer Zuverlässigkeit sehr stark zu bezweifeln;¹⁸ sie erscheint „nicht gesichert genug, um sie ohne weiteres hinübernehmen zu können. Jedenfalls hat sich Bismarck, wie er übrigens selbst sagt, sehr zurückhaltend benommen. Er habe, schreibt er, sich nicht für berechtigt gehalten, sich gegen den Thronfolger früher auszusprechen als gegen den König. Wir werden hinzufügen dürfen, daß er es überhaupt nicht für richtig hielt, sich vor dem prinzlichen Fürsprecher des Liberalismus zu demaskieren“.

Die nachdrückliche Behauptung Bismarcks, er habe bis zu der Babelsberger Unterredung am 22. September nichts von den Abdankungsplänen König Wilhelms gewußt, ist gar nicht glaubhaft.¹⁹ Es ist undenkbar, daß Bismarck in den zwei Tagen, die zwischen seiner Ankunft und der Babelsberger Unterredung lagen, und während welcher er mit dem ihn über alles unterrichtenden Roon mehrfach zusammen war, Audienz beim Kronprinzen hatte und sich mit Bernstorff lange unterhielt usw., nichts von den Abdankungsplänen erfahren hätte, zumal die Kunde davon nicht auf das Wissen der am Conseil vom 17. September beteiligten Minister beschränkt geblieben war.

Ueber die Erklärungsmöglichkeiten der irrtümlichen Darstellungen der „G. u. E.“ an dieser Stelle gehen die Ansichten von Ulmann und Pahncke auseinander. Ulmann²⁰ erklärt die unzutreffende Behauptung Bismarcks mit der „durch zahlreiche andere Stellen der Memoiren begründeten Vermutung“, daß Bismarck im Laufe der Zeit die Eröffnungen Roons über die Abdankungsabsichten vergessen hätte und so „aus dem Bewußtsein völlig reinen Absichten (hinsichtlich einer etwaigen Annäherung an den Kronprinzen bei Gelegenheit der Audienz) heraus“ mehr und mehr zu der Vorstellung gekommen wäre, „ganz ahnungslos dem Kronprinzen und noch zwei Tage darauf dem Könige gegenübergetreten zu sein“. Der auf einer Mitteilung Bismarcks beruhende Parallelbericht v. J. 1890²¹ weiß noch nichts

18. Lenz, Gesch. Bismarcks S. 144.

19. Ulmann, Hist. Vierteljschr. V, 1902, S. 74 ff. Pahncke, Parallelverz. S. 80. Promnitz S. 235.

20. ebenda S. 73.

21. Jetzt bei Penzler, Fürst Bismarck nach seiner Entlassung. I. 265.

darüber, „daß Bismarck von einem Schwanken des Königs, von seiner Disposition zum Verzicht auf die Krone vorher nichts geahnt“ hätte. Erst in den „G. u. E.“ erfahren wir davon; offenbar hatte der Verfasser bei der im guten Glauben mitgeteilten Behauptung von seiner Ahnungslosigkeit die Absicht, uns davon zu überzeugen, daß ihm bei der Audienz beim Kronprinzen jegliche Annäherungsabsichten an den Thronfolger vollkommen fern gelegen hätten. Soweit Ulmann.

Pahncke²² glaubt, diese Ausführungen Ulmanns nicht annehmen zu können: Seine Behauptung, Bismarck seien wohl die Eröffnungen Roons allmählich aus dem Gedächtnis entschwunden, lasse sich nicht halten. Der Hinweis auf die Parallele stimme nicht. Diese sage, Bismarck habe die Abdankungsurkunde, die der König ihm vorwies, betroffen angesehen, und erzähle uns also, wenn auch in schwächerem Ausdrücke, ebenso wie die „G. u. E.“ von der Ahnungslosigkeit Bismarcks hinsichtlich der Abdankungsabsichten des Königs. „Das Argument von dem allmählichen Versagen des Gedächtnisses hat einer solchen Situation gegenüber keine Beweiskraft, wenn es nicht durch andere Zeugnisse klar bewiesen werden kann. Pahncke erklärt Bismarcks Behauptung seiner Ahnungslosigkeit und Ueberraschung damit, daß, wie er glaubt, Bismarck sowohl 1890 (Parallelbericht) „wie beim Diktieren der „G. u. E.“ die Szene dramatisch ausgestaltete“.

Mir scheint Ulmann's Erklärungsversuch überzeugender zu sein als der Pahncke's. Der Ausdruck des Berichtes v. J. 1890: „Bismarck sah sie (die Abdankungsurkunde) betroffen an“, braucht durchaus nicht in dem Sinne gedeutet zu werden, daß Bismarck also offenbar nach diesem Berichte vor der Unterredung mit dem Könige nichts von dessen Abdankungsabsichten gewußt hätte. Zweifellos mußte Bismarck sodann aufs tiefste erschüttert werden, als er seinen König so mutlos und niedergeschlagen sah und unerwarteterweise ganz fest entschlossen, abzudanken, wenn nicht noch Hilfe im letzten Augenblicke käme. Obwohl Bismarck schon über die Abdankungsabsichten des Königs unterrichtet war, so mochte er doch wohl nicht diese verzweifelte Entschlossenheit erwartet haben. Und so können wir es uns m. E. sehr wohl

22. Parallelerz. 79 f.

vorstellen, daß Bismarck „betroffen“ war, als er die Urkunde sogar schon ausgestellt sah. Dieser Eindruck hat sich ihm tief in die Seele geprägt, und ihn hat Bismarck nicht vergessen.²³ Und es ist wohl gut denkbar, daß die Erinnerungen an seine persönliche Ueberraschung bei des Königs Anblick, die Erinnerung daran, wie er angesichts der sogar bereits ausgestellten Urkunde „betroffen“ war bei des Königs verzweifelnder Entschlossenheit, derart mächtig und vorherrschend war, daß durch sie die Eröffnungen Roons vor der Babelsberger Begegnung mehr und mehr in Bismarcks Gedächtnis verdrängt wurden und zurücktraten und Bismarck diese Mitteilungen Roons schließlich vergaß. Oft genug können wir selbst es ja erleben, daß in unserem Erinnerungsvermögen ein schwächerer Eindruck sich zu Gunsten eines stärker wirkenden verflüchtigt. Diese Erklärung für Bismarcks Behauptung seiner Ahnungslosigkeit sowie ferner Ulmann's Hinweis, diese Behauptung der „G. u. E.“ sei ganz offenbar dazu bestimmt, jeden möglichen Verdacht einer etwaigen Annäherung Bismarcks an den Thronfolger auszuschließen, haben mehr Wahrscheinlichkeit für sich als die Ausführungen Pahncke's. Bismarck betont nach Ulmann seine Ahnungslosigkeit aus wohlüberlegter Absicht, und wo täte solches der Verfasser der „G. u. E.“ nicht? Bismarck diktiert mit Ueberlegung, langsam, und der erste Entwurf wurde von ihm geändert und nochmals durchgearbeitet; wir dürfen die Erzählung der „G. u. E.“ nicht einem leichtflüssigen Gespräch gleichsetzen. In einem solchen ergibt sich leicht eine dramatische Ausgestaltung spannender Ereignisse. In den „G. u. E.“ kann wenigstens an dieser Stelle davon keine Rede sein.

Zu Bismarcks Bemerkungen (I 267) über „den Eindruck, den die Tatsache meiner Audienz (beim Kronprinzen) gemacht hatte“, ist im besonderen noch folgendes zu sagen. Nach Promnitz²⁴ sprach der König davon in der Babelsberger Unterredung bald im Beginn derselben, argwöhnend, „daß der Gesandte sich wegen seines Besuches beim Kronprinzen schon der Opposition ange-

23. Vgl. die in dieser Hinsicht sicher zuverlässigen Parallel-erzählungen bei Poschinger Bismarck-Portefeuille IV, 113; ferner bei Busch III, 248—249.

24. S. 234 f.; 241.

schlossen habe". Bismarck konnte diesen Argwohn entkräften. Den tatsächlichen Sachverhalt gibt hier der schon genannte Parallelbericht v. J. 1890 der Münchener „Allgemeinen Zeitung“ (jetzt bei Penzler I, 265). In den „G. u. E.“ ist dieser Passus „ganz aus dem Gespräch herausgenommen und mit einer Verschiebung des Sinnes, wobei die Worte des Königs jetzt Roön als Berichterstatter in den Mund gelegt wurden, vor dasselbe gestellt worden". Promnitz²⁵ vermutet sogar, daß der Parallelbericht v. J. 1890 möglicherweise einer der Entwürfe sein könnte, „die für die Ausarbeitung der „G. u. E.“ gemacht wurden".

Es ergibt sich also, wenn wir noch einmal die Ergebnisse der aufgezeigten Untersuchungen zusammenfassen, für diese Stelle der „G. u. E.“ folgendes Bild: Der Passus, der sich auf den Argwohn des Königs hinsichtlich der Audienz Bismarcks beim Kronprinzen bezieht, ist in den „G. u. E.“ vorausgenommen, wobei Roön die Worte des Königs als Berichterstatter wiedergibt.²⁶ Mit ihm ist die freilich irrtümliche Meinung Bismarcks, er habe vor der Babelsberger Begegnung nichts von den Abdankungsabsichten des Königs geahnt, in Verbindung gebracht, und dies ganz offenbar zu dem Zwecke, jegliche Mutmaßung, Bismarck habe sich mit dem Thronfolger gut stellen wollen, nachdrücklichst zurückzuweisen.

Durch die Herausnahme des fraglichen Passus entsteht nun in der Darstellung des Gespräches mit dem Könige in den „G. u. E.“ eine Lücke. Diese ist ausgefüllt mit Bismarcks Erklärung seiner Bereitwilligkeit zum Eintritt in das Ministerium und seiner zuversichtlichen Hoffnung, „daß die weitere Vervollständigung des Kabinetts gelingen werde" (I 267 unten). Diese Sätze sind nach Promnitz²⁷ nachträglich eingeschoben und passen nicht in den Zusammenhang. „Sie gehen auf die Rede des Königs nicht direkt ein (denn das geschieht noch hinterher), und eigentümlicherweise erklärt sich Bismarck zum Eintritt bereit, ehe er noch die Bedingungen gehört hat; auf die speziellen Fragen erklärt er sich dann noch einmal bereit. So ist der Zusammenhang gestört".

25. S. 299.

26. Pahncke, Parallelerz. S. 80 hält der Darstellung der „G. u. E.“ die Möglichkeit zugute, daß Bismarck die Sache zweimal zu hören bekam.

27. S. 241.

Auch hier ist der Bericht der „Münchener Allgemeinen Zeitung“ v. J. 1890 dem der „G. u. E.“ vorzuziehen.

Sodann folgen in den „G. u. E.“ (I 268) die einzelnen Fragen des Königs, ob Bismarck bereit sei, für die Militär-Reorganisation einzutreten, ferner ob er auch gegen die Majorität des Landtages regieren wolle, und auf die Bejahung dieser Fragen seitens Bismarcks entschließt sich der König, auszuharren und mit Bismarck zusammen weiter zu kämpfen. Hier können wir die Erzählung der „G. u. E.“ übernehmen.

Bismarcks Bemerkung: „Ob er das auf dem Tische liegende Schriftstück vernichtet oder in rei meoriam aufbewahrt hat, weiß ich nicht“ (I 268) und ebenso auf I 267 der Satz, daß er sich nicht besinnen könne, ob die Abdankungsurkunde bereits vollzogen gewesen sei oder nicht, sind nach Pahncke²⁸ anscheinend nachträgliche Verbesserungen.

Der weitere Bericht der „G. u. E.“ über die Babelsberger Unterredung, die auf einem Spaziergange im Park fortgesetzt wird, kann als zuverlässig übernommen werden bis auf folgende Einschränkungen: Nach Promnitz²⁹ hat der König — und das kommt in den „G. u. E.“ nicht deutlich zum Ausdruck — im Anschluß an das Programm tatsächlich bzgl. der inneren Politik Bedingungen, wie die Kreisordnungsfrage, gestellt, und Bismarck hat sie angenommen. Promnitz beweist dies besonders durch Benutzung einer Nachricht von Gerlach vom 11. November 1862, der es von Bismarck selbst erfahren hatte.

Der Exkurs über den Einfluß der Königin Augusta (I 268) ist tendenziös, wenn diese auch zweifellos in der Frage einer etwaigen Berufung Bismarcks auf den König einzuwirken suchte.

Bismarcks Behauptung (I 269), daß sich ihm die Auffassung seines künftigen Verhaltens zum Könige „im Kampfe mit der Parlamentsherrschaft“ aus seiner Verwerfung der Opposition „im Angesicht der nationalen Aufgaben Preußens“ ergeben habe, mochte auf den historisch nicht geschulten Leser

28. welcher hier zum Vergleich Mitteilungen Bismarcks an H. Blum heranzieht, die sich anscheinend an den Text damals (1892) schon vorliegender Berichte der „G. u. E.“ anschließen. Parallelerz. S. 80 f.

29. S. 252 f.

der „G. u. E.“ erbaulich wirken, der Historiker aber wird sie schwerlich hinnehmen, da Bismarck — man kann sagen bis 1866 — nur preußischer Staatsmann war. Hier haben die Anschauungen späterer Zeiten die Darstellung der „G. u. E.“ beeinflußt. In Wirklichkeit war Bismarck deshalb entschlossen, den Kampf mit dem Parlamente bis zu Ende durchzuführen, weil es ihm galt, die preußische Königsmacht, in welcher er Preußens Stärke erblickte, ungeschmälert und als den entscheidenden Faktor in Preußens Politik zu erhalten. — Auch die Stärke der „Gefühle der Hingebung und Anhänglichkeit“, wie er sie für Wilhelm I. persönlich schon damals gehabt haben will, werden wir tatsächlich erst für spätere Zeiten anzunehmen haben. Der Historiker würde sich vielleicht hier lieber statt der Worte: „für Wilhelm I. persönlich“ die Wendung „für den preußischen König“ denken. Freilich soll damit nicht geleugnet werden, daß die Persönlichkeit Wilhelms I. Bismarck nicht auch damals schon sympathischer gewesen wäre als die Friedrich Wilhelms IV.; ferner mochte wohl die Erregung des ergreifenden Augenblickes mitspielen und sich, wie dies ja oft bei Charakteren, die sich anziehen, der Fall ist, hier auch schon damals die spätere Wärme seiner Gefühle für Wilhelm I. ankündigen.

Schließlich sei noch erwähnt, daß die Veröffentlichung der Ernennung Bismarcks nicht, wie es in den „G. u. E.“ (I 269) steht, am 23. September, sondern am 24. abends, die amtliche sogar erst am 25. September morgens erfolgte. Die übrigen Daten auf I 266—269 der „G. u. E.“ sind richtig, was Pahncke³⁰ auf Grund der Tatsache, daß Bismarck i. J. 1892 in einem Zeitungsartikel³¹ falsch datiert, Bucher zuschreibt, wohl nicht mit Unrecht, da Bismarck selbst sich mit solchen Kleinigkeiten nicht gern befaßte.

So sehen wir, daß der Bericht der „G. u. E.“ über die Babelsberger Begegnung der historischen Kritik mehrfach zu kritischen Beanstandungen teils berichtiger, teils notwendig ergänzender Art Anlaß gegeben hat. Dessen ungeachtet ist der Kern der Erzählung und zu einem großen Teil auch das Einzelne im wesentlichen richtig. Für den Historiker ist diese Erzählung

30. Parallelerz. S. 260.

31. Jetzt bei Herm. Hofmann, Fürst Bismarck 1890—1898. II, 170.

sehr wertvoll; denn sie ist neben der v. J. 1890 (in der Münchener „Allgemeinen Zeitung“) der eingehendste und ausführlichste Bericht, den wir von der Babelsberger Unterredung besitzen; hier erzählt uns Bismarck am liebevollsten von diesem Vorgange. Erst mit Hilfe der sich gegenseitig bestätigenden, teils berichtenden Darstellungen der „G. u. E.“ und der Münchener „Allgemeinen Zeitung“ wird es uns möglich, ein den ganzen Verlauf der Begegnung und deren einzelne Züge wiedergebendes zuverlässiges Bild zu gewinnen. Dafür ist der Historiker dem Verfasser der „G. u. E.“ dankbar. Dies versöhnt ihn auch mit der weniger erfreulichen Tatsache, daß ihm das 10. Kapitel nichts historisch Bedeutsames zu bieten hat, in dem aber, was es uns mitteilt, noch vielfach zu berichtigen war, wie ebenso die Erzählungen des 11. Kapitels durch die historische Kritik erst in mühevoller Arbeit von den Schlacken des spezifisch Memoirenhaften gelöst werden mußten, ehe sie übernommen werden konnten; sind doch hier Bismarcks Urteile über Personen einseitig; die Wiedergabe seiner damaligen inneren Einstellung und Anschauungen (gegenüber dem Ministerpräsidium; vgl. ferner die Gründe seines Verhaltens zum Könige in der Babelsberger Unterredung I 269) ist sehr stark durch spätere Erfahrungen beeinflusst; und die Darstellung seiner Erlebnisse in Berlin vor der Babelsberger Unterredung sowie dieser selbst weist — bei welchem Schlußurteil ich den großen Wert der Babelsberger Erzählung voll berücksichtige — vielfach Unrichtiges und Ungenaues auf.

Fünfter Abschnitt.

Zum 12. und 13. Kapitel der „Gedanken und Erinnerungen“ „Rückblick auf die preußische Politik“. „Dynastien und Stämme.“

Das 12. und 13. Kapitel enthalten vorwiegend „Gedanken“, geschichtliche Rückblicke subjektiver Natur („vom Standpunkte eines strebsamen Preußen“ I 276) und persönlich gefärbte Urteile Bismarcks. Es liegt auf der Hand, daß demgemäß diese Kapitel, soweit ihr Inhalt von der bezeichneten Art ist, Gegenstand der exakten historischen Kritik nur insoweit sein können, als man zu fragen haben wird, ob denn Bismarck wohl tatsächlich in seinem

Innern so gedacht hat, wie er hier schreibt, und ob diese „Gedanken“ hier von ihm in irgend einer und in welcher Absicht entwickelt wurden. Ob dann diese „Gedanken“ Bismarcks richtig sind oder nicht, ist eine zweite Frage, die zweckmäßig der jeweilig in Frage kommende Fachmann zu entscheiden haben wird. So gebührt z. T. ein Urteil über die Richtigkeit der Ausführungen Bismarcks über die preußische Politik „vom Standpunkte eines strebsamen Preußen“, vorausgesetzt daß die dabei erwähnten historischen Tatsachen zutreffend wiedergegeben sind, nicht dem Historiker, sondern dem Politiker. Bismarck spricht hier doch als Staatsmann, als „strebsamer Preuße“.¹

In diesem hier angedeuteten Sinne wollen wir nun im folgenden zu Bismarcks „Rückblick auf die preußische Politik“ und zu seinen Gedanken über „Dynastien und Stämme“ Stellung nehmen:

Der „Rückblick auf die preußische Politik“ ist eine staatsmännische gewollte Belehrung und Mahnung für die deutschen Leser der „G. u. E.“, nicht zuletzt auch für die verantwortlichen Leiter des neuen Kurses.

Im ganzen hat Bismarck sicherlich über die preußische Politik so gedacht, wie er hier schreibt. Es lebt in ihm das Bewußtsein, daß mit seinem Eintritt ins Ministerium i. J. 1862 (vgl. I 276) eine starke und zielbewußte erfolgreiche Politik einsetzte, der gegenüber sich in seiner Erinnerung das unpraktische, unsichere, schwankende Regiment besonders unter Friedrich Wilhelm IV. abhob. Ein Interesse für das Erkennen der historischen Vergangenheit und das Bedürfnis, ihr gerecht zu werden, hat Bismarck nicht gehabt. Die Ereignisse der Vergangenheit werden praktisch ausgenutzt, um zu zeigen: Wenn Deutschland in Zukunft wieder einmal eine so schwächliche Politik gegenüber den anderen Großmächten treiben sollte, so wird es ähnlich gedemütigt werden wie Preußen auf dem Pariser Kongreß. Andererseits kann eine Ueberschätzung der erlangten Macht zu einer unglückseligen „Epigonenwirtschaft“ führen, die, ohne zu

1. Leider sind von einzelnen Vertretern der historischen Kritik an Bismarcks „G. u. E.“ bei ihrer Stellungnahme zu den „Gedanken“ die Grenzen der Zuständigkeit des Historikers nicht immer beachtet worden.

sehen, daß man doch sehr von dem Errungenen zehrt, „wie heut' der neue Kurs von der Erbschaft des alten“, in ihrem Machtgefühl die nötige Vorsicht außer Acht läßt, nicht die realen Grenzen des eigenen Könnens erfaßt und so in diesem Irrtum scheitert. Der richtige Weg kann leicht verlassen, aber nicht ebenso leicht wieder gefunden werden und dies um so eher, wenn die Kompetenzverhältnisse zwischen den verantwortlichen Faktoren der Politik nicht reinlich getrennt und geklärt bleiben. Die historische Vergangenheit diene der Gegenwart zur Warnung. — Dieser „Rückblick auf die preußische Politik“ hat also durchaus einen praktischen Zweck. Und das wird man festhalten müssen: Wenn Bismarck überhaupt derartige gewissermaßen theoretische Ueberlegungen anstellt, so sind seine Gedanken Ergebnisse persönlicher Erfahrung und durch den jeweiligen Zweck, den er mit seinen Ausführungen verfolgt, bestimmt. Der Zweck, die äußeren Umstände sind das Primäre, aus ihnen ergeben sich und nach ihnen gestalten sich bei Bismarck die „Gedanken“. Möglich ist es da natürlich, daß seine inneren Ueberzeugungen nicht so weit gingen wie seine für die Oeffentlichkeit bestimmten und im Staatsinteresse dargelegten „Gedanken“.

Zu welchem Zwecke im einzelnen Bismarck in seinem „Rückblick auf die preußische Politik“ dies oder jenes Geschehnis aus der Vergangenheit einführt, darüber erhalten wir z. B. hinsichtlich seiner Bemerkungen über die Reichenberger Konvention (I 271—273) interessante Mitteilungen von Bucher² aus dem Dezember 1890, also der Zeit der ersten Anfänge der „G. u. E.“, der uns zudem ausdrücklich von Bismarcks Tendenz, auf die Gegenwart einzuwirken, zu warnen und zu belehren, berichtet. „Danach erzählt er oft den Gegenstand gar nicht aus seinem Leben und bisweilen einen solchen, den er nicht gehörig kennt, der aber ihm als dazu passend erscheint, seine Betrachtung daran anzuknüpfen“. So habe er die Reichenbacher Konvention nur eingeführt aus „Angst, der Kaiser werde nicht genau und besonnen genug zwischen Wien und Petersburg lavieren und sich den Oesterreichern zu sehr nähern“; er wolle nämlich durch den Hinweis auf diesen Vertrag, wo die Verhältnisse nach Bismarcks

2. Bei Busch III, 306 f.

Darstellung (die aber tatsächlich der historischen Wahrheit nicht entspreche) ähnlich gelegen hätten, warnen; denn — und diese Bemerkung Buchers ist wichtig — gerade heraus wolle Bismarck das nicht sagen.

Auch Bismarcks Ausführungen über die preußische Politik gegenüber Rußland (I 273 ff.) sind nicht ohne Absicht geschrieben. Aus Pahncke's³ Vergleich mit Parallelerzählungen wird es uns deutlich, daß Bismarck sich hier in den „G. u. E.“ zunächst auch an die russische Adresse wendet oder zumindestens an die leitenden deutschen Staatsmänner, welche für die Beziehungen zu Rußland zu sorgen haben. Die Russen müssen folgendes wissen: Die Zeiten der Vasallität Preußens gegenüber Rußland sind vorbei. Wir sind Freunde und wollen Freunde bleiben, aber — und dies ist eine Abwehr jeglicher in Gortschakows Sinne wirkenden russischen Politik — auf der Grundlage vollster Gleichberechtigung. Für unsere Freundschaftsdienste möchte sich uns Rußland doch dankbar zeigen, wir könnten Gegenleistungen erwarten, zumal da wir unsere Dankeschuld für 1813 bereits längst und überreichlich getilgt hätten.

Darüber gehen dann die „G. u. E.“ noch weiter hinaus, mehr und mehr hören wir aus ihnen die Mahnung, nie mehr eine schwächliche Politik gegenüber anderen Mächten, wie früher besonders Rußland und auch Oesterreich gegenüber, zu treiben, da wir dann keinen Anspruch mehr darauf erheben könnten, eine mit den anderen gleichberechtigte Großmacht zu sein und als solche behandelt zu werden.

So erkennen wir nun tatsächlich als Ergebnis unserer Kritik an Bismarcks „Rückblick auf die preußische Politik“, daß dieser keine rückschauende historische Betrachtung, sondern eine staatsmännische Beurteilung verflossenen politischen Wirkens zum Zwecke der Mahnung und Warnung der Gegenwart darstellt, welche für die Verhältnisse ihrer Zeit aus entsprechenden ähnlichen der Vergangenheit lernen solle. —

Auch bei Bismarcks Ausführungen über „Dynastien und Stämme“ fragen wir nicht nach der Richtigkeit der Ansichten Bismarcks, sondern zunächst danach, ob Bismarck wirklich so

3. Parallelerz. S. 83 f.

gedacht hat. Da wird man sagen können: Diese Ideen hat er nicht immer gehabt, sicherlich vor allem auch nicht in der Zeit, in die sie in der doch vorwiegend chronologischen Anordnung der „G. u. E.“ hineingestellt sind, also noch vor dem dänischen Kriege v. J. 1864. Hier schreibt der Bismarck der 90er Jahre. „Für Bismarcks Anschauung in seinen früheren Lebensabschnitten Folgerungen daraus zu ziehen“, so urteilt Marcks⁴ — „würde ich nicht ohne weiteres für erlaubt halten; mir scheint es mit manchen Zeugnissen seiner Manneszeit nicht übereinzustimmen“. Daß hier die „Gedanken“ über „Dynastien und Stämme“ sich mit den tatsächlichen Anschauungen des Bismarck der neunziger Jahre, der hier, wie gesagt, spricht, im wesentlichen decken, können wir annehmen.

Mit einer objektiven Abhandlung, in der sich Bismarck etwa bemühte, die betrachteten Verhältnisse ganz unabhängig von den von ihm geschaffenen Realitäten, d. h. dem föderalistischen dynastischen Deutschen Reiche, zu sehen, haben wir es hier natürlich nicht zu tun. Eine solche zu schreiben, hätte seiner praktischen staatsmännischen Veranlagung und der lehrhaften Tendenz seines Buches widersprochen. Sicher hat er nicht auf Grund der hier entwickelten Ideen vor der Reichsgründung als Politiker gehandelt, sondern diese Gedanken ergaben sich ihm *post festum*, bestenfalls gleichzeitig mit seinen politischen Handlungen. „Für den deutschen Staatsmann, den zu praktischem Handeln berufenen Einzelnen und für seine positive Handlungsweise denkt er, der Staatsmann, der Realist, die Dinge schließlich durch, auch wo er sie auf allgemeiner volkpsychologischer Grundlage zu betrachten begonnen hat“, sagt Marcks,⁵ und man kann vielleicht noch hinzufügen: Er denkt die Dinge für sich durch, *post festum*, um der Oeffentlichkeit eine ideelle Grundlage für die Berechtigung und Notwendigkeit des dynastischen Charakters des deutschen Bundesstaates zu geben, und dies zu dem Zwecke, daß das deutsche Volk fest halte an dem von ihm geschaffenen Reich, in der Form, die es durch seine Politik nun einmal bekommen hat, und die er für die geeignetste hält. Es ist

4. F. Bism.'s G. u. E. S. 69.

5. ebenda S. 71.

ihm nicht um die Dynastien an sich zu tun. Nur um des Reiches willen, das so bleiben soll, wie er es geschaffen, bricht Bismarck eine Lanze für die Dynastien und zeigt sich als Gegner des radikalen Unitarismus etwa Treitschkes in den 60er Jahren, ungeachtet der Tatsache, daß es Zeiten gab, wo man ganz entgegengesetzt handelte, wo selbständige dynastische deutsche Staaten wie Hannover, Kurhessen und Nassau einfach von der Landkarte wegradiert wurden. Doch diese Zeiten sind vorbei, diese Entwicklung längst abgeschlossen. Diese Staaten mußten geopfert werden, — und daran war eigentümlicherweise nur König Wilhelm, aber nicht der spätere Reichsgründer Bismarck schuld, dem es „nicht gelang, dem Könige die Vorstellung annehmbar zu machen, daß Preußen, an der Spitze des Norddeutschen Bundes, einer Vergrößerung seines Gebietes kaum bedürfen würde“ (I 296). An diesen vergangenen Zeiten und ihren Ergebnissen wird aber von Bismarck nicht mehr gerüttelt, hier kommen natürlich nicht mehr seine dynastisch-föderalistischen Prinzipien zur Anwendung. Das Reich soll bleiben, wie es nun einmal ist.

Und aus dem Ganzen klingt die Mahnung, an dieser dynastischen Eigentümlichkeit des deutschen Bundesstaates nicht zu rütteln, da sie stark und unvermeidlich sei und ihre Zerstörung die Einheit des Reiches gefährden könne. „Die Deutschen würden“ ferner dann „fester geschmiedeten Nationen zur Beute fallen, wenn ihnen das Bindemittel verloren ginge, welches in dem gemeinsamen Standesgefühl der Fürsten liegt“ (I 291).

Und wenn ich die Ausführungen über Bismarcks „Dynastien und Stämme“ noch einmal kurz zusammenfasse, so glaube ich das nicht besser tun zu können als mit dem geistreichen Worte Bamberger's,⁶ mit dem dieser sich gerade zu den „Gedanken“ des 13. Kapitels äußert: „Bismarck sah und fühlte jeweils das von ihm für recht und nützlich Erachtete als kategorischen Imperativ“ —

Die „Gedanken“ Bismarcks über „die preußische Politik“ und „Dynastien und Stämme“ gehen teilweise wieder in die Erzählung von „Erinnerungen“ über, wie das 12. Kapitel etwa

6. Bism. Posthumus. Berlin 1899. Sonderabdruck aus der Wochenschrift „Die Nation“.

von I 280 an, teils sind solche in die Darstellung von Bismarcks Anschauungen hineingeflochten. Auch zu diesen „Erinnerungen“ hatte sich die historische Kritik zu äußern:

Im Jahre 1859 war, so erfahren wir von Bismarck (I 281), der Regent „unter dem Einflusse seiner Gemahlin und der Wochenblattspartei nahe daran, sich an dem italienischen Kriege zu beteiligen“. Dazu ist zu sagen:

Augusta, die Gemahlin des Regenten, sympathisierte zwar zunächst aufs lebhafteste mit Oesterreich, aber für einen Krieg Preußens an Oesterreichs Seite trat sie dann schließlich doch nicht ein, im Gegenteil, sie mißbilligte die Mobilmachung Preußens.

Von den Angehörigen der Wochenblattspartei und solchen, die ihr nahe standen, ist, soweit sie mit dem Regenten in Berührung kamen, zu bemerken, daß zwar der Unterstaatssekretär im Ministerium des Auswärtigen von Gruner österreichfreundlich war wie die Mehrheit der Wochenblattspartei; doch von Graf Pourtalès, Usedom und Bethmann-Hollweg kann man dies keinesfalls behaupten.

Schleinitz's Ansichten stimmten in gewissem Grade mit denen des Regenten überein. Für einen Krieg Preußens an der Seite Oesterreichs war er jedoch nicht, sowohl aus Tatenscheu wie wahrscheinlich auch gerade auf die Ratschläge Bismarcks hin. Der gegen Frankreich gerichteten Politik des Regenten nahm er jedesmal den gefährlichen Stachel. — Oesterreichfreundlich war er dabei freilich auch nicht gesinnt, und zu einem Kriege gegen Oesterreich hätte er sich wohl schwerlich entschließen können; aber deshalb war er doch noch lange nicht „den österreichischen Interessen ergeben“, wie die „G. u. E.“ (I 282) es behaupten.

Wie wir schon oben sahen, hat dem Minister Schleinitz seine damalige politische Stellungnahme seinerzeit Bismarcks Lob eingetragen, weil Schleinitz die Neutralität Preußens aufrecht zu erhalten suchte, also den Weg ging, mit dem Bismarck als mit dem besten, den man von der damaligen preußischen Politik schließlich erwarten konnte, zufrieden war und froh war, daß er überhaupt innegehalten wurde. Ob Bismarck diesen Mann schon damals insoweit richtig erkannte, daß er sah, wie Schleinitz in erster Linie doch aus Mangel an Entschlußkraft und Tatenscheu

handelte? Wenn, dann wird ihm das gleichgültig gewesen sein, die Hauptsache war für ihn, daß Schleinitz nur überhaupt diese Politik führte.

Der Regent hörte sich wohl die verschiedenen Meinungen für und gegen den Krieg an der Seite Oesterreichs an und wog sie gegeneinander ab; ohne Einfluß blieben sie auch nicht auf ihn; wenn man je in diesen Monaten von einer tiefer gehenden Einwirkung auf den Regenten sprechen kann, dann war es im Gegensatz zu den „G. u. E.“ die die Neutralität befürwortende Haltung Schleinitz's. In der Hauptsache und zuletzt war für ihn jedoch allein maßgebend seine Rechtsüberzeugung.⁷ —

Schon in die bekannte Erzählung der Fahrt von Jüterbogk nach Berlin (I 283 ff.), während welcher Bismarck den König gleichsam am Offiziers-Portepee faßte und dadurch seine Mutlosigkeit überwand, läßt Bismarck einige Worte zur Beurteilung König Wilhelms einfließen, welcher er im II. Bande das 32. Kapitel ausdrücklich einräumt. Als hervorragende Eigenschaften König Wilhelms werden hier „die ganze ehrliche und vornehme Treue des Königs für seinen ersten Diener“ (I 283) und die herzerhebende und begeisternde Furchtlosigkeit und Haltung in jeder äußeren Gefahr (I 285) genannt; der König wird als idealer Typus des preußischen Offiziers gezeichnet; andererseits wird auch schon hier die sich aus Furcht vor Kritik und der öffentlichen Meinung ergebende Unsicherheit des Königs, wenn er sich im Bewußtsein eigener Verantwortung vor die Wahl dieses oder jenes Entschlusses gestellt sieht, ganz offen dargetan. Die liebevolle, aber auch ganz ehrliche Charakteristik Wilhelms I. ist zutreffend, nach Meinecke⁸ ist sogar König Wilhelm der einzige Mensch, welcher in den „G. u. E.“, in denen sonst die Kunst der Charakterschilderung auffallend zurücktrete, „mit allen Fasern seines Wesens erfaßt und dargestellt ist“. Wir wollen an dieser Stelle auch nicht die wundervollen und ergreifenden, zweifellos

7. vgl. zu diesen Ausführungen: Berner. D. Regierungsanfang des Prinzregenten v. Preußen S. 69 ff., 103. Oncken. F. z. Brd. u. Pr. Gesch. Band 15. 1. Hälfte. S. 304; ferner Band 18. 1. Hälfte, S. 346. A. Mittelstaedt, D. Krieg v. 1859. Bism. u. die öffentl. Meinung in Deutschland. Diss. 1904, S. 7 ff.

8. H. Z. 82 285.

ganz echt empfundenen Worte Bismarcks auf I 204 vergessen, nach denen er jetzt nach mehr als 20 Jahren bereut, „damals zwischen meine Ueberzeugung von dem Staatsinteresse und meine persönliche Liebe zu dem Könige gestellt“, genötigt gewesen zu sein, der ersteren zu folgen. Auch i. J. 1869 ist ihm dies persönlich nicht leicht gefallen, worüber er sich zu Roon aussprach, wenn er auch wohl sein Verhalten gegenüber dem Könige damals noch nicht so lebhaft bedauert haben mag wie als Greis nach so langer Zusammenarbeit mit seinem geliebten Herrn. —

In dem 13. Kapitel fällt manche Bemerkung über preußische und deutsch-nationale Tendenzen Preußens und seines leitenden Staatsmannes Bismarck. Die „G. u. E.“ lassen es aber durchaus nicht deutlich werden, wann für Bismarck vor allem preußische, wann vorwiegend deutsche Ziele maßgebend waren. Letztere erscheinen als ganz besonders betont; sie sollen schon früh in Bismarck wirksam gewesen sein. Die „G. u. E.“ „stellen mit vollem Recht fest (I 289), es sei darauf angekommen, den König von Preußen und sein Heer für die nationale Sache zu gewinnen, mochte man vom borussischen Standpunkte die Führung Preußens oder auf dem nationalen die Einigung Deutschlands als die Hauptsache betrachten, beide Ziele deckten einander. Das taten sie gewiß; aber damit ist noch nicht gesagt, daß nicht Bismarck selber von dem einen dieser beiden Standpunkte ausgegangen sei und sogar noch von ihm aus gehandelt habe“.⁹ Hier gilt es, festzuhalten, daß Bismarck bis 1866 nur als preußischer Minister Politik getrieben hat. Marcks glaubt, daß Bismarck auch innerlich damals vor allem preußisch empfand; ob und inwieweit daneben in dem preußischen Politiker Bismarck bis 1866 auch deutsch-nationale Regungen wirksam waren, diese Frage läßt sich schwer beantworten.

Die Tatsache, daß in den „G. u. E.“ keine scharfe Trennung zwischen Bismarcks preußischen und deutschen Tendenzen in seinen früheren Jahren gegeben ist, erklärt sich Marcks¹⁰ einmal aus der Rückwirkung der Anschauungen des Verfassers, der natürlich inzwischen längst Deutscher geworden war, auf die

9. Marcks, F. Bism.'s 'G. u. E. S. 67.

10. ebenda 68.

Darstellung der eigenen Vergangenheit, dann aus der in Bismarcks Veranlagung ruhenden Abneigung, sich mit einer praktisch völlig gegenstandslos gewordenen und nur noch akademischen Charakter tragenden Frage zu befassen, und aus einer nach 1890 laut werdenden Verstimmung Bismarcks gegen seine engeren Landsleute, die Preußen, welche bei Bismarcks Art wohl geeignet war, mit dazu beizutragen, die preußischen Züge seiner Vergangenheit ihm blasser erscheinen zu lassen. —

Eine Berichtigung muß sich auch die schon oben erwähnte Behauptung Bismarcks (I 296), König Wilhelm sei vor allem an den norddeutschen Annexionen von 1866 schuld gewesen, gefallen lassen. Bismarck selbst erscheint dann lediglich als Vollstrecker des königlichen Willens. Dies steht im Einklang mit Bismarcks Ausführungen im 21. Kapitel (vgl. bes. II 70 ff.). Dazu bemerkt Fester¹¹ mit Recht, daß sich die Sachlage wohl gerade umgekehrt verhalten hat. Freilich hätte Bismarck in seiner Denkschrift vom 12. Juni 1866 den Mittelstaaten Norddeutschlands ihren Landbesitz unter der Bedingung ihres Einverständnisses mit einer von Preußen gewünschten Bundesreform garantiert. Jedoch wäre dieser Vorschlag von Bismarck in der bestimmten Erwartung gemacht worden, daß die verblendeten Gegner ihn aus Abneigung, unter Preußens Führung zu kommen, nicht annehmen würden. Die Annexionslust war bei Bismarck sicherlich vorhanden, er hat sicher die norddeutschen Annexionen sogar sehr energisch betrieben. Von den hier in Frage kommenden Behauptungen der „G. u. E.“ ist lediglich Bismarcks Bemerkung (II 74) seiner Abneigung gegen „Aenderungen der Staatsgrenzen in Süddeutschland“ für den Historiker annehmbar.

Das Verschweigen seiner Annexionslust erscheint erklärlich aus dem Bestreben Bismarcks, in den „G. u. E.“ an dem Vergangenen nicht zu rütteln, und Tendenzen, die für den Leiter der preußischen Politik einmal maßgebend waren, aber in der Gegenwart ganz und gar gegenstandslos wurden, nicht unnötig zu unterstreichen; denn, wenn König Wilhelm auch als annexionslustig erschien, so mochte dies auf den Leser der „G. u. E.“ nicht

11. Ueber d. historiogr. Charakter der G. u. E., H. Z. 85, 51.

so großen Eindruck machen, als wenn er vernahm, daß sich der wirklich leitende Mann der damaligen Politik, Bismarck, von vornherein mit ganz ausgesprochenen Annexionsabsichten getragen hatte. Auch sollte wohl der Widerspruch einer damaligen Annexionslust Bismarcks zu dem von ihm gerühmten dynastisch-föderalistischen Charakter des Deutschen Reiches dem Leser nicht zu offenkundig werden.

Sechster Abschnitt.

Zum 14.—18. Kapitel der „Gedanken und Erinnerungen“.

In dem 14.—18. Kapitel der „G. u. E.“ hat die historische Kritik zunächst mit größerem Nachdruck eingegriffen bei der Mitteilung Bismarcks von russischen Bündnisangeboten an Preußen zur Zeit der Gasteiner Zusammenkunft und des Frankfurter Fürstentages (I 311 und II 62 f.).

Anscheinend hat Bismarck hier irrtümlicherweise in diese Zeit einen Brief des Zaren vom 1. Juni an König Wilhelm verlegt, der die Aufforderung enthielt, der König möchte durch seinen Einfluß Oesterreich von den Westmächten loslösen, und der offensichtlich besonders im Falle der Weigerung Wiens seine Spitze gegen Oesterreich richtete und den Gedanken russisch-preußischer Waffenbrüderschaft aufkommen ließ. Sybel gibt — nebenbei gesagt — in den drei ersten Auflagen seines Werkes (in der 4. Auflage nicht mehr) dieselbe Darstellung wie die „G. u. E.“, offenbar haben wir es hier wie öfters bei Sybel mit einer der Stellen zu tun, wo Sybel auf persönlichen Mitteilungen Bismarcks fußt.

Doch bleibt hier bei der Darstellung der „G. u. E.“, wie auch Lenz¹ zugibt, noch die Möglichkeit offen, daß Bismarck Recht hat, insofern als man auf Grund der tatsächlichen historischen Verhältnisse eine zweimalige Verhandlung zwischen Petersburg und

1. Vgl. dazu und überhaupt zu den Ausführungen über die russischen Bündnisangebote: Lenz. König Wilhelm u. Bism. in Gastein 1863. II, Dt. Rundschau 129. S. 337 ff. Lenz. Gesch. Bismarcks S. 453. Stern, Gesch. Europas 1815—71, Band IX, 1923, S. 173.

Berlin im Sinne eines Bündnisangebotes annehmen könnte, im Juni und mit Bismarck Ende Juli oder Anfang August. Um diese Zeit hatte sich nämlich gerade das Verhältnis zwischen Rußland und Oesterreich besonders verschärft. —

Zum Charakter des 16. Kapitels äußert sich Kaemmel.² „In der Art, wie Bismarck hier den damaligen Kronprinzen behandelt, liegt etwas Schonungsloses, und man kann wohl fragen, ob das notwendig war; auch das Schlußkapitel „Kaiser Friedrich III.“ schwächt diesen Eindruck nur wenig ab.“

Im einzelnen hat die historische Kritik bei dem 16. Kapitel folgende Bemerkungen und Ausstellungen laut werden lassen:

Bei Bismarcks Versuche, die Erregung des Königs über das Vorgehen des Kronprinzen abzuschwächen und angesichts des augenblicklichen Kampfes zwischen Königtum und Parlament den Zwiespalt innerhalb des königlichen Hauses möglichst „abzustumpfen“, mahnte Bismarck den König (nach I 318) mit den Worten: „Verfahren Sie säuberlich mit dem Knaben Absalom“ „in Anspielung darauf, daß schon Geistliche im Lande über Samuelis Buch 2. Kapitel 15, Vers 3 u. 4 predigten“. Stern³ weist in diesem Zusammenhange auf Bismarcks Randnoten zu des Kronprinzen Schreiben an Bismarck vom 30. Juni 1863 hin und glaubt, in der unter diesen befindlichen Randbemerkung⁴ „Absalom“ möglicherweise „die Keimzelle“ der fraglichen Stelle in der Erzählung der „G. u. E.“ (I 318) sehen zu dürfen. Die Erinnerung Bismarcks ferner an Predigten von Geistlichen über Samuel II 15, 3 u. 4 rührt nach Stern zweifellos von einer Randnote Bismarcks zu des Kronprinzen Denkschrift vom September 1863 her. Diese Randnote lautet bei Busch, *Some secret pages*:⁵ „Even now clergymen are preaching from the text 2. Samuel chp. XV verses 3 and 4“; unter den in den „G. u. E.“ (I 324—330) aufgeführten Marginalien Bismarcks zu der Septemberdenkschrift fehlt sie. —

2. Krit. Studien zu Fürst Bismarcks G. u. E. 1899, S. 20.

3. Gesch. Europas 1815—71, Bd. IX, 1923, S. 305.

4. Bei Busch, Bismarck. *some secret pages of his history* 1898, III, 234 ff.: sie fehlt wie andere bei Busch befindl. Randbemerkungen im „Anhang zu d. G. u. E.“, II 349 ff.

5. III 240 ff.

Die einwandfreie Richtigkeit der Erzählung (I 322) von der in Gastein stattgehabten Unterredung Bismarcks mit dem Kronprinzen zieht Lenz⁶ in Zweifel. Merkwürdig klingt schon die Wendung: „In Gastein erhielt ich den Besuch des Kronprinzen“, wodurch die ganze Situation schon eine einseitige und dazu noch ganz unberechtigte Färbung gewinnt. Ferner kann man, worauf Lenz mit Recht hinweist, nicht an eine derartig betonte und rückhaltlose Entschuldigung des Kronprinzen gegenüber Bismarck, wie es in den „G. u. E.“ zu lesen ist, glauben, eine Annahme, die auch durch die Mitteilungen aus der Umgebung des Kronprinzen bestätigt wird. Auch Stern's⁷ Darstellung stimmt in dieser Hinsicht nicht mit der Erzählung der „G. u. E.“ überein. Stern erwähnt ausdrücklich, daß der Kronprinz Bismarck trotz des freundlichen Charakters der Aussprache „keine seine Ueberzeugungen aufopferte“, wie er auch entgegen der Ansicht Bismarcks für die Beschickung des Frankfurter Fürstentages eintrat.

Nach Lenz erscheint Bismarcks Darstellung erklärlich aus „der Stimmung, welche Bismarck in den Jahren seiner Verbannung gern über Kaiser Friedrich äußerte“, auf den er bei dessen Liebenswürdigkeit und Vertrauen leicht die Gefühle, die er für den Vater gehegt, habe übertragen können; leugnete Bismarck doch mit größtem Nachdruck alle Behauptungen, daß zwischen Kaiser Friedrich und ihm dauernde Verstimmungen existiert hätten (vgl. G. u. E. I 316). —

Im 17. Kapitel kann zunächst Bismarcks Erzählung von der Zusammenkunft Kaiser Franz Josephs und König Wilhelms in Gastein nicht einfach hingenommen werden (I 338 ff.)

Von einer Ueberraschung, die König Wilhelm und seinem Kabinett durch Oesterreichs „Initiative zur Berufung des Frankfurter Fürstentages“ widerfuhr, zu sprechen, wie dies die „G. u. E.“ tun (I 338), ist nicht angängig. Der Besuch Kaiser Franz Josephs war schon für Ende Juni geplant. König Wilhelm ahnte sicher genau, welche Frage bei der Zusammenkunft besprochen werden würde. Durch Zeitungsartikel der Wiener und der süddeutschen Presse mußten König Wilhelm und Bismarck sodann

6. Dt. Rundschau 129, 1906, S. 282.

7. G. Europas 1815—71, Band IX, 1923, S. 313.

Gewißheit über den Gegenstand der bevorstehenden Unterredung erlangt haben.

Bismarck kann ferner nicht am 2. August mittags in den Schwarzenbergischen Anlagen Gasteins gegessen haben, auch hat nicht an diesem Tage das fragliche Diner stattgefunden, sondern erst am 3. August (I 339). Nach Bismarcks Darstellung muß man ferner annehmen, daß gelegentlich des erwähnten Diners bei König Wilhelm, wohin sich Bismarck begibt, die ersten Eröffnungen seitens des Kaisers über die Bundesreform gemacht wurden. Auch dies entspricht nicht der Wirklichkeit. Bismarck gelang es sodann tatsächlich — im Gegensatz zu seiner Darstellung —, den König noch vor dem Diner oder, besser gesagt, vor dem Eintreffen des Kaisers zu sprechen und zu beraten. Alle diese geschilderten Ereignisse fanden erst am 3. August 1863 statt. Schließlich war der erste Eindruck, den die Eröffnungen des Kaisers auf König Wilhelm machten, durchaus nicht günstig — im Gegensatz zu Bismarcks Annahme.

Vielmehr lagen die historischen Tatsachen folgendermaßen: Der Kaiser kam in Gastein am 2. August um 5 Uhr nachmittags an. Bald danach stattete König Wilhelm dem Kaiser seinen Besuch ab, gegen Abend machte der Kaiser Gegenbesuch, anschließend fand bei König Wilhelm Diner statt. Die Majestäten besichtigten sodann die Illumination des Ortes und blieben an diesem Abend bis 10 Uhr zusammen. Möglich ist es, daß Franz Joseph dem Könige schon an diesem Tage während des Abends etwas von seinen Absichten hinsichtlich der Bundesreform mitgeteilt hat.

Ganz gewiß und im eigentlichen und vollem Umfange machte Franz Joseph dem Könige — darüber sind wir heute aufs bestimmteste unterrichtet — am nächsten Tage, dem 3. August, bei einem Besuche gegen 10 oder 11 Uhr seine Eröffnungen und übergab ihm ein Promemoria über die Bundesreform. Ohne Schwanken trat König Wilhelm sofort diesen Plänen entgegen. Zwar war er nicht grundsätzlich Gegner eines Fürstenkongresses; aber er wünschte vorbereitende Ministerkonferenzen, das Direktorium der fünf Fürsten sagte ihm gar nicht zu („Executive à 5!“⁸ schrieb er sogleich nach der Unterredung in dem in den „G. u. E.“ auf I 339 erwähnten Briefchen an Bismarck), und gegen das fürst-

liche Oberhaus, sowie vor allem auch gegen die Wahl der Delegierten zum Unterhause hatte er starke Bedenken dem Kaiser entgegenzuhalten.

Gegenüber diesen Tatsachen fällt die Behauptung Bismarcks, daß der erste Eindruck der österreichischen Mitteilungen auf den König ziemlich günstig gewesen sei, und daß König Wilhelm anläßlich des auf I 339 erwähnten Diners, das am 3. August um 2 Uhr stattfand, aus dem Munde des Kaisers zum ersten Male die Eröffnungen über die Bundesreform vernommen habe. —

Bismarck weilte indessen in der Achenschlucht, kaum viel vor $\frac{1}{2}$ 2 Uhr kam er in seiner Wohnung an, findet dort das Briefchen des Königs, nach dem er um diese Zeit bereits auf der Schillerhöhe⁸ den König treffen soll, und das ihm zugleich mit dem Briefchen übersandte Promemoria Franz Josephs vor. In größter Eile wechselt er den Anzug und verläßt raschen Schrittes sein Quartier, um den König möglichst noch vor dem Eintreffen des Kaisers zum Diner sprechen zu können. Und in der Tat gelang ihm dies — im Gegensatz zu dem Berichte der „G. u. E.“ —, und er konnte den König noch beraten. Den Irrtum der „G. u. E.“ erklärt Lenz damit, daß in dem Verfasser der „G. u. E.“ vor allem der Eindruck fortlebte, den er in dem Augenblicke hatte, als er Billet und Promemoria in seiner Wohnung vorfand, wo er fürchten mußte, er könne zur Besprechung vor dem Diner zu spät kommen und König Wilhelm dann dem Kaiser eine nicht in den Rahmen Bismarcks politischer Ansichten passende Antwort geben. Diese Erklärung, daß ein starker Eindruck die Erinnerung an das Uebrige verwischt, ist durchaus einleuchtend, und wir begegneten ihr schon mehrfach bei der Kritik an den „G. u. E.“; denken wir z. B. nur an den vermeintlichen „leitenden Gedanken“ von Bismarcks Rede am 3. Dezember 1850 und die Darstellung seiner politischen Tätigkeit in dieser Zeit, wo sich

8. So und nicht: „Execution à 5!“ wird wohl in dem im Anhang der G. u. E. I 74 abgedruckten Billet zu lesen sein. Das falsche Datum (2. Aug.) ist von Bism. nachträglich mit Bleistift dazugeschrieben worden. Das Original hat weder Tages- noch Ortsbezeichnung.

9. Bismarck schreibt auf I 339 der „G. u. E.“ irrtümlich „Schillerplatz“.

Bismarcks Erinnerung anscheinend an den äußeren Vorgang der Audienz bei Stockhausen geheftet hatte, oder an seine Behauptung, er habe vor der Babelsberger Begegnung am 22. September 1862 nichts von den Abdankungsabsichten des Königs gewußt, eine Meinung, die sich ihm wohl unter dem unvergeßlichen erschütternden Eindrücke beim Anblick der verzweifelnden Entschlossenheit des Königs, der ihm die sogar bereits ausgeschriebene Urkunde zeigte, gebildet haben mag.

Bismarcks Erzählung über die Gasteiner Vorgänge ist also nicht zuverlässig. Der König stand von vornherein den österreichischen Vorschlägen sehr skeptisch und zurückhaltend gegenüber. Als nun aber gar kurz nach der Abreise des Kaisers, bei der König Wilhelm diesem nochmals erklärt hatte, daß ein Fürstenkongreß nach seiner Meinung wegen der notwendigen Vorbereitungen nicht vor dem 1. Oktober eröffnet werden könne, der König die vom 31. Juli datierte förmliche Einladung zum Fürstenkongreß am 16. August erhielt, erfolgte sofort am nächsten Tage die Absage König Wilhelms. Davon und von der Tatsache, daß noch bis in die zweite Augustwoche hinein in Gastein Verhandlungen stattfanden, erzählen uns die „G. u. E.“ nichts. Aus Bismarcks Bericht erhält man den Eindruck, als sei der König sogleich nach dem Besuche Franz Josephs abgereist, und als hätte er sich erst in Baden-Baden zur Absage entschlossen. Die Erzählung der Gasteiner Vorgänge ist zusammengedrängt — Gastein erscheint nur als Vorspiel — „und mit künstlerischer Absicht bis zur Höhe und Lösung der Krisis in Baden-Baden gesteigert“.¹⁰ —

In Baden-Baden, wo König Johann von Sachsen im Auftrage der in Frankfurt versammelten Fürsten dem König Wilhelm nochmals eine Einladung zum Fürstentage überreichte, hatte König Wilhelm in seinem Innern noch einen harten Kampf zwischen seinem Entschlusse, nicht nach Frankfurt zu gehen, und dem ihn drängenden Gefühle, der ehrenvollen Einladung der Fürsten zu folgen, auszufechten; aber er schwankte nicht und

10. Vgl. zu diesen Ausführungen: Lenz, König Wilhelm u. Bism. in Gastein 1863. Dt. Rundschau 129, 1906, S. 197 ff. Paul Bailleu, König W. u. d. Frankf. Fürstentag 1863. Festschr. d. Kaiser Wilhelm-Gesellschaft 1921, S. 262 ff. Stern, Gesch. Europas 1815—71, Band IX, 1923, S. 311 ff.

blieb bei seinen von der nüchternen Staatsräson diktierten Ueberzeugungen, die ihm Bismarck noch einmal sehr eindringlich vor Augen hielt, ohne daß es Bismarck aber so sehr schwer geworden wäre, die Absage des Königs zu erreichen, wie er es in den „G. u. E.“ annimmt. Insoweit trifft also der Kern der Erzählung Bismarcks von den Vorgängen in Baden-Baden nicht zu. Es handelte sich mehr um einen Kampf im Innern des Königs selbst als um ein Ringen zwischen König und Ministerpräsident.¹¹

Im einzelnen ist zu dieser Erzählung der „G. u. E.“ (I 340/341) folgendes in teils berichtiger, teils ergänzender Weise zu bemerken:

Schon in Wildbad hatte Bismarck auf telegraphischem Wege Mitteilung von der Reise König Johanns und derem Zwecke erhalten; er versuchte daher, die Abreise König Wilhelms von Wildbad — wo die Königin Elisabeth übrigens keineswegs sehr ernsthafte Anstrengungen machte, um den König zur Fahrt nach Frankfurt zu bewegen, — möglichst hinauszuschieben, in der Hoffnung, König Johann würde in Baden nicht gar zu lange auf König Wilhelm warten, sondern schließlich unverrichteter Sache wieder nach Frankfurt zurückkehren; aber in dieser Hoffnung täuschte er sich. Als König Wilhelm am Abend des 19. August in Baden-Baden eintraf, war der König von Sachsen daselbst anwesend. Am Vormittage des nächsten Tages — 20. August — fand eine Unterredung zwischen den beiden Monarchen statt.¹² Der König beharrte hinsichtlich seiner Teilnahme am Frankfurter Fürstentage auf seinem ablehnenden Standpunkte, auch eine zweite Unterredung am Nachmittage hatte kein anderes Ergebnis. Zwischendurch oder nachher mag der König wohl mit Bismarck eine Spazierfahrt unternommen haben, „wo wir im offenen kleinen Wagen wegen der Leute vor uns auf dem Bock die deutsche Frage französisch verhandelten“. (I 340.) Am Abend weilte der König bei seiner Tochter, der Großherzogin von Baden; hier bekam er infolge der Aufregungen des Tages — seine Gemahlin Augusta und seine Tochter suchten zudem auch auf ihn einzuwirken, daß er nach Frankfurt reise, — einen Wein-

11. Bailleu, ebenda S. 266 ff.

12. Vgl. Bailleu, ebenda S. 266.

krampf. In dieser nervösen Abspannung traf der König spät abends in seiner Wohnung ein.¹³ So fand ihn Bismarck, welcher dem König wohl noch einmal die Verderblichkeit einer Zusage nach Frankfurt vor Augen gehalten und ihm so die Unterzeichnung der abschlägigen Antwort erleichtert haben mag. Diese erlangte er bald und ohne besondere Schwierigkeiten von König Wilhelm.

So vermögen wir also zu erkennen, daß in der Darstellung der „G. u. E.“, soweit sie sich auf diese Ereignisse bezieht (I 340), die einzelnen Vorgänge zusammengedrängt, teils durcheinander geworfen sind. Und was die Hauptsache angeht, so spielte sich — im Widerspruch mit dem Eindruck, den man aus den „G. u. E.“ gewinnt — ein Kampf vor allem in der Seele des Königs ab, nicht zwischen dem König und Bismarck, der es allerdings dem Könige erleichterte, daß in ihm stets die Ueberlegung des Verstandes die Oberhand behielt. So schwankte König Wilhelm nicht.

Bismarck erzählt nun weiter (I 340/341): „Als ich den Herrn verließ, waren wir beide infolge der nervösen Spannung der Situation krankhaft erschöpft, und meine sofortige mündliche Mitteilung an den sächsischen Minister von Beust trug noch den Stempel dieser Erregung“. Was ist dazu zu bemerken?: Der König war „krankhaft erschöpft“, er war schon in diesem Zustande von der „Soirée“ bei seiner Tochter nach Hause gekommen. Auch Bismarck mag die Spannung des Tages mitgenommen haben. Ein Kampf zwischen ihm und dem Könige hat aber an diesem Abende nicht stattgefunden. Als besonders schwer werden wir uns jedenfalls die Erregung Bismarcks nicht vorzustellen haben.

Und doch berichten uns zwei Parallelerzählungen,¹⁴ daß Bismarck, als er den König verließ, beim Schließen der Tür draußen vor Nervosität die Klinke abgerissen hätte, was den Flügeladjutanten zu einer erstaunten Frage veranlaßt habe. Sybel¹⁵

13. Vgl. das Billet K. Wilhelms an König Johann, Briefwechsel zw. K. Joh. v. Sachsen und den Königen Fr. W. IV. und Wilhelm I. von Preußen 1911, S. 418.

14. Bei Busch I, 1877. Posch, N. Tischgespr. u. Interviews II 1899, S. 148.

erzählt uns aber, Bismarck habe, als er von Beust kam, einen auf dem Tisch stehenden Teller mit Gläsern zerschlagen.

Wir werden der Darstellung bei Sybel den Vorzug zu geben haben; denn einmal kann Bismarcks Erregung, als er vom Könige kam, wie gesagt, gar nicht so sehr groß gewesen sein; ferner erzählt der einzige damals beim Könige befindliche Flügeladjutant Prinz Kraft zu Hohenlohe-Ingelfingen¹⁶ in seinen Erinnerungen, in denen er sonst jede Kleinigkeit berichtet, nichts davon, daß Bismarcks beim Verlassen des Königs die Türklinke abgerissen, und er daraufhin an Bismarck eine erstaunte Frage gerichtet hätte. Der Ablauf der weiteren Vorgänge bei der Uebergabe des Antwortschreibens an Beust — ich komme noch darauf zu sprechen — zeigt uns, daß Bismarcks starke Erregung weit besser für die Zeit nach der Zusammenkunft mit Beust paßt und hier Sybels Bericht gut am Platze ist. Wir werden vielleicht bestenfalls annehmen können, daß Bismarck, als er von Beust nach der Wohnung des Königs zunächst zurückkehrte — anscheinend hat er dies getan — beim Betreten des Zimmers, in dem sich der Flügeladjutant aufhielt, die Türklinke abriß. Das hätte Hohenlohe dann unter dem vorherrschenden Eindruck der nun unmittelbar folgenden Erzählung Bismarcks, der ihm sofort über sein Gespräch mit Beust berichtet haben mag, nicht besonders beachtet und vergessen, so daß wir auch an dieser Stelle nichts davon in seinen Aufzeichnungen zu hören bekommen.

Schon diese Erwägungen sprechen dagegen, daß Bismarcks Antwort an Beust, wie es die „G. u. E.“ wollen, vor allem unter der Nachwirkung vorhergehender Erregung gestanden habe; insbesondere aber veranlaßt uns auch folgende Ueberlegung, an der Darstellung der „G. u. E.“ zu zweifeln: Sollte Bismarck sich ohne Grund und ohne Absicht so erregt zu Beust geäußert haben, etwa gar ihm gegenüber seinem Herzen Luft gemacht haben? Das wäre doch wohl nicht sehr diplomatisch gehandelt gewesen. Und seine Antwort wäre auch tatsächlich nicht so erregt ausgefallen, wie sie nach den Berichten bei

15. Begr. des Dt. R. 1889, S. 532.

16. Aus meinem Leben 1905, II, 354 ff.

Busch¹⁷ und Hohenlohe¹⁸ lautete, wenn Beust das Antwortschreiben ohne auffallende Bemerkungen entgegengenommen hätte.

Nach unseren Betrachtungen kann dies aber anscheinend nicht der Fall gewesen sein, und wir werden Hohenlohe glauben müssen, daß Beust irgend eine Aeüßerung getan haben mag, aus welcher Bismarck entnahm, daß Beust nun die für 6 Uhr früh (am 21. August) angesetzte Abreise König Johanns noch aufschieben wollte, um nochmals den Versuch zu machen, König Wilhelm für die Fahrt nach Frankfurt zu gewinnen. Zumindestens muß Bismarck während dieser Unterredung derartige Befürchtungen gehabt haben; denn er befahl nach seiner Rückkehr von Beust — dies können wir den auch sonst sehr zuverlässigen Aufzeichnungen Hohenlohe's¹⁹ glauben —, sowohl ihn als auch Hohenlohe sofort zu benachrichtigen, wenn König Johann nicht früh um 6 Uhr abgefahren wäre.²⁰

Ja, solche Befürchtungen waren nun freilich für ihn ein Grund, Beust gegenüber erregt zu werden. Er machte ihm deutlich klar, daß ein Aufschub der Abreise König Johanns und ein nochmaliger Versuch, auf König Wilhelm einzuwirken, unerwünscht und gänzlich zweck- und aussichtslos sein würden. Denn Bismarck mußte in Sorge sein, daß ein erneuter Ansturm auf König Wilhelm, zumal bei dessen nervöser Erschöpfung, diesen doch noch im letzten Augenblick zu einer Aenderung seines Entschlusses veranlassen könnte.

König Johann aber reiste am 21. August, früh 6 Uhr, allein nach Frankfurt ab.

Die Darstellung der „G. u. E.“ muß also dahin berichtigt werden, daß Bismarck nicht etwa gegenüber Beust infolge einer angeblichen starken Erregung, unter deren Nachwirkung er ge-

17. Busch I 187 f., II 465.

18. S. 355.

19. S. 355, vgl. auch S. 356.

20. Daß Beust Bismarcks Aeüßerungen ihm gegenüber vergessen hat und sie in seinen Erinnerungen (Aus drei Viertel-Jahrhunderten 1887) nicht abdruckt, ist begreiflich; denn die Situation war für ihn und König Johann, dem Bism. mit seinen Worten gewissermaßen die Tür wies, ein wenig blamabel.

standen hätte, seinem bedrängten Herzen ohne besonderen Zweck und Absicht Luft gemacht hat, sondern daß ihm, wenn er überhaupt wesentlich erregt war, was zu bezweifeln ist, diese Erregung zumindestens sehr zu statten kam, um Beust in seiner Befürchtung, König Johann könnte noch länger bleiben (auch die „G. u. E.“ reden von dieser I 341 oben), begreiflich zu machen, daß dieser Aufschub der Abreise ganz zwecklos sein würde. Darin liegt hinsichtlich dieser Darstellung die Eigenart des Berichtes der „G. u. E.“ Warum erzählt uns Bismarck in den „G. u. E.“ nur von der Erregung, in der er den König verlassen haben will, und verquickt mit ihr seine Antwort an Beust? Warum teilt er uns hier nicht seine Äußerungen zu Beust mit? Liegt hier ein Versagen des Gedächtnisses oder eine Verschiebung in der Erinnerung vor, oder kommt nicht noch hier die Absicht dazu, nicht durch die Wiedergabe seiner Antwort an Beust, mit der er doch tatsächlich dem König Johann die Tür gewiesen hatte, die Gefühle des Bundesstaates Sachsen und seiner Dynastie zu verletzen? Eine ähnliche Zurückhaltung vom Standpunkte des vorsichtigen und zweckmäßig handelnden Staatsmannes aus hat ja Bismarck auch im 18. Kapitel der „G. u. E.“ („König Ludwig II. von Bayern“) geübt. —

Zu der Darstellung von Bismarcks in den „G. u. E.“ stark unterstrichenen dualistischen Angeboten und überhaupt zu den Ausführungen über den Dualismus (I 335 ff., 342, 344 f., 346, 349) hat sich zuerst eingehend Marcks²¹ geäußert. Er glaubt nicht, auf Bismarcks dualistische Angebote von 1862 ab so viel Gewicht legen zu dürfen, wie es die „G. u. E.“ tun. Bismarck hätte ein friedliches preußisch-österreichisches Zusammengehen in seinem Innern doch wohl nie als etwas dauerndes betrachtet und erstrebt, sondern mehr als einen „Notbehelf auf Zeit“. Sah Bismarck, so fragt Marcks skeptisch, in einer Verständigung mit Oesterreich jemals „einen in sich selber und dauernd wertvollen Zweck“, wie man es nach den „G. u. E.“ annehmen müßte? Bismarck war sich doch in Frankfurt schon darüber klar geworden, daß die Rivalität von Oesterreich und Preußen durch eine friedliche Verständigung nicht für die Dauer beseitigt

21. F. Bism.'s G. u. E. S. 81 ff.; vgl. auch Meinecke, H. Z. 87, S. 22 ff.

werden könne. Sicher war Bismarck stets darauf gefaßt, daß ein Zusammengehen mit Oesterreich schon nach kurzer Zeit mit einem Zerwürfnis enden könne. In den „G. u. E.“ ist jedenfalls „der dualistische Versuch mindestens zu stark betont und erscheint in seiner Absicht allzu positiv“.

Diese Darstellung Bismarcks ist bewußt oder unbewußt durch den Zweibund von 1879 beeinflusst. Darauf weist auch ein mehrfaches Eingehen auf dieses Bündnis in der Schilderung der „G. u. E.“ selbst hin. (Vgl. I 331, 346, 350.) Angesichts der gegenwärtigen Verhältnisse glaubt der Verfasser der „G. u. E.“ schon damals ernsthafter an eine dauernde Verständigung mit Oesterreich gedacht zu haben; über die Tatsachen, die zum Bruche mit Oesterreich führten, schweigt er sich aus. Diese Frage wieder aufzurühren, erschien Bismarck bei den inzwischen völlig veränderten Verhältnissen zwecklos; leitete ihn doch, wie wir schon öfters sahen, bei der Abfassung der „G. u. E.“ vor allem auch ein politisches Interesse.

Die Ansichten von Marcks werden durch die Auffassungen der gegenwärtigen Forschung bestätigt. Nur Pahncke²² lehnt vor allem hinsichtlich der sehr ersten dualistischen Absichten, die Bismarck in der Unterredung mit Karolyi am 4. Dezember 1862 nach den „G. u. E.“ (I 335) verfolgt haben will, die Kritik von Marcks ab. Die „erfrischende Offenheit“ der von Pahncke als Parallelerzählung herangezogenen Zirkulardepesche Bismarcks vom 24. Januar 1863 und gerade die Schroffheit, mit der Bismarck Oesterreich warnt, zeigten, daß es Bismarck damals tatsächlich, wie es die „G. u. E.“ hervorheben, um die Anbahnung einer sich für die Dauer auswirkenden dualistischen Verständigung gegangen sei. Pahncke unterschreibt also durchaus den Nachdruck, den die „G. u. E.“ auf diesen dualistischen Versuch legen, und vermag nicht zu glauben, daß dieser durch die besonders infolge des Zweibundes von 1879 ganz anders gearteten Verhältnisse der Gegenwart des Verfassers bestimmt sei.

Mit dieser Auffassung steht Pahncke fast allein da. Man vergleiche z. B., wie sich Brandenburg²³ zu der Unterredung mit

22. Parallelerz. S. 98 ff.

23. Die Reichsgründung II, 1916, S. 65.

Karolyi am 4. Dezember 1862 äußert. Bismarcks Darlegungen, so schreibt er, hätten wesentliche Teile von seinem Programm enthalten, nur hätte er freilich dem Botschafter nicht gesagt, daß er an die Möglichkeit der von Preußen gewünschten österreichischen Zugeständnisse nicht glaubte und daher den Krieg für unvermeidlich halte.

Die Verfasser der modernen historischen Darstellungen haben ferner — das geht aus ihren Schilderungen hervor — durchaus auf Grund der ihnen zugänglichen Berichte den Eindruck gewonnen, daß das Primäre und Charakteristische der Unterredung mit Karolyi Bismarcks Drohung gegen Oesterreich war. Und man nehme sich auch die Zirkulardepesche vom 24. Januar 1863 oder den am spätesten bekannt gewordenen Bericht Karolyis²⁴ vor, und man wird den gleichen Eindruck erhalten.

Es ist doch undenkbar, daß Bismarck, wenn er wirklich an die Möglichkeit der von Preußen gewünschten österreichischen Zugeständnisse geglaubt, und wenn ihm somit wirklich ernsthaft bei seinen fraglichen Angeboten ein friedlicher Dualismus von Dauer vor Augen geschwebt hätte, daß Bismarck zur Erreichung dieses Zieles in der Unterredung mit Karolyi diesem zwar recht vertraulich, aber deutlich eine derartig schroffe Alternative vorgelegt und zudem der Idee eines engen Zusammengehens, ja Bündnisses einen im Verhältnis zu der Bedeutung dieses etwa zu erreichenden Zieles so geringen Raum zugewiesen hätte. Ein derartiges Vorgehen hätte doch wirklich nicht für Bismarcks diplomatische Kunst gesprochen.

Wie gefährlich es ist, mit der Offenheit, die Bismarck in dieser Unterredung an den Tag legt, zu argumentieren, wie dies Pahncke versucht, zeigen uns die geistreichen Untersuchungen von K. Groos.²⁵ Diese diplomatische Offenheit war für Bismarck charakteristisch, er hatte sie in Frankfurt als etwas Neues in die diplomatische Arbeitsweise eingeführt, und sie stellt sich in dieser Unterredung weder als erster noch als einzigartiger oder auch nur seltener Fall der von Bismarck gewählten Art, sich zu Diplomaten zu äußern, dar. Diese Art entsprach seiner

24. Dt. Revue, 38. Jahrg., Okt. 1913, S. 35.

25. Bism. im eigenen Urteil 1920, S. 42 ff.

Kampfesnatur, und er bediente sich ihrer gern. Man würde fehl gehen, wenn man glaubte, daß Bismarck dadurch, daß er ganz aufrichtig die Wahrheit sagte, dem Gegner klaren Wein einschenken wollte. Er wußte ganz genau, daß die so offen ausgesprochene Wahrheit in der Diplomatie frappierte und nicht in vollem Umfange geglaubt wurde, wohl aber doch geeignet war, dem Gegner einen heilsamen Respekt einzuflößen. Das bedeutet, auf unsere Unterredung bezogen: Bismarck dachte natürlich nicht daran, Karolyi davon zu überzeugen, daß sich möglicherweise tatsächlich in absehbarer Zeit Preußen und Oesterreich zur Lösung der dualistischen Frage mit der Waffe in der Hand gegenüberstehen könnten. In diesem Sinne kann man, wie ich meine, nicht ähnlich wie Pahncke²⁶ davon reden, daß Bismarck Oesterreich warnen wollte, etwa in der naiven Meinung, durch solche Warnungen und Drohungen Oesterreich für eine freundschaftlich-friedliche Lösung der dualistischen Rivalität gewinnen zu können. Wenn aber Bismarck wissen mußte, daß der österreichische Gegner seine Worte von Bruch und Krieg nicht in ihrer ganzen Tragweite für wahr halten würde, wenn somit bei näherem Zusehen die eine Seite der von Bismarck gestellten Alternative tatsächlich an ihrer Schärfe verliert, so wird uns auch die andere Seite, die nach dem Aufgeben aller rivalisierenden österreichischen Ziele entstehende enge und treue Bundesgenossenschaft, im richtigen Lichte erscheinen, die man doch tatsächlich beim unbefangenen Durchlesen der Berichte mehr als ein Korrelat zu den Drohungen einer möglichen kriegsrischen Auseinandersetzung empfindet.

Bismarck war es in seinen Unterredungen mit Karolyi vor allem darum zu tun, ganz energisch seine abweisende Stellungnahme gegenüber Oesterreichs Versuchen, die Bundesreform in seine Hand zu nehmen, und gegen den österreichischen Einfluß in Norddeutschland zu betonen. Was Bismarck in den Unterredungen mit Karolyi wollte, geht auch deutlich aus seinen Äußerungen zu Graf Friedrich Thun hervor, der bald nachher in Berlin bei Bismarck vorsprach. Hier kam Bismarck in der Form entgegen, in der Sache blieb er fest.²⁷ „Seien Sie über-

26. ebenda S. 99.

27. Stern, Gesch. Europas 1815—71, IX 294

zeugt", so sprach er sich da aus, „ich will weder Friedrich den Großen noch Viktor Emanuel spielen. Ich verlange nichts als Berücksichtigung unserer Bundesverhältnisse. Wir können keine preußenfeindliche Politik in Hannover zulassen und nicht gestatten, daß Bückeburg uns Schwierigkeiten macht, einen sechsten Draht am Telegraphen anzulegen."

So besteht also auch für die in den „G. u. E." gegebene Darstellung der Unterredung Bismarcks mit Karolyi am 4. Dezember 1862 (I 335) und ihrer Bedeutung die Kritik von Marcks zu Recht, dem, wie gesagt, der dualistische Versuch in den „G. u. E." „mindestens zu stark betont" und zu positiv erscheint, und welcher glaubt, daß hier die Tatsache des Zweibundes (1879) auf Bismarcks Schilderung eingewirkt hat.

Zu einer sehr zutreffenden Beurteilung gelangt Pahncke²⁸ indessen bei seiner Besprechung des in den „G. u. E." (I 344 f.) gegebenen Berichtes der Schönbrunner Zusammenkunft am 22. August 1864. Die „G. u. E." geben „nicht die Verhandlung wieder, sondern nur den prinzipiellen Standpunkt, den Bismarck für Preußen wünscht". Die Darstellung der „G. u. E." muß als stilisiert erscheinen besonders etwa gegenüber der Parallel-erzählung bei Friedjung.²⁹ — Dagegen geben uns Pahnckes³⁰ Ausführungen über den Schluß des 17. Kapitels wohl eine Erklärung des Rahmens, in den Bismarck seine Betrachtungen über die Unsicherheit der österreichischen Freundschaft (I 350) hineinstellt, können aber in keiner Weise den so deutlichen Eindruck abschwächen, daß hier wie so oft in den „G. u. E." der Staatsmann Bismarck die Gegenwart mahnt, daß er an dieser Stelle Deutschland warnt, als Bundesgenosse Oesterreichs nie ganz die Verbindung mit Rußland (um dieses alte Kernstück seiner Politik ist es ihm hier sicher wohl wieder zu tun) aufzugeben.

Schließlich kann man im 17. Kapitel noch zwei gelegentliche Mitteilungen Bismarcks zum Ausbruche des Kampfes i. J. 1866 nicht ohne weiteres hinnehmen. Die Behauptung, „daß in Berlin durch Vermittlung des früheren auswärtigen und damaligen

28. Parallelerz. S. 104.

29. D. Kampf um d. Vorherrschaft II, 9. Aufl., 1913, Anhang S. 577 f.

30. Parallelerz. S. 107 f.

Hausministers von Schleinitz noch während der ersten Gefechte in Böhmen diplomatische Zettelungen mit höfischer Beziehung stattfanden" (I 337) ist in dieser Form keinesfalls richtig;³¹ und das Wort von der „finanz-ministeriellen Begründung durch das Bedürfnis einer preußischen Kontribution“, mit der die durch Anton von Gablenz (Mai 1866) überbrachten preußischen Vorschläge abgelehnt wurden (I 338), wird man in dieser Fassung wohl nicht ohne eine gewisse Vorsicht aufzunehmen haben.³² —

Die Kürze der Mitteilungen des 18. Kapitels (vom Briefwechsel abgesehen) und seine „etwas unmotivierte und gewaltsame Anknüpfung“ an die einige Seiten vorher geschilderte Zusammenkunft in Gastein legen den Schluß nahe, daß es dem Verfasser der „G. u. E.“ hier zunächst und vor allem darauf ankam, an dieser Stelle den Briefwechsel mit König Ludwig II. einzuschalten.³³ Wer ferner sich damit abgefunden hat, daß die „G. u. E.“ kein historisches, sondern ein politisches Buch sind, den kann es nur sehr angenehm berühren, daß Bismarck nicht auf die für den Bayern so peinlichen Geschehnisse vom Juni 1886 zu sprechen kommt und nichts von der telegraphischen Anfrage des kranken Königs und Bismarcks Verhalten dieser gegenüber erzählt, welches naturgemäß sich auf der gleichen Ebene wie die vom bayrischen Volke mit Empörung aufgenommene Stellungnahme des bayrischen Ministeriums bewegte. Hier übt Bismarck im Interesse des bayrischen Thrones und Volkes staatsmännische Zurückhaltung.³⁴ —

Auf I 353 wird uns das Konzept des für die Geschichte der Kaiserfrage wichtigen Briefes Bismarcks an König Ludwig vom 27. November 1870 mitgeteilt. Das Original dieses Briefes veröffentlichte Louise v. Eisenhart-Kobell.³⁵ Es ist gegenüber dem

31. Aus den Papieren der Familie Schleinitz 1905, Berlin S. 274 f.

32. Vgl. Bismarcks Parallelerzählungen bei Posch. Stunden bei Bism. 1910, S. 99; ferner bei Friedjung, Vorherrsch. II 1913 (9. Aufl.), S. 581. Vgl. ferner die Bemerkungen Friedjungs I (2. Aufl.), S. 289 f. oder I (8. Aufl.), S. 311 f.

33. Pahnecke, Parallelerz. S. 109.

34. Fester, Ueb. d. historiogr. Charakter der G. u. E., H. Z. 85, S. 55 f.

35. Zuerst in d. dt. Revue I, Jan. 1899; später bei Louise v. Kobell, Kg. Ludw. II. und Fürst Bism. i. J. 1870. 1899, S. 45 f. Zur Kritik der von

Konzept ein wenig erweitert, und manches darin noch ausdrücklicher und schärfer betont.

Bismarck erzählt auf II 118 der „G. u. E.“ von diesem Schreiben. Vergleicht man nun aber dort seinen Bericht über den Inhalt des Briefes mit dem Konzept (auf I 353) oder der Reinschrift des Schreibens, so sieht man zunächst, daß Bismarck sich tatsächlich gegenüber König Ludwig vorsichtiger ausgedrückt hat, als man es nach seiner Erzählung annehmen könnte; das-selbe würde jedenfalls auch für die Ausdrucksweise in einem zweiten etwa anzunehmenden Begleitschreiben — von dem so-gleich die Rede sein soll — zu diesem Briefe gelten. — Aber, was vor allem auffällt, ist die Tatsache, daß das von Bismarck (II 118) erwähnte „argumentum ad hominem“, welches er König Ludwig gegenüber in dem Briefe vom 27. November 1870 gebraucht haben will, sowohl in dem Konzept wie in der Reinschrift desselben fehlt. Besonders auf Grund von anderen in dieser Hinsicht wichtigen Äußerungen Bismarcks,³⁶ namentlich der in einem Privatbriefe des Abgeordneten Lohren vom 22. Juni 1884 mitgeteilten,³⁷ sind Marcks³⁸ und Kaemmel³⁹ zu der wohl sicher richtigen Annahme gelangt, daß Bismarck zugleich mit dem uns bekannten Briefe vom 27. November 1870 noch ein uns leider nicht erhaltenes Begleitschreiben an König Ludwig geschickt hat, in dem er u. a. besonders auch Argumente persönlicher Natur in Erinnerung an das frühere Wohlwollen der bayrischen Dynastie gegenüber seinen Vorfahren (vgl. II 118) anklingen ließ.

Demgegenüber muß Kohl's⁴⁰ Annahme, daß Bismarcks Gedächtnis bei seiner Darstellung auf II 118 sich an den Inhalt

L. v. Kobell mitgeteilten Vorgeschichte der Veröffentlichung des Kaiser-briefes; vgl. G. v. Böhm, Ludwig II. König von Bayern, 1922, S. 268 ff.

36. Bei Busch I 476; Posch, Parlm. III, 213 oder N. Tischgespr. und Interv. II, 146, 1899.

37. Bei Posch, Bism. u. Parl. I (2. Aufl.), 270 f. Dort heißt es: Bism. hatte „d. Schreiben an d. König entworfen u. e. privat. Brief beigelegt, um seinen Ratschlägen ein erhöhtes Gewicht zu geben, — e. Ausnahmefall in sein. polit. Leben . . .“.

38. Marcks, F. Bism.'s G. u. E. 37 ff.

39. Krit. Studien z. F. Bism.'s G. u. E. 1899, S. 103 f.

40. Wegweiser S. 88.

eines Briefes vom August 1880⁴¹ geknüpft hätte, als unwahrscheinlich angesehen werden.

Bismarck hat also am 27. November 1870 im ganzen drei Schriftstücke an König Ludwig abgesandt: Das Konzept zu dessen Kaiserbrief an König Wilhelm, einen amtlichen und drittens einen persönlichen Brief an König Ludwig.

Zusammenfassung.

Schauen wir nun noch einmal insgesamt auf die achtzehn Kapitel, welche den ersten Band von Bismarcks „Gedanken und Erinnerungen“ bilden, zurück. Wir sehen, daß die historische Kritik fast in jedem einzelnen Kapitel und zwar meist recht vielfach, z. T. beinahe auf jeder Seite des einen oder anderen Kapitels, berichtigend, notwendig erklärend oder ergänzend eingegriffen hat.

Die „Gedanken“ sind — so wurde es uns klar — nicht theoretische Erwägungen von nüchterner sachlicher Art, nicht unabhängig von jeder Zweckbezogenheit, sondern sind bestimmt zur Belehrung und Warnung der Gegenwart. Bismarck geht dabei von den Tatsachen, dem Gegebenen und Gewordenen aus, würdigt dessen Wert und empfiehlt es zur unbedingten Annahme und Beibehaltung. „Das von ihm für recht und nützlich Erachtete fühlt er als kategorischen Imperativ“. Aus den „Gedanken“ spricht durchaus der Staatsmann mit seiner Sorge um die Bewahrung des von ihm Geschaffenen und seiner Mahnung, in Zukunft nie mehr die schwächliche Politik vergangener Zeiten gegenüber andern Mächten zu treiben, aber auch nicht die eigene Macht zu überschätzen, insbesondere auch nicht die Verbindung mit Rußland aufzugeben.

Bismarcks Urteile über Personen und Parteien sind oft einseitig und frappant, über Gegner dazu noch schonungslos und manchmal verdächtigend. In politischen Gegnern sieht er persönliche Feinde, was damit zusammenhängt, daß der überragende Mann, der Lenker des Deutschen Reiches, von jeher die Ziele des Staates mit seinem persönlichen Machtwillen gleichsetzte.¹ Er bringt es nicht fertig, ja er hat — man kann sagen —

41. Vgl. dazu K. Ludwigs Antwortbrief v. 1. 9. 1880. G. u. E. I. 372.

1. Vgl. K. Groos, Bism. im eig. Urteil 1920, S. 231.

auch gar nicht die Neigung, einen politischen Gegner zu verstehen; die Leidenschaft und der Haß des großen Kämpfers zittern noch nach.

Von den „Erinnerungen“ ist vieles mit den Ergebnissen der historischen Forschung nicht zu vereinbaren, die Pointen der Darstellung sind öfters verkehrt, vieles ist nur halb richtig, undeutlich oder zweifelhaft; manchmal erscheint die Darstellung in falscher Beleuchtung, oder es fehlt eine genauere Färbung; mehrfach entsteht ein falsches Bild durch eine gewisse Gedrängtheit in der Darstellung, und zum richtigen Verständnis erweisen sich Ergänzungen seitens der historischen Kritik oft als unerläßlich. Dazu kommen kleinere Unrichtigkeiten bei der Wiedergabe von Verhandlungen, falsche Datierungen u. ä.

Vergegenwärtigen wir uns nun noch einmal die Erinnerungen selbst, die Bismarck uns in seinem Buche mitgeteilt hat, und sehen wir, was die historische Kritik zu diesen zu bemerken hatte. Wir wollen dabei das Einzelne in großen Zügen zusammenfassen. Es ergibt sich folgendes:

Von dem Junkertum des jungen Bismarck und von seiner damaligen politischen Einstellung erhalten wir kein klares und lebendiges Bild. „Der tolle Junker von Kniephof“ tritt nicht vor unser geistiges Auge. Der echte Bismarck mit seiner leidenschaftlichen treuen Hingabe an das von der Revolution bedrohte Königshaus erscheint dagegen in der Schilderung, die uns die „G. u. E.“ von seiner Tätigkeit im März 1848 geben. Den „Beitrag zu der Geschichte der Märztage“ auf I 29—31, bei dessen Mitteilung Bismarck ganz eigens historisch sein will, hat die Forschung jedoch nicht übernehmen können; auch an der Erzählung von der Unterredung Bismarcks mit der Prinzessin Augusta und dem Plane einer Regentschaft derselben (I 22 f., 36 f.) ist einiges auszusetzen. Die Motive der politischen Stellungnahme Bismarcks zur Zeit der Olmützer Punktation sind in der Darstellung der „G. u. E.“ verwischt.

Der Bundestagsgesandte hat — im Gegensatz zu der Erzählung der „G. u. E.“ (5. und 7. Kapitel — seine Reisen von Frankfurt zum Könige im Drange, an den an höchster Stelle zu treffenden politischen Entscheidungen mitzuwirken, gewünscht und teils selbst betrieben. Er kam in Wahrheit mehr „zur

Territion“ des Königs, zur Verstärkung der Gegner der Wochenblattspartei und der Russenfreunde. Im einzelnen ist an Bismarcks Mitteilungen über diese Reisen zum Könige und all das, was beim Könige beraten wurde, sehr vieles zu berichtigen und zu ergänzen (I 113 f., I 146—148). Bei der Erzählung (auf I 113) einer Unterredung Bismarcks mit dem Prinzen von Preußen haben sich in der Erinnerung des Verfassers Bestandteile von zwei oder gar mehr zeitlich auseinanderliegenden Gesprächen miteinander verwoben. Ueberhaupt ist die Wiedergabe von Gesprächen in den „G. u. E.“, namentlich solchen, die in der Form der direkten Rede wiedererzählt werden (vgl. I 203/210), nicht immer als zuverlässig zu erachten. In dieser Hinsicht erscheint eine sehr lebendige Vorstellung längst vergangener Einzelheiten oft schon von vornherein als verdächtig.

Aus der Zeit von Bismarcks Petersburger Aufenthalte erfahren wir nicht viel politisch und historisch Bedeutsames; was er uns aber in dieser Hinsicht mitteilt, muß erst durch notwendige Ergänzungen und kritische Bemerkungen in die richtige Beleuchtung gesetzt werden; manche der Anekdoten u. ä., die hier in der Darstellung einen breiten Raum einnehmen, bedürfen der Kritik.

Bismarcks innere Stellungnahme zur Uebernahme des Ministerpräsidiums im Mai 1862 und während seines Aufenthaltes in Frankreich (1862) kommt in den „G. u. E.“ nicht voll zum Ausdruck. An der Darstellung der Ereignisse sowie der Erlebnisse Bismarcks kurz vor der Babelsberger Unterredung (2 Telegramme Roons; Bismarcks erste Tätigkeit in Berlin; Audienz beim Kronprinzen; wußte Bismarcks vor der Babelsberger Begegnung nichts von den Abdankungsabsichten?) und schließlich auch dieser selbst ist, so wichtig auch der Bericht über die letztere für den Historiker geworden ist, manches zu berichtigen.

Gegenüber den „G. u. E.“, aus denen man hier ein unklares, teils unrichtiges Bild gewinnen könnte, ist festzuhalten, daß Bismarck bis 1866 nur preußische Politik getrieben hat. Die Anschauungen des später deutschen Staatsmannes haben die Darstellung der „G. u. E.“ beeinflußt.

Der Bericht über die Vorgänge in Gastein und Baden-Baden

(I 338—341) im August 1863 läßt an Vollständigkeit und Richtigkeit des Einzelnen viel zu wünschen übrig. Die Pointen der Erzählung, der erste Eindruck der österreichischen Eröffnungen auf König Wilhelm sei nicht ungünstig gewesen, und es hätte Bismarck in Baden-Baden Mühe gekostet, dem Könige die Absage an König Johann abzurufen, treffen in der Art und dem Grade, wie man sich dies auf Grund der „G. u. E.“ vorstellen möchte und wie dies die Historiker daraufhin bis zur besseren Kenntnis der Dinge tatsächlich angenommen haben, nicht zu. — Erst Bismarcks Befürchtung, König Johann und Beust könnten ihre Abreise noch hinausschieben, steigerte seine Nervosität und veranlaßte ihn zu seiner so nachdrücklichen und entschiedenen Erklärung an Beust.

Auf Bismarcks dualistische Versuche von 1862 ab (auch in der Unterredung mit Karolyi am 4. Dezember 1862) wird man nicht soviel Gewicht legen dürfen, wie es die „G. u. E.“ tun. Die durch den Zweibund von 1879 geschaffenen Verhältnisse haben hier allem Anschein nach auf die Darstellung der „G. u. E.“ eingewirkt.

Den Schluß der historischen Kritik am I. Bande der „G. u. E.“ macht eine Untersuchung zu dem auf I 353 abgedruckten Briefe Bismarcks an König Ludwig vom 27. November 1870, der, allein an dieser Stelle, uns zu wenig sagt, da die Forschung gezeigt hat, daß Bismarck ihm noch ein persönliches Begleitschreiben beigelegt und zugleich mit ihm zusammen abgesandt hat.

Zu diesen Ausstellungen der historischen Kritik an den in Bismarcks Buche mitgeteilten „Erinnerungen“ kommen noch die kritischen Bemerkungen zu einer großen Menge kleinerer Erzählungen oder auch solcher, die aus dem Rahmen der in großem Umrissen gehaltenen vorstehenden Zusammenstellung herausfallen, und von denen ich deshalb hier die wichtigeren nenne: Kritische Berichtigungen oder notwendige Ergänzungen mußten sich gefallen lassen Bismarcks Mitteilungen über: sein Auftreten im Ersten Vereinigten Landtage (I 17 f.), Brandenburgs Tod (I 66, 70, 279), seine Fahrt nach Baden-Baden, Mitte Juli 1858 (I 198), den italienischen Krieg von 1859 (I 281 f.), über die

Annexionslust König Wilhelms i. J. 1866 (I 296), russische Bündnisangebote an Preußen z. Zt. der Gasteiner Verhandlungen 1863 (I 311), über die Unterredung Bismarcks mit dem Kronprinzen in Gastein im August 1863 (I 322), über die Schönbrunner Zusammenkunft am 22. August 1864 (I 344 f.) usw.

Ferner berichtet Bismarck bei der Beurteilung von Persönlichkeiten von diesen hier und da manches, was sie getan haben sollen, unrichtigerweise, oder er übertreibt deren Handlungen; so bezeichnet er Radowitz zu Unrecht als „geschickten Garderobier der mittelalterlichen Phantasie“ Friedrich Wilhelms IV. (I 64 f.), den Kriegsminister Stockhausen spricht er von jeder Schuld an Preußens mangelnder Schlagfertigkeit frei (I 70), was man im Hinblick auf die Tatsachen nicht behaupten kann, Augustas's Wirken gegen Bismarck erscheint übertrieben, ebenso ist es zu weit gegangen, sie als „die Begründerin und Patronin“ des Ministeriums der Neuen Aera (I 211) zu nennen.

Durch die historische Kritik an Bismarcks „G. u. E.“ wurde es sodann noch besonders deutlich, daß diese tatsächlich ganz offenbar die Spuren der uns vor allem von Bucher geschilderten ruckweisen Entstehung und auch nachträglicher Uebearbeitung und Verbesserung zeigen. Sooft Bismarck mit einem Aktenstück, Brief oder ä. in der Hand diktiert, hält er sich nicht eng an dessen Text, sondern gestaltet freier und lebendiger, und dieses nicht immer zur Freude des Historikers und zum Besten der Zuverlässigkeit seiner Darstellung. Auf I 256—258, wo dies anscheinend nicht der Fall ist, erklärt sich das Auffällige dieser Tatsache dadurch, daß Bucher hier in seiner Verzweiflung über den schweigenden Erzähler nach einem Briefe Bismarcks aus dem Juni 1862 einen Bericht über die damalige Unterredung Bismarcks mit Napoleon verfaßte —, nachdem er in ähnlicher Weise schon (auf I 192 ff.) vorher einmal eine ältere Erzählung Bismarcks in die „G. u. E.“ eingeschaltet hatte. Seinen nach jenem Briefe verfertigten Bericht legte er dann Bismarck vor, der noch einige Aenderungen und Zusätze machte.

Aus der Vielheit der kritischen Ausstellungen an den „Erinnerungen“ von Bismarcks Buch heben sich zwei des öfteren bemerkbare und darum auch weitgehendere Geltung beanspruchende kritische Beobachtungen heraus:

Die Krafternatur und ungestüme Leidenschaftlichkeit des jungen Bismarck, der so lebendige Drang des Bundestagsgesandten, selbst mitzuwirken bei der Gestaltung der politischen Geschehnisse, der Wunsch, selbst das Steuer des Staates in die Hand nehmen zu dürfen, um das zu Wege zu bringen, was anderen nicht gelang, kurz der leidenschaftliche Schaffensdrang kommt in den „Gedanken und Erinnerungen“ des greisen und des mehr das Zweckmäßige in allem beobachtenden Bismarck nicht zum Ausdruck. (Eine Ausnahme hiervon bildet die Schilderung von Bismarcks Verhalten im März 1848, Kap. 2.)

Zum zweiten zeigt es sich vor allem auch bei der Betrachtung der „Erinnerungen“ immer wieder, daß Bismarck kein Historiker ist, und daß ihm dessen Verantwortlichkeitsgefühl abgeht. Seinen historischen Charakter als Ganzes kann er nicht zergliedern; Geschehnisse und Fragen vergangener Zeiten, die ihm, an der Gegenwart gemessen, vollständig praktisch gegenstandslos geworden erscheinen, oder deren Behandlung ihm für die Gegenwart schädlich dünkt, berührt er nur oberflächlich und undeutlich oder gar nicht. Vom staatsmännischen Gesichtspunkte aus ergibt sich bei ihm fast unwillkürlich die Auswahl der Erinnerungen, und manchmal erhält deren Darstellung dadurch ihre Färbung. Also auch hier wie in den „Gedanken“ spricht der Politiker, und diese Tatsache gibt dem Buche Bismarcks seine charakteristische Note.

Aus dieser politischen Einstellung des Verfassers der „G. u. E.“ und, wie schon gesagt, aus dem hohen Alter des unter der Idee des Zweckes stehenden Bismarck erklären sich also vielfach die Irrtümer der „Erinnerungen“. Als Erklärungsmöglichkeiten treten uns außerdem ferner noch vor Augen die den soeben genannten nahestehende Beobachtung, daß die gegenwärtigen Anschauungen und Stimmungen dieses Mannes, dessen praktischer Blick auch im hohen Alter vor allem auf die Gegenwart und Zukunft gerichtet ist, die Darstellung der Vergangenheit beeinflussen; sodann natürlich die sich mit dem weiten zeitlichen Abstände des Erzählers von den geschilderten Ereignissen ergebenden Schwächen im Erinnerungsvermögen, dergestalt, daß die Erinnerung an einem hervorstechenden Punkt zum Schaden der anderen Einzelheiten haftet, oder daß „Verschiebungen im

Gedächtnisse“ eintreten, oder der Verfasser dies oder jenes vergessen hat.

Daß die „G. u. E.“ weder als Biographie noch als Zeitgeschichte vollständig sind, bedarf kaum einer Erwähnung. Sie machen oft mehr den Eindruck einer Zusammenstellung von ausgewählten Erzählungen und Betrachtungen. So erfahren wir, um nur beispielsweise einige Lücken zu nennen, nichts von Bismarcks religiöser Entwicklung oder inneren Erschütterungen in seinen Jünglings- und früheren Mannesjahren, nichts Wesentliches von seiner politischen Tätigkeit in Petersburg; es wird uns zwar ausführlich von der Tatsache seiner Reise nach Baden-Baden und ihrer Vorgeschichte im Juli 1861 erzählt, aber daß Bismarck dort dem Könige den Entwurf seiner bedeutsamen Denkschrift über eine von Preußen zu verfolgende Politik im Deutschen Bunde vorlegte, und wie diese seine Gedanken vom Könige aufgenommen wurden, davon hören wir nichts; und wer etwa gehofft hatte, in den „G. u. E.“ viel Ausführliches und Neues über den Verfassungskonflikt zu vernehmen, der mußte gar sehr enttäuscht werden.

So bestehen mithin die Schwächen, welche die „G. u. E.“ als Geschichtsquelle für die von ihnen mitgeteilten und berührten Ereignisse aufweisen, in der großen Zahl ihrer Irrtümer, ihrem stark ausgeprägten subjektiven Charakter und ihrer den Historiker, der vielfach reicheres Quellenmaterial erwartet hatte und erwarten durfte, oft enttäuschenden Lückenhaftigkeit.

Aber trotz dieser Schwächen darf man nun doch nicht den Wert der „G. u. E.“ als Geschichtsquelle zu gering anschlagen. Man darf nicht sagen, es sei alles falsch oder einseitig und es bleibe nichts übrig. Wer dies behaupten wollte, würde die tatsächlichen Schwächen übertreiben, den wirklichen Sachverhalt fälschen und der Eigenart dieses Buches gar nicht gerecht werden.

Es mögen hier in diesem Zusammenhange zunächst einmal die Fälle zusammengestellt sein, in denen die historische Kritik zu voreilig und zu Unrecht die Darstellung der „G. u. E.“ angegriffen hat, und in denen sie sich dann selbst berichtigen mußte. Da ist folgendes zu nennen:

Der Abzug der Truppen vom Schloß am 19. III. 1848 geschah wirklich ohne Willen des Königs, — in Uebereinstimmung mit der Erzählung der „G. u. E.“ (I 30/31).

Das Urteil der „G. u. E.“ über Radowitz steht der Meinung, die der Bismarck der 40er und 50er Jahre von diesem Staatsmanne hatte, doch näher, als es beim ersten Zusehen glaublich erscheint.

Die „G. u. E.“ stellen — das ist sehr bedeutsam — Bismarcks Verhältnis zur Kamarilla richtig und richtiger dar als die Gerlachpapiere und -Korrespondenz. Gerlach war im März 1854 vielleicht doch aus ganz versteckten persönlichen Motiven ein Gegner einer Ministerkandidatur Bismarcks, zumindestens hat ihm Bismarck auch damals solche Beweggründe zugetraut (I 145).

Bismarcks Darstellung der Besprechung des preußisch-österreichischen Vertrages vom 20. IV. 1854 im Mai dieses Jahres (I 98) braucht nicht ohne weiteres bezweifelt zu werden.

Dasselbe gilt von der Mitteilung einer Äußerung Napoleons gegenüber Bismarck (April 1857) über eine von ihm, Napoleon, gutgeheißene etwaige Annexion der Elbherzogtümer seitens Preußens (I 194).

Es wäre ferner auch unrichtig, zu behaupten, daß die „G. u. E.“ der Geschichtsforschung beinahe nichts Neues gebracht hätten. Freilich, wer etwa von ihnen neue, große interessante Enthüllungen erwartete, der kam — das gilt wenigstens von den ersten beiden Bänden — nicht auf seine Rechnung. Aber nicht nur ist Neues vorhanden, sondern manches bisher schon Bekannte tritt durch die Darstellung der „G. u. E.“ in neue Beleuchtung. Zunächst ist der Bismarck-Biograph erfreut über das Buch, wenn er allerdings auch sehr wünschte, daß Bismarcks Mitteilungen hier reichlicher geflossen wären.² Bedeutsam, teils ganz neu waren z. B. die Einzelheiten über Bismarcks Verhalten bei der Revolution des Jahres 1848. Damals (I 22 f., 36 f.) — auch diese Mitteilungen sind sodann wichtig — wie 10 Jahre später scheiterte der Versuch, den Prinzen Wilhelm bei Seite zu schieben, an Bismarcks Widerstande. Darüber hinaus ist uns wertvoll der Hinweis auf den „latenten deutschen Gedanken“ Friedrich Wilhelms IV. in den Märztagen, dessen Bedeutung für die historische Forschung Meinecke³ hervorhebt, interessant zur

2. Vgl. z. B. Mareks, Bismarck I, 1909, Anhang, Nachweise S. 452 ff.

3. H. Z. 87, 25.

Kenntnis König Wilhelms ist z. B. die Erzählung über sein Gespräch mit Bismarck im Oktober 1857 (I 197). Sehr dankbar ist der Historiker dem Verfasser der „G. u. E.“ für seinen eingehenden Bericht über die Babelsberger Unterredung (I 267 ff.). Nicht unwichtig sind Bismarcks Mitteilungen über die Alvenslebensche Konvention, die „Danziger Episode“, seine Worte über das Wesen Wilhelms I. und sein Verhältnis zu ihm, sogar auch trotz der Einseitigkeit der diesbezüglichen Darstellung, einzelnes, was Bismarck von Augusta und ihrem Einfluß auf die Politik und das Verhalten König Wilhelms sagt. Noch nicht völlig bekannt war besonders auch die Stärke von Bismarcks Haß gegen die Königin Augusta.

Vor allem aber — und darin liegt der eigentliche und der Hauptwert des Buches — spiegelt der Charakter der „G. u. E.“ das Wesen ihres Verfassers wieder. Der große originale Mann schuf auch ein ganz eigenartiges Buch. Ob er systematische Memoiren schreiben wollte oder nicht, diese Frage ist nicht von Belang. Es wurden jedenfalls keine solchen, sondern „Gedanken und Erinnerungen“. Wahrlich, dieser Titel des Buches ist trefflich gewählt und charakterisiert es aufs beste. Bismarck „quillt eben das vom Munde, was ihm sich selbst am Abend seines Lebens in rückschauender Erinnerung am stärksten aufdrängte. Seine Memoiren sind kein wohlkomponierter Park, sondern ein natürlich gewachsener Wald“.⁴ Wir haben hier nicht — das hat sich bei der historischen Kritik aufs klarste gezeigt — auf der einen Seite abstrakte Gedanken, und andererseits streng historische nüchterne Erinnerungen vor uns, sondern beides geht ineinander über, ist miteinander verwoben. Mit dem Wiederaufleben der Erinnerungen verbinden sich sofort die praktischen „Gedanken“ des sorgenden Staatsmannes, die „Gedanken“ bemächtigen sich aber alsbald der Erinnerung, um konkret zu wirken, — beides zum Leidwesen des Historikers, wenn er an Bismarcks Buch als an eine Quelle für die Ereignisse der Vergangenheit herangehen und, um festzustellen, was da einstens geschah, den nüchternen historischen Kern aus den „Erinnerungen“ herauslösen und auf diese Weise bei methodischem Vorgehen die „Erinnerungen“ von den „Gedanken“ trennen muß.

4. Meinecke, Die G. u. E. Bismarcks. H. Z. 82, S. 283.

Dieses Buch, das der Wissenschaftler „in keine seiner geläufigen Kategorien“ hineinzwängen kann, gibt Zeugnis von dem Bismarck eigentümlichen, stets gegenwärtigen und ganz lebendigem Reichtum an konkreten politischen Ideen, gibt Zeugnis von dem Manne, der, stets vorausschauend, die Sachlage richtig zu erfassen, nutzbar zu machen, ein entscheidendes Wort zu sprechen und zu einem schnellen Entschluß zu kommen wußte. Hier spricht der Staatsmann, willensstark, instinktsicher und zweckmäßig handelnd, der den richtigen Weg zeigt und vor dem falschen warnt, in seiner Sorge für sein Vaterland, dem er alles erhalten und geben will, was er als gesund und stark erkannt hat. Auch als lebenswürdiger Erzähler erscheint er uns, ein Mensch unter Menschen. Dann aber wieder fühlen wir den nachzitternden Groll des großen hassenden Kämpfers; die Wucht seines Ausdrucks, die Dramatik seiner Erzählung, das Richten und Verdammen seines Urteils lassen vor unser geistiges Auge den mächtigen Führer des deutschen Volkes hintreten. In diesem Buche ist Atem und Leben. Und darin liegt sein großer Reiz.
